

MultiWatch  
**Zementierte Profite – verwässerte Nachhaltigkeit**  
*edition 8*

### *Über das Buch:*

Holcim ist einer der grössten Zement- und Baustoffkonzerne weltweit. Der Konzern stellt sich als nachhaltig wirtschaftendes Unternehmen mit einem hohen Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Menschenrechten und der Umwelt dar. Doch in Holcim-Produktionsstätten weltweit kommt es immer wieder zu Verstössen gegen Arbeits- und Gewerkschaftsrechte, im Umfeld von Holcim-Betrieben sind Gesundheitsprobleme bei ArbeiterInnen und AnwohnerInnen sowie Umweltzerstörung zu beobachten, Entscheidungen indigener, von Produktionsstätten betroffener Gemeinschaften werden missachtet.

Holcim gehört zu den traditionsreichsten Industriekonzernen der Schweiz und feiert im April 2012 seinen 100. Geburtstag. Anlässlich des Jubiläums wirft MultiWatch einen Blick hinter die Kulissen des Zementimperiums der Schmidheiny-Familie und zeigt auf die weissen Flecken im Bild, das Holcim von sich zeichnet.

*MultiWatch* ist eine Plattform aus Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Parteien und globalisierungskritischen Bewegungen. MultiWatch beobachtet multinationale Konzerne mit Sitz in der Schweiz, informiert über Verletzungen von Menschenrechten durch Konzerne und wirkt auf verbindliche Menschenrechtsnormen für Konzerne hin.

[www.mutiwatch.ch](http://www.mutiwatch.ch)

**MultiWatch (Hrsg.)**

# **Zementierte Profite – verwässerte Nachhaltigkeit**

**100 Jahre im Zementgeschäft.**

**Ein Blick auf den Schweizer Konzern Holcim**



*Besuchen Sie uns im Internet: Informationen zu unseren Büchern und AutorInnen sowie Rezensionen und Veranstaltungshinweise finden Sie unter [www.edition8.ch](http://www.edition8.ch)*

Bibliografische Informationen der Deutschen National-Bibliothek sind im Internet abrufbar unter <http://dnb.ddb.de>.

April 2012, 1. Auflage, © bei edition 8. Alle Rechte vorbehalten.  
Redaktion/Lektorat: Stephan Tschirren, Yvonne Zimmermann, Barbara Rimml, Hans Schäppi, Urs Sekinger; Korrektorat: Sandra Ryf; Typografie, Umschlag: Heinz Scheidegger; Titelfotos: PBI (vorne), <http://bloqueantiimperialista.blogspot.com> (hinten); Druck und Bindung: freiburger graphische betriebe, Freiburg

Verlagsadresse: edition 8, Postfach 3522, CH-8021 Zürich, Telefon +41/(0)44 271 80 22, Fax +41/(0)44 273 03 02, [info@edition8.ch](mailto:info@edition8.ch)

ISBN 978-3-85990-176-6

## Inhaltsverzeichnis

Einführung	7
<b>Nachhaltigkeit?</b>	
<b>Das aktuelle Wirtschaften des Konzerns</b>	
Holcim bringt Bauern im indischen Chhattisgarh um Land und Wasser	12
Kosten sparen auf dem Buckel der Ärmsten: Wie Holcim in Indien Gesetze umgeht	22
Verbrennung von Sondermüll in Zementöfen – ökologische Entsorgung oder Gefährdung der Gesundheit?	33
Feinstaub, Hangrutsche, Überschwemmungen – Gefahren für die Bevölkerung rund um Holcims Werke in Kolumbien	43
Zement oder Blumen – wer hat in Guatemala das Sagen?	55
<b>Holcim. Der Konzern</b>	
Struktur und Geschichte	66
Widerspruch zwischen Selbstbild und Realität: Holcims Verhalten am Beispiel der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte auf internationaler Ebene	77
Ein schwarzer Fleck in der Geschichte des Konzerns: Wie Holcim in Südafrika von der Apartheid profitierte	87
<b>Holcim-Manifest: Forderungen an den Zementkonzern</b>	99
Epilog	103
Literaturverzeichnis	105

Folgende AutorInnen haben an diesem Buch mitgearbeitet: Hans Baumann, Rolf Beyeler, Golda Fuentes, Annina Grob, Matthias Hartwich, Anna Leissing, Thomas Niederberger, Stephan Suhner, Stephan Tschirren, Yvonne Zimmermann.

Mitwirkende Organisationen: Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Gewerkschaft Unia, Guatemalanetz Bern, INFOE – Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie, SOLIFONDS – Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt.

# Einführung

Holcim präsentiert sich gern als Vorzeigeunternehmen der Baustoffindustrie. Der Schweizer Konzern, seit hundert Jahren im Zementgeschäft, schreibt auf seiner Webseite, dass ihm nachhaltige Entwicklung ein grosses Anliegen sei, im wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Bereich.

Holcim steht mit solchen Beteuerungen nicht allein da. Zahlreiche Konzerne haben sich in den letzten anderthalb Jahrzehnten ein Image der Nachhaltigkeit verliehen – nachdem sie durch Kritik von sozialen Bewegungen, Umweltschutzorganisationen, Globalisierungskritikerinnen und -kritikern weltweit in Bedrängnis geraten sind. Sie haben Unternehmensregeln aufgestellt, verfassen Nachhaltigkeitsberichte und verpflichten sich zur Einhaltung von Grundsätzen wie etwa dem Global Compact – ohne dass sie jedoch bei Nichteinhaltung dieser Selbstverpflichtungen zur Verantwortung gezogen werden könnten.

Nachhaltigkeit ist mittlerweile auch ein Kriterium für Investitionen und damit für den Geschäftserfolg geworden. Für Investoren dienen Nachhaltigkeitsindizes als Orientierungshilfe, so etwa der Dow Jones Index für Nachhaltigkeit, der die grössten Konzerne entsprechend ihrem nachhaltigen Wirtschaften kategorisiert. Holcim hat es während mehrerer Jahre, von 2005 bis 2008, an die Spitze dieses Indexes im Sektor Bauindustrie geschafft und befindet sich seit neun Jahren ununterbrochen unter den als nachhaltig bezeichneten Unternehmen.

Glaubt man den Selbstdarstellungen des Zementriesen und dem Dow Jones Nachhaltigkeitsindex, gibt es also keinen Grund zur Sorge. Ganz anders sieht es jedoch aus, wenn Arbeiterinnen und Arbeiter von Holcim-Zementwerken zu Wort kommen oder Anwohnerinnen und Anwohner im Umfeld der Abbau- oder Produktionsstätten beispielsweise

se in Indien, Argentinien, Mexiko, Guatemala, Kolumbien oder den USA.

Von diesen Menschen handelt unser Buch. Von den Arbeiterinnen und Arbeitern, die Holcim mit Scheinverträgen via Drittfirmen anstellt – und diese damit um den ihnen zustehenden Lohn prellt. In Indien verdienen die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter gerade mal ein Viertel des Lohns von Festangestellten und arbeiten unter prekären und nicht selten die Gesundheit gefährdenden Bedingungen. Dafür wurde der Konzern bereits in zweiter Instanz verurteilt, er hat die Gerichtsurteile jedoch nicht anerkannt. Das vorliegende Buch handelt ebenfalls von den Menschen, deren Gesundheit und Lebensraum durch Holcims Tätigkeit bedroht sind. Beispielsweise von den Anwohnerinnen und Anwohnern rund um ein Holcim-Zementwerk in Argentinien, dessen Schornsteine hohe Mengen an hochgiftigem, krebserzeugendem Dioxin austossen. Oder von der Bevölkerung rund um den Sand- und Kiesabbau für die Zementproduktion in Kolumbien: Aufgrund der Umleitung von Flüssen ist ihr Quartier von Überschwemmungen betroffen, wegen der Erschütterungen bei den Abbauarbeiten bekommen ihre Häuser Risse, zudem klagen Anwohnerinnen und Anwohner über Atembeschwerden wegen der Staubbelastung. In der Hauptstadt Bogotá ist ein Trinkwasserreservoir aufgrund der Flussumleitungen und des hohen Wasserverbrauchs für die Zementproduktion zerstört worden. Schliesslich handelt das Buch von den indigenen Gemeinschaften in Guatemala, die sich gegen den Bau eines Zementwerks wehren. Obwohl die lokale Bevölkerung sich klar gegen das Werk ausgesprochen hat, wird ihr Entscheid missachtet – und damit wird gegen die guatemalteckische Verfassung und Gesetze sowie gegen internationale Konventionen verstossen.

Das vorliegende Buch handelt von den Menschen, die nicht von schönen Selbstdarstellungen des Konzerns leben, sondern mit den harten Realitäten des neoliberalen Systems konfrontiert sind. Dieses erlaubt den multinationalen Konzernen nach den Liberalisierungen der Waren- und Finanz-



märkte insbesondere in den Ländern des Südens eine möglichst grosse Freiheit des Investierens und des Produzierens. Die Menschen, die im Zentrum unseres Buchs stehen, sind konfrontiert mit einem System, in dem die Profite mittels Lohnkürzungen, Arbeitsintensivierungen und einer Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse maximal gesteigert werden; einem System, das gekennzeichnet ist durch Privatisierungen und eine ungehinderte Aneignung von Land, Wasser und Bodenschätzen.

Das vorliegende Buch lässt Frauen und Männer zu Wort kommen, die dem Zementriesen Holcim vielerorts die Stirn bieten und ihre Rechte einfordern. Ihre Rechte einfordern müssen, weil der Konzern sie, anders als er in seinem Nachhaltigkeitsbericht beteuert, eben nicht respektiert. Weil der Konzern entgegen seinen Selbstverpflichtungen Menschenrechte und internationale Konventionen missachtet – darunter die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und die festgeschriebenen Rechte der indigenen Bevölkerung.

Zum hundertjährigen Geburtstag des Zementriesen zeigt MultiWatch – zusammen mit betroffenen Arbeiterinnen und Arbeitern, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Anwohnerinnen und Anwohnern, Bäuerinnen und Bauern – mit dem Finger auf einige der weissen Flecken im Bild, das Holcim von sich zeichnet. Und wir werfen dabei auch einen kurzen Blick auf die Geschichte des Zementimperiums. So etwa auf die guten Verbindungen und die Gewinn bringenden Geschäfte des Konzerns mit dem Apartheidregime in Südafrika.

Zusammen mit Solidaritätsorganisationen, Gewerkschaften, kirchlichen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und Unterstützerinnen und Unterstützern in der Schweiz, wo Holcim seinen Sitz hat, und in zahlreichen weiteren Ländern, wo Holcim tätig ist, fordern wir vom Konzern, dass er die Rechte und Bedürfnisse aller Festangestellten und indirekt Angestellten sowie der von den Pro-

duktionsstätten betroffenen Bevölkerung in allen Teilen der Welt respektiert. Erst wenn diese Forderungen erfüllt sind, die sich in einem Manifest am Ende dieses Buches finden, kann überhaupt von einer nachhaltigen Produktionsweise die Rede sein.

*MultiWatch,  
April 2012*

---

**Nachhaltigkeit?  
Das aktuelle Wirtschaften  
des Konzerns**

---

# Holcim bringt Bauern im indischen Chhattisgarh um Land und Wasser

Als Holcim 2005 die beiden Zementproduzenten ACC und Ambuja kaufte, sicherte sich der Schweizer Konzern nicht nur einen bedeutenden Teil des indischen Zementmarkts, sondern er übernahm auch eine lange Geschichte der Vertreibung und Entrechtung. Im indischen Bundesstaat Chhattisgarh operiert Holcim in einem historisch gewachsenen Konfliktfeld. Anstatt sich um eine Wiedergutmachung zu bemühen, führt der Konzern diese Praxis weiter, und durch die geplante Expansion eines Zementwerks drohen sich die Konflikte weiter zu verschärfen. Betroffene, die ihre Rechte einfordern, müssen mit falschen Anschuldigungen und Kriminalisierung rechnen.

Der Kampf um die lebenswichtigen Ressourcen Land und Wasser ist im Bundesstaat Chhattisgarh besonders akut. Die lokale Bauernorganisation Udyog Prabhavit Kisan Sangh beklagt, dass viele Bauernfamilien nie richtig entschädigt wurden für das Land, das für die Zementwerke enteignet wurde. Für den Ausbau der Infrastruktur habe sich die Firma Gemeinschaftsland angeeignet. Der industrielle Wasserverbrauch lasse den Grundwasserspiegel auf Kosten der Landwirtschaft absinken. Der Bauern- und Gewerkschaftsführer Bhagwati Sahu, der dies anprangerte, wurde im Mai 2011 unter vorgeschobenen Gründen verhaftet und sitzt seither im Gefängnis.

## Chhattisgarh: Entrechtung für Geschäfte

Der Konflikt, in den Holcim in Chhattisgarh verwickelt ist, hat seine Wurzeln in der Geschichte der Industrie in diesem

## **Holcims Expansion in Indien**

Ab 2005 hat Holcim Anteile an den grössten indischen Zementherstellern, Associated Cement Companies Ltd. (ACC) und Ambuja Cements, gekauft und besitzt heute bei beiden über 50 Prozent der Aktien, beide Firmen sind Teil der Holcim-Gruppe. Mit der Übernahme der zwei Unternehmen ist der Konzern mit einer Produktion von 52 Millionen Tonnen Zement jährlich oder 20 Prozent der Gesamtproduktion zur Nummer zwei auf dem boomenden indischen Zementmarkt aufgestiegen. Möglich war dies durch die wirtschaftliche Liberalisierung: Der indische Staat verzichtet seit 1989 auf eine Kontrolle über Preise und Verteilung im Zementsektor und erlaubt, dass sämtliche Direktinvestitionen durch ausländische Konzerne getätigt werden können. Dies hat dazu geführt, dass die weltweit grössten Zementhersteller Betriebe in Indien gekauft haben. Indien ist zurzeit nach China der zweitgrösste Zementhersteller weltweit. Gemäss Medienberichten hat Holcim angekündigt, bis 2015 seine Zementproduktion in Indien um 20 Prozent zu erhöhen.<sup>1</sup>

Der Bundesstaat Chhattisgarh, der über grosse Kalkvorkommen verfügt, zählt derzeit neun grosse und zwölf kleinere Zementwerke, die zusammen 13,5 Millionen Tonnen Zement jährlich herstellen. Die Regierung des Bundesstaats hat bereits die Zusage für die Erstellung von 34 weiteren grossen Zementwerken erteilt, und es wird eine Erhöhung der Produktion um 100 Millionen Tonnen pro Jahr erwartet. Chhattisgarh wird zu einer Drehscheibe der Zementproduktion.

Bundesstaat. Die Industrialisierung Indiens nach der Unabhängigkeit von 1947 geschah zum grössten Teil auf Kosten der Ärmsten. Offiziellen Schätzungen zufolge wurden dreissig Millionen Menschen für den Bau von grossen Industrien wie Stahl- und Zementwerke, Minen und Staudämme von ihrem Land vertrieben, wobei drei Viertel von ihnen weder eine geregelte Umsiedlung noch eine Entschädigung

bekommen haben. Andere Autoren schätzen die Zahl doppelt so hoch, gesicherte Statistiken gibt es nicht. Die extreme Missachtung der Rechte der Vertriebenen lässt sich nur vor dem Hintergrund des hinduistischen Kastensystems verstehen. Bei der betroffenen Landbevölkerung handelt es sich zum grössten Teil um Angehörige tiefer Kasten oder um Adivasi (Indigene) und kastenlose Dalits, die seit Jahrhunderten durch Angehörige höherer Kasten diskriminiert werden. Sie gelten als primitiv, unrein und nur zu den »niedrigsten« Arbeiten zu gebrauchen. Die traditionellen Händler-, Krieger- und Priesterkasten dominieren bis heute die Führungspositionen in der Industrie und in vielen Behörden und politischen Ämtern.

In der Industrieregion der heutigen Provinz Chhattisgarh sind die Folgen dieser Diskriminierung besonders deutlich zu sehen. Allein für die Stahlfabrik Bhilai Steel wurde beispielsweise in den 1950er Jahren das Land von 94 Dörfern mit 5700 Familien enteignet.<sup>2</sup> Insgesamt wird die Zahl der durch Industrie, Kraftwerke und Minen Vertriebenen in der Provinz bei einer Gesamtbevölkerung von 25,5 Millionen auf gegen eine Million geschätzt. Seit den neoliberalen Reformen der 1990er Jahre, mit denen der Zugang zum indischen Markt für multinationale Konzerne geöffnet wurde, hat sich diese Entwicklung beschleunigt, vor allem seit Chhattisgarh im Jahr 2000 zu einem eigenständigen Bundesstaat wurde: 200 neue industrielle Grossanlagen wurden gebaut, über 700 sind in Planung. Allein die geplanten Anlagen sollen gemäss Schätzungen 3000 Millionen Kubikmeter Wasser benötigen – dieselbe Menge würde ausreichen, um den Wasserbedarf von fast 300 Millionen Menschen zu decken. Die gesamte Produktionskapazität für Zement soll von 14 auf 144 Millionen Tonnen pro Jahr wachsen, die Stromproduktion aus Kohle soll verfünffacht werden.<sup>3</sup>

### **Was bleibt der lokalen Bevölkerung?**

Die unfaire Verteilung von Gewinn und Kosten der Industrialisierung gilt als einer der wichtigsten Gründe für den

Zulauf, den die maoistische Guerilla gerade in den von Adivasi bewohnten Waldregionen Zentralindiens erfährt. In Chhattisgarhs südlichen und nördlichen Distrikten tobt ein eigentlicher Bürgerkrieg zwischen Sicherheitskräften und staatlich finanzierten Bürgermilizen einerseits und der als Naxaliten bekannten maoistischen Guerilla andererseits. Dieser Konflikt hat bereits Hunderte von Opfern gefordert und zur Vertreibung von rund 100'000 Menschen geführt. Die Regierung nutzt den Konflikt ausserdem, um kritische Stimmen unter dem Vorwand der Aufstandsbekämpfung zum Schweigen zu bringen.

Die zentralen Distrikte, in denen Holcims Produktionsstätten stehen, sind davon zwar nur indirekt betroffen, doch der Krieg prägt das politische Klima, in dem Holcim Geschäfte macht. Bezüglich der Vertreibungen, die in der Vergangenheit beim Bau der Fabriken und der angehängten Kalkminen und Kraftwerke von Holcims ACC und Ambuja (in der Folge ACC-Holcim und Ambuja-Holcim genannt) vorgenommen wurden, fehlen genaue Zahlen, aber es dürfte sich um Hunderte von betroffenen Familien handeln. Holcim hat diese Fabriken erst später übernommen, doch die Geschichte lässt sich nicht so leicht abschütteln. Viele der Betroffenen und ihre Nachkommen sind noch da, sie leben in bitterer Armut und fordern Gerechtigkeit und Würde.

Wenn eine Bauernfamilie ihr Land verliert, wird sie in extreme Armut gestossen. Eine Aussicht, in der dicht bevölkerten Region ein ausreichendes Stück Boden als Ersatz zu finden, gibt es nicht. Wer Land besitzt, hat Glück, wenn es registriert ist. Damit besteht die Chance, wenigstens etwas Geld oder eine feste Anstellung in einer Fabrik oder Mine aushandeln zu können. Als ungelernter Handlanger ist man dabei zwar schlecht bezahlt und muss oft die gefährlichsten Arbeiten übernehmen, aber das gesicherte Einkommen ermöglicht es immerhin, die Familie über die Runden zu bringen. Frauen und Landlose hingegen werden bei den Kompensationen grundsätzlich übergangen. Sie, die Ärmsten der Armen, sind für ihr Auskommen häufig auf die Allmendweiden und Wälder angewiesen, wo sie einige Ziegen

halten und Brennholz sammeln können. Diese Art der dörflichen Sozialversicherung wird bei Enteignungen bis heute ignoriert. Für die Menschen, die auf sie angewiesen sind, gibt es weder Jobs noch Geld. Was ihnen nach der Vertreibung bleibt, sind prekäre Gelegenheitsarbeiten, für die ein bis zwei Franken Lohn pro Tag abfallen, wie Rikshaw fahren, Gartenpflege, Haus- und Reinigungsdienste – oft in weit entfernten Grossstädten. Oder eine unregelmäßige Arbeit in der Industrie, zum Beispiel als Lastenschlepper im Zementwerk von ACC-Holcim in Jamul, nahe der Industriestadt Bhilai. Dort findet einer der bedeutendsten sozialen Kämpfe des unabhängigen Indiens statt, bei dem es um viel mehr als nur um Arbeit geht.

### **Von enteigneten Bauern zu streikenden Arbeitern**

Zu Beginn der 1990er Jahre war die erste Generation der ehemaligen Bauern, die als Ersatz für das enteignete Land eine Festanstellung bei ACC erhalten hatten, durch frühzeitige Pensionierungen ausgesondert worden. Es blieben die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Als ACC die Arbeitsbedingungen für diese erheblich verschärfte, wollten sie sich wehren. Sie fanden aber keine Unterstützung bei der offiziellen Gewerkschaft der Festangestellten, weil diese mit dem Management von ACC unter einer Decke steckte. Daraufhin kontaktierten die verzweifelten Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter die Chhattisgarh Mukti Morcha (CMM), eine Basisgewerkschaft, die bereits durch die erfolgreiche Organisation der Minenarbeiter bekannt geworden war. In der CMM waren erfahrene Aktivistinnen und Aktivisten tätig, die Gewerkschaft verfügte zudem mit Sankar Guha Niyogi über eine charismatische Führerfigur. Als Erstes führten die ACC-ArbeiterInnen einen 24-stündigen wilden Streik durch. Das Management erklärte den Streik als illegal und reagierte mit Gewalt und Aussperrung. Die Proteste der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter erfassten darauf andere Fabriken und verbreiteten sich wie ein Lauffeuer. Die Behörden waren mit der Situation völlig überfordert,



die Industriellen so erschrocken, dass sie einen eigenen Protestmarsch durchführten und eine Intervention des Zentralstaats forderten.

Im September 1991 wurde Niyogi ermordet. Sein Mörder wurde später verurteilt, die vermuteten Auftraggeber, einige lokale Industrielle, nach einer ersten Verurteilung vom Obersten Gericht wieder freigesprochen. Am 1. Juli 1992 schoss die Polizei auf CMM-Anhängerinnen und -Anhänger, die eine Eisenbahnlinie blockierten, und tötete 17 von ihnen. Die Büros der CMM wurden versiegelt und eine Ausgangssperre verhängt. Die Industriellen versuchten die Bewegung auszuhungern, indem sie dafür sorgten, dass ihre Mitglieder nirgends mehr Arbeit fanden. Gleichzeitig wurde eine Untersuchung durch einen Richter eingeleitet und der Arbeitskonflikt vor die Justiz gebracht, wo er bis heute auf einen letztinstanzlichen Entscheid wartet (*siehe Kapitel ›Kosten sparen auf dem Buckel der Ärmsten‹*).<sup>4</sup>

Die Repressionswelle konnte die Aktivitäten der CMM nicht völlig erstickern. Aktivistinnen und Aktivisten der CMM liessen sich für die Wahlen in Chhattisgarh aufstellen und gewannen Sitze. Es bildeten sich zahlreiche weitere Gewerkschaften, die sich verschiedenen Themen annahmen: Die assoziierte Pragatisheel Cement Shramik Sangh (PCSS) führte als Gewerkschaft der Zementarbeiter die Mobilisierungen und Rechtsstreite der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter von ACC und anderen Fabriken. Andere Sektionen kümmerten sich um den Bau von Schulen und Spitälern oder lancierten Aufklärungskampagnen mit Theatervorstellungen in den Dörfern, und es wurden Allianzen mit Bauernorganisationen geschmiedet.

### **Der Konflikt um Land und Wasser bei Ambuja-Holcim**

Ein Resultat dieser Vernetzung ist die Zusammenarbeit mit Udyog Prabhavit Kisan Sangh (UPKS), einer Organisation der von der Industrie betroffenen Bauern, die in der Gegend von Baloda Bazar, Bhadrapalli und insbesondere im Dorf Rawan aktiv ist, wo vor 25 Jahren das Zementwerk und

eine grosse Kalkmine von Ambuja eröffnet wurden.<sup>5</sup> Die Produktionskapazität dieses Werkes wird zurzeit ausgebaut, wogegen sich die Bauern dieser Gegend wehren. Die UPKS beklagt, dass die Hälfte der 38 vertriebenen Bauernfamilien in Rawan keinerlei Kompensation erhalten hätten. Gemäss der offiziellen Umsiedlungspolitik sollte in jeder betroffenen Familie eine Person eine feste Anstellung erhalten, was jedoch nicht eingehalten werde. Insgesamt seien mehr Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Gegenden angestellt und nur etwa 50 der 650 festen Stellen an lokale Anwohnerinnen und Anwohner vergeben worden.

Gemäss der Bauernorganisation hat sich Ambuja-Holcim kürzlich Gemeindeländereien angeeignet, welche als Weide, Wege, Spielplatz, Wasserspeicher und für die Kremation der Verstorbenen dienen, um die Siedlung für ihre besseren Angestellten zu erweitern.

Der enorme Wasserverbrauch des Ambuja-Zementwerks stellt die Bauern vor ein weiteres Problem. Die kleinbäuerliche, intensive Landwirtschaft vor allem für die Reisproduktion erfordert in der Trockenzeit Bewässerung aus einfachen, handbetriebenen Brunnen und Wasserlöchern. Ambuja-Holcim bezieht das benötigte Wasser dagegen aus tiefen, mechanisch betriebenen Pumpbrunnen und kauft zusätzlich Wasser aus privaten Brunnen, welches mit Tankwagen zur Fabrik gefahren wird. Der industrielle Verbrauch wird laut Udyog Prabhavit Kisan Sangh nicht beschränkt und kontrolliert, weshalb der Grundwasserspiegel absinke und die Brunnen der Bauern austrockneten. 2011 hat Holcim zudem das Wasser eines Bewässerungskanals zum Zementwerk umgeleitet, welcher zuvor die Brunnen von über vierzig Dörfern gespiesen hatte.<sup>6</sup> Ähnliche Beschwerden gegen Holcim in Chhattisgarh führten 2008 zu einer Nominierung des Zementkonzerns für den ›Public Eye Swiss Award‹, einen Schmähprijs für verantwortungslose Unternehmen, durch die indische Nichtregierungsorganisation Tribal Welfare Society.

## Kriminalisierung von Widerstand: Der Fall von Bhagwati Sahu

Der Fall von Bhagwati Sahu zeugt davon, dass Ambuja-Holcim mit äusserst unfairen Methoden gegen Menschen vorgeht, die es wagen, sich zu wehren. Sahu, ein Bauer aus dem Dorf Rawan, ist gewählter Vertreter im Kreisrat (Janpad Panchayat, Block Baloda Bazar) und gleichzeitig eine Führerfigur der Bauernorganisation Udyog Prabhavit Kisan Sangh sowie der lokalen Sektion der erwähnten Gewerkschaft Pragatisheel Cement Shramik Sangh, derselben Basisgewerkschaft, die auch den Arbeitskampf im Zementwerk von ACC-Holcim in Jamul führt (*siehe nachfolgendes Kapitel*). In seiner Person wird deutlich, dass sich hier Bäuerinnen, Bauern, Arbeiterinnen und Arbeiter gegenseitig in ihren Forderungen unterstützen und ihre Interessen gemeinsam wahrnehmen. Am 18. Mai 2011 wurde Bhagwati Sahu von der Polizei in seinem Haus verhaftet, wegen angeblicher Körperverletzung und Raub. Die Anzeige war zwölf Tage zuvor von einem bei der Bevölkerung unbeliebten Sicherheitsangestellten des Ambuja-Holcim-Werks eingereicht worden. Der Sicherheitsmann war auf dem Wochenmarkt von Baloda Bazar von mehreren wütenden Jugendlichen harsch angegangen worden, wobei er eine Schramme im Gesicht davontrug. Sahu war gemäss eigenen Angaben zu dieser Zeit zu Hause, wo er sich mit einigen Dorfpräsidenten traf. Die einzigen Zeugen, die gegen ihn sowie einige weitere Gewerkschaftsaktivisten aussagten, waren Angestellte des Sicherheitsdienstes von Ambuja-Holcim. Die Untersuchungsrichter hielten es jedoch bis jetzt nicht für nötig, entlastende Zeuginnen und Zeugen anzuhören. Die Anzeige ist gravierend, da es sehr schwierig ist, eine Freilassung auf Kautions zu erwirken – Sahu war trotz dem Einsatz der AnwältInnen der PCSS bei Redaktionsschluss dieses Buches immer noch im Gefängnis.

Es lässt sich nicht beweisen, dass die offensichtlich konstruierte Anklage gegen Sahu auf Weisung des Managements erfolgte. Doch sie folgt einer altbekannten Methode, die in

Chhattisgarh immer wieder zur Unterdrückung von Menschen eingesetzt wird, die sich für die Rechte der Ärmsten wehren. Die Justiz dieses Bundesstaats hat keinen guten Ruf. Zuletzt wurde der Fall von Dr. Binayak Sen über Indien hinaus bekannt. Dieser ›Arzt der Armen‹ und Menschenrechtsaktivist wurde unter fadenscheinigen Gründen angeklagt, die maoistischen Rebellen unterstützt zu haben. Erst nach zweieinhalb Jahren Gefängnis und einer internationalen Solidaritätskampagne verfügte das Oberste Gericht in Delhi seine Freilassung. Bhagwati Sahus Fall steht ebenso auf der langen Liste jener, die sich von den Obergerrichtern in Delhi Gerechtigkeit erhoffen.

### **Produktionsausbau? Gerechtigkeit vor Profit!**

Holcim plant, seine Produktion in Chhattisgarh beträchtlich auszubauen. Anstatt sich der übernommenen Ungerechtigkeiten der Vergangenheit anzunehmen, fügt der Konzern neue hinzu. Woher wird der Konzern das für den Ausbau benötigte Land und Wasser nehmen, wenn nicht von den lokalen Bauern, die bereits jetzt zu wenig davon haben? Das lokale Management der Holcim-Betriebe ACC und Ambuja betreibt seit Jahren einen unfairen Kampf gegen die Ärmsten der Armen und gegen die Organisationen, die sich für ihre Rechte einsetzen. Wenn Holcim seinen Selbstverpflichtungen nachkommen will, muss der Konzern mit der Geschichte der Entrechtung und Ausbeutung radikal brechen und anerkennen, dass sein Geschäft mit Zement Hunderte von Bauern- und Arbeiterfamilien in Not gestürzt hat. Gefordert ist eine angemessene Kompensation für alle von seinen Industrie- und Minenanlagen Betroffenen. Die Firma soll sich dafür einer unabhängigen Untersuchung stellen, um die durch die Produktion entstehenden Schäden abzuschätzen und nach Lösungen zu suchen, insbesondere zur Reduktion des Wasserverbrauchs.

Wenn es um eine Erweiterung der Zementproduktion geht, muss Holcim die Rechte der Lokalbevölkerung zur Mitbestimmung anerkennen. Erst wenn Kritikerinnen und

Kritiker nicht mehr durch firmeneigene und staatliche Sicherheitsdienste falsch beschuldigt und kriminalisiert werden, sind die Voraussetzungen gegeben, dass mit lokalen Gemeindeversammlungen über einen Ausbau der Produktion verhandelt werden kann. Dabei sollte Holcim ein allfälliges Nein genauso akzeptieren wie wenn es sich um einen Abstimmungsentscheid in Holderbank oder Rapperswil-Jona handeln würde.

#### *Anmerkungen*

- 1 Holcim Plans One Billion Dollar Invest In Tree New Plants, in: <http://www.indian-commodity.com/investment/Holcim-Plans-1-Bn-Dollar-Invest-In-3-New-Plants.aspx> (31.12.2011).
- 2 Manjusha Nair, Mixed Repertoire of an Indian Labor Movement, 1990–2006, in: *Journal of Historical Sociology*, 2009, Vol. 22, Issue 2.
- 3 Sugandh Juneja, Industrial Jungle, in: *Down To Earth*, Vol. 19, No. 8, Sept. 2010. New Delhi.
- 4 Nair, 2009.
- 5 Indira Chakravarthi und Shalini Gera, Repression of Workers' Struggles in Chhattisgarh, in: *Economic & Political Weekly*, 2011, No. 18.
- 6 OECD-Klage der Gewerkschaft PCSS wegen Verletzung der OECD-Richtlinien durch Ambuja-Holcim und ACC-Holcim, eingereicht beim Schweizerischen Kontaktpunkt im Wirtschaftssekretariat seco, 7.1.2011, S. 15.

# Kosten sparen auf dem Buckel der Ärmsten

## Wie Holcim in Indien Gesetze umgeht

Im indischen Bundesstaat Chhattisgarh befinden sich Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter der Zementhersteller ACC und Ambuja, beide im Besitz von Holcim, seit Jahren im Konflikt mit der Unternehmensleitung. Hintergrund ist, dass mehr als drei Viertel der Arbeiterinnen und Arbeiter via Drittfirmen angestellt sind – zu deutlich schlechteren Bedingungen und zu einem Bruchteil des Lohns von Festangestellten. Dafür wurde ACC-Holcim im März 2011 bereits in zweiter Instanz von indischen Gerichten verurteilt und aufgefordert, direkte Arbeitsverträge abzuschliessen. Holcim akzeptiert jedoch die Gerichtsurteile nicht. Der Konzern spielt auf Zeit.

Der Konflikt in den indischen Zementwerken ACC und Ambuja ist nicht neu. Seit über zwanzig Jahren kämpfen die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter<sup>1</sup>, die sich in der Gewerkschaft Pragatisheel Cement Shramik Sangh (PCSS) zusammengeschlossen haben, für feste Arbeitsverträge.

Bei ACC-Holcim in Jamul sind von den rund 1500 Arbeiterinnen und Arbeitern bloss 300 fest angestellt, bei Ambuja-Holcim in Rawan sind es 620 Festangestellte von über 3000 Arbeiterinnen und Arbeitern. Die restlichen sind Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter; sie sind via Drittfirmen angestellt, einige seit Jahrzehnten. Mit umgerechnet rund zwei US-Dollar Lohn pro Tag verdienen sie vier Mal weniger als die Festangestellten, einige erhalten nicht einmal den gesetzlich festgelegten Mindestlohn.<sup>2</sup> Diese Praxis ist nicht legal, weshalb die Gewerkschaft seit über elf Jahren im Rechtsstreit mit dem Zementunternehmen steht.

Ein tripartites Abkommen zwischen Zementherstellern, Gewerkschaften und Regierung, das Cement Wage Board Agreement, verbietet nämlich seit 1983 Leiharbeit bei der Herstellung von Zement. Zugelassen ist die ausgelagerte Arbeit lediglich bei den Verladearbeiten von Rohmaterial, und auch hier müssen die über Drittfirmen angestellten Arbeiterinnen und Arbeiter den gleichen Lohn erhalten wie Festangestellte. Auch das indische Gesetz lässt die Leiharbeit nur in Ausnahmefällen zu. Trotzdem sind im Bundesstaat Chhattisgarh geschätzte 70 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter im Zementsektor sogenannte ›contract workers‹, das heisst Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. So auch bei Ambuja-Holcim in Rawan und ACC-Holcim in Jamul, wo sich der Konflikt zugespitzt hat und im Fall von ACC vor Gericht ausgetragen wird.

### **Holcim setzt die Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel**

Nach der Übernahme von ACC und Ambuja durch Holcim hat der Zementkonzern die Mitgliedschaft beim tripartiten Cement Wage Board Agreement aufgekündigt. Zudem hat seit der Übernahme der Druck auf die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter im ACC-Zementwerk in Jamul zugenommen.<sup>3</sup> So arbeitet beispielsweise heute ein einziger Arbeiter an einer Stelle, einem sogenannten ›Cement back feeder‹, wo früher vier Arbeiter beschäftigt waren. Der gestiegene Druck hat zu einer Häufung von Unfällen geführt. Meist wird das Fabrikinspektorat nicht informiert, ausser es handelt sich um einen schweren Unfall und die Gewerkschaft übt Druck aus. In den meisten Fällen werden keine Entschädigungszahlungen für die verunfallten Arbeiterinnen und Arbeiter ausgerichtet. Während regulär Beschäftigte des Zementwerks ACC-Holcim in Jamul Zugang zu werkeigenen Gesundheitseinrichtungen haben, ist dieser für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nicht gegeben, weil sie nicht zum Unternehmen gezählt werden.

Ein schwerer Unfall ereignete sich im August 2010, als die Werksleitung in Jamul eine Gruppe von Arbeitern, die

für diese Tätigkeit nicht ausgebildet waren, zwang, einen defekten Behälter, in dem sich heisse Kohle befand, wieder in Gang zu bringen. Trotz ihres Protests wurden die Arbeiter angehalten, diese riskante Tätigkeit auszuführen. Während der Arbeit löste sich die glühende Kohle und fiel auf vier Arbeiter. Weder eine Ambulanz noch eine andere Notfalleinrichtung waren vor Ort, so dass zwei Arbeiter ihr Leben verloren. Weitere Arbeiter, die dem Staub und Rauch ausgesetzt waren, wurden zur Fortführung der Arbeit angehalten und hatten keinen Zugang zu einer medizinischen Untersuchung.<sup>4</sup> Pikanterweise verfügt das lokale Management über keine Genehmigung zum Unterhalt des Behälters.

Die Gewerkschaft PCSS hatte bereits vor dem schweren Unfall mehrmals darauf hingewiesen, dass in den Holcim-Werken keine medizinischen Notfalleinrichtungen für Arbeitsunfälle existieren und dass die Arbeiterinnen und Arbeiter gedrängt werden, Unfälle nicht zu melden. Ebenfalls versucht die Unternehmensleitung, tödliche Unfälle zu vertuschen und so eine Entschädigungszahlung zu umgehen. Die Leitung der Holcim-Betriebe ignoriert die Hinweise der Gewerkschaft.

Während die Direktangestellten eine Schutzausrüstung erhalten – beispielsweise Atemschutzmasken, Handschuhe oder Stiefel –, gibt es diese für die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nicht. Sie erhalten auch keine Arbeitskleidung.

Angesichts dieser Umstände ist es kein Zufall, dass von den 28 Toten, die Holcim im Jahr 2010 weltweit auf Grund von Arbeitsunfällen zu beklagen hat, 15 in Indien umgekommen sind. 11 der Getöteten in Indien waren Leiharbeiter, weltweit waren es 21.

Auch bei der Bezahlung von Überstunden im Zementwerk in Jamul verstösst ACC-Holcim gegen geltende Regeln: Ab einer Arbeitszeit von mehr als neun Stunden pro Tag wären hundert Prozent Zuschläge zu zahlen. Das Unternehmen zahlt aber keine Überstunden aus und setzt die Arbeiterinnen und Arbeiter unter Druck. Gemäss der Ge-



werkschaft PCSS leisten bei ACC-Holcim zahlreiche Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter monatlich 200 bis 250 Stunden Überzeit – unbezahlt.

Zudem verletzt die Unternehmensleitung von ACC-Holcim elementare Rechte, indem sie Leiharbeiterinnen und -arbeiter, die sich der Gewerkschaft PCSS anschliessen und sich gegen Missstände wehren, mit dem Entzug von Boni und anderen Massnahmen bestraft.

### **Gerichtssentscheid zugunsten der LeiharbeiterInnen**

Die Gewerkschaft Pragatisheel Cement Shramik Sangh (PCSS) wurde 1989/1990 bei ACC in Jamul gegründet und organisiert einen beträchtlichen Teil der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, die Verladearbeiten durchführen. Sie fordert für diese insbesondere den gleichen Lohn, den die Festangestellten erhalten, so wie es das Cement Wage Board vorschreibt. Nach massiven Protesten zu Beginn der 1990er Jahre musste ACC 120 Arbeiterinnen und Arbeiter fest anstellen. Der Konflikt landete jedoch im Jahr 2000 vor dem Arbeitsgericht und geht bis heute weiter.

Im Verlaufe des Jahre dauernden Rechtsstreits entliess das Unternehmen zahlreiche Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter oder gab ihnen nur noch stundenweise Arbeit, um sie so zu einer Eigenkündigung zu drängen. Die Gewerkschaft ersuchte deshalb das zuständige Arbeitsgericht um eine Verfügung, dass die Arbeitsbedingungen während des Gerichtsverfahrens nicht verändert werden dürften. Trotzdem wurden 200 bis 300 Arbeiterinnen und Arbeiter, die zwischen zwanzig und dreissig Jahre in der Zementherstellung gearbeitet hatten, zur Kündigung gezwungen. Erst im Februar 2006 – das Unternehmen war unterdessen in den Besitz des Zementriesen Holcim gelangt – kam das Arbeitsgericht zum Schluss, dass 573 Arbeiterinnen und Arbeiter direkt statt über Drittfirmen angestellt werden müssten. Ihre Leiharbeitsverträge waren, so die Feststellung des Gerichts, Scheinverträge, sprich die angeblichen Arbeitgeber hatten lediglich ihren Namen geliehen, die Arbeit wurde

jedoch für ACC-Holcim geleistet. Ebenfalls entschied das Arbeitsgericht, dass die entlassenen und die zur Eigenkündigung getriebenen Arbeiterinnen und Arbeiter wieder eingestellt werden müssten. Zudem habe das Unternehmen künftig das Abkommen des Cement Wage Board einzuhalten, welches die Leiharbeit nur in Ausnahmefällen zulässt, und auch dann nur zu den gleichen Bedingungen und zum gleichen Lohn wie für Festangestellte.

ACC-Holcim focht den Entscheid an und ersuchte um eine Aussetzung der Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiterinnen und Arbeiter. Das Gericht gewährte diese, vorausgesetzt, dass der Konzern eine Lohnfortzahlung für die Betroffenen leiste, bis ein definitives Urteil vorliege. Der Betrieb interpretierte diese Lohnfortzahlung auf seine Weise: Er bezahlte lediglich die Löhne für zwei bis fünf Tage Arbeit im Monat – Beträge, die bei weitem nicht zum Überleben ausreichen. ACC-Holcim berief sich darauf, dass die Angestellten vor ihrer Entlassung nur noch stunden- oder tageweise gearbeitet hätten. Genau mit dieser Massnahme hatte der Konzern die Arbeiterinnen und Arbeiter zu einer Eigenkündigung bewegen wollen. Die Gewerkschaft PCSS gelangte nun ihrerseits ans Gericht: Die gesetzliche Regelung für die Lohnfortzahlung solle dafür sorgen, dass die Existenz derjenigen gesichert sei, die zu Unrecht entlassen worden waren, was von ACC-Holcim torpediert werde. Eine Entscheidung des Gerichts hierzu steht noch aus.

### **Holcim akzeptiert Gerichtsurteile nicht und spielt auf Zeit**

Am 22. März 2011, fünf Jahre nach dem Entscheid des Arbeitsgerichts, fiel der zweitinstanzliche Entscheid zur Frage der Festanstellungen: Das Obergericht von Chhattisgarh bestätigte, dass die Leiharbeitsverträge von ACC-Holcim auf Scheinverträgen basierten und dass direkte Arbeitsverträge abgeschlossen werden müssten. Der Zementkonzern war jedoch noch immer nicht bereit, den Entscheid zu Gunsten der Arbeiterinnen und Arbeiter zu akzeptieren,

und focht ihn erneut an. Damit zieht ACC-Holcim das Verfahren weiter in die Länge – mit verheerenden Folgen für die Betroffenen: Angesichts der langen Dauer von Gerichtsverfahren in Indien ist es gut möglich, dass einige von ihnen zum Zeitpunkt eines nächstinstanzlichen Entscheids das Rentenalter erreicht haben und, auch wenn der Entscheid zu ihren Gunsten ausfällt, bis dahin zu einem Hungerlohn und zu miserablen Bedingungen arbeiten müssen.

Weil der Zementproduzent ACC-Holcim den Gerichtsentscheid nicht akzeptierte, organisierten die Leiharbeiter

### **Der Rechtsstreit um Festanstellungen bei ACC-Holcim in Jamul**

2000: Die Regierung des Bundesstaats Chhattisgarh verweist die bereits Jahre währende Auseinandersetzung um Festanstellungen ans Arbeitsgericht. In der Folgezeit entlässt ACC zwischen 200 und 300 LeiharbeiterInnen beziehungsweise drängt sie zur Eigenkündigung.

2006: Das Arbeitsgericht entscheidet zu Gunsten der ArbeiterInnen: ACC-Holcim muss 573 Leihangestellte fest anstellen und alle ArbeiterInnen wieder einstellen, die während des Rechtsstreits entlassen oder zur Kündigung gedrängt worden sind. Der Zementkonzern ficht das Urteil an und erwirkt eine Aussetzung der Wiedereinstellungen, wird aber zur Lohnfortzahlung verpflichtet.

Die Lohnfortzahlung führt zu einem weiteren Rechtsstreit, weil ACC-Holcim anstelle von Monatslöhnen nur Lohn für wenige Tage auszahlt.

März 2011: Die nächsthöhere Instanz, das Obergericht von Chhattisgarh, beurteilt die Leiharbeitsverträge ebenfalls als Scheinverträge. Die betroffenen ArbeiterInnen, die noch immer bei ACC-Holcim arbeiten, müssen fest angestellt werden. ACC-Holcim ficht das Gerichtsurteil beim Obersten Gerichtshof Indiens an. Die Gewerkschaft legt nun ebenfalls Rekurs ein und beanstandet, dass die Rechte der entlassenen sowie der zur Kündigung gedrängten ArbeiterInnen nicht berücksichtigt wurden.

rinnen und -arbeiter und ihre Familien unbefristete Protestaktionen: Vor der Fabrik in Jamul führten Angehörige, Unterstützerinnen und Unterstützer einen Sitzstreik durch, die Arbeiterinnen und Arbeiter schlossen sich jeweils nach ihrer Schicht dem Protest an. Am 28. April 2011 legten 1000 von 1200 Angestellten die Arbeit nieder, und die Produktion im Betrieb war praktisch stillgelegt. Eine Gruppe von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern aus den Werken von ACC-Holcim in Jamul und Ambuja-Holcim in Rawan fuhren mit dem Fahrrad rund 35 Kilometer nach Raipur, um den Arbeitsminister zu treffen, ihn über die Situation in ihren Betrieben zu informieren und eine Petition zu überreichen. Der Arbeitsminister lehnte jedoch ein Treffen ab.

Die Protestaktionen dehnten sich weiter aus und fanden nun auch auf der internationalen Ebene Widerhall. So wurde Holcim an der Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation ILO im Juni 2011 kritisiert, und in der Schweiz, wo der Zementkonzern seinen Hauptsitz hat, protestierten die Gewerkschaft Unia, die Bau- und Holz-Internationale (BHI) und der internationale Verband der Chemie- und Energiegewerkschaften (ICEM) gegen Holcims Verhalten gegenüber den indischen Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern. Die Solidaritätsorganisation SOLIFONDS und die Menschenrechtsorganisation MultiWatch forderten den Konzern in einem in Zeitungen abgedruckten offenen Brief zum Gespräch mit der Gewerkschaft PCSS und zur Umsetzung des Gerichtsentscheids auf.<sup>5</sup> Dasselbe forderten auch die internationalen Gewerkschaften BHI und ICEM nach einem Besuch im Werk in Jamul.<sup>6</sup>

Bis Redaktionsschluss dieses Buchs hat sich im Rechtsstreit um die Anstellungen keine Lösung ergeben. Weil der Zementkonzern keine Bereitschaft zu einer Regelung zeigt, hat die Gewerkschaft PCSS ebenfalls eine Einsprache gegen den Entscheid des Obergerichts eingelegt. Diese betrifft insbesondere die zur Kündigung getriebenen Arbeiterinnen und Arbeiter, die gemäss dem Entscheid der ersten Instanz hätten wiedereingestellt werden müssen. Der Zementmulti hat in der Folge zu erwirken versucht, dass die Einsprache

der Gewerkschaft nicht zugelassen und nur die vom Konzern selbst angefochtenen Punkte neu verhandelt werden.

Im Januar 2012 hat die Gewerkschaft PCSS wegen Verletzung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen geklagt.<sup>7</sup> Diese Klage gegen ACC-Holcim und Ambuja-Holcim hat die Gewerkschaft der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter beim Nationalen Kontaktpunkt der Schweiz, dem Wirtschaftssekretariat seco, eingereicht. Eine Antwort ist hängig.

### **Kriminalisierung von GewerkschaftsaktivistInnen**

Der Konflikt rund um den Zementmulti Holcim in Indien beschränkt sich nicht auf den Betrieb ACC in Jamul. Im Zementwerk Ambuja in Rawan bezahlt das Unternehmen seinen Leiharbeitskräften erst seit 2010 die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlöhne – nachdem die Gewerkschaft PCSS Druck ausgeübt hat. Zuvor hatte das Unternehmen sogar die Kosten für Stiefel und Sicherheitsbrillen von den mageren Löhnen abgezogen. Bis heute haben die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter weder Bescheinigungen noch Arbeitsverträge, die belegen, dass sie für Ambuja-Holcim arbeiten, obwohl dies gesetzlich vorgeschrieben ist. Auch medizinische Einrichtungen stehen den Leihangestellten nicht zur Verfügung. Dass sich das Unternehmen um gesetzlich festgeschriebene Rechte der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter foutiert, zeigt sich auch darin, dass es die Beiträge für einen Notfallfonds bis vor kurzem gesamthaft von den Löhnen abgezogen hat, obwohl diese, so die gesetzliche Regelung, zur Hälfte vom Unternehmen geleistet werden müssten.

Auf die Organisierung der Leiharbeiterinnen, Leiharbeiter, Bäuerinnen und Bauern hat Ambuja-Holcim mit Kriminalisierung reagiert: So reichte die Unternehmensleitung im Oktober 2010 Klagen gegen zwanzig Aktivistinnen und Aktivisten ein und verlangte, dass die Behörden Verbote von Versammlungen in Betriebsnähe erlassen sollen. Der Betrieb weigert sich, die Gewerkschaft PCSS anzuerkennen

und leugnet, dass Arbeitsgesetze verletzt oder Angestellte entlassen werden. Hinzu kommt eine Politik der Verleumdung: Im Oktober 2010 schrieb die Unternehmensleitung, dass die »sogenannte Gewerkschaft«, also die PCSS, mit unerwünschten Elementen zusammenarbeite, um Angestellte zu blockieren. Sie wolle nur den industriellen Frieden stören. Wenn sie wirkliche Gründe für Klagen hätte, hätte sie sich wohl ans Arbeitsgericht gewandt.

Dasselbe Unternehmen war allerdings nicht bereit, mit dem Arbeitsdepartement zusammenzuarbeiten, um den Konflikt zu lösen. Zwischen Juli und September desselben Jahres hatte der staatliche Arbeitskommissar Ambuja-Holcim mehrmals einberufen, um den Arbeitskonflikt in Rawan zu lösen, wobei das Unternehmen diese Einladungen jedoch ignorierte. In den darauf folgenden Monaten liess die Werksleitung 51 Arbeiter und eine Arbeiterin nicht mehr in den Betrieb hinein, und dies ohne vorherige Verwarnung. Die Gewerkschaft PCSS reichte deswegen eine Beschwerde ein und traf sich mehrmals mit dem Arbeitskommissar. Dieser ordnete an, dass die ausgesperrten Arbeiter und die Arbeiterin wieder eingestellt und die Arbeitsgesetze eingehalten werden müssen, insbesondere müssten die Angestellten den Mindestlohn oder mehr erhalten. Die Anordnungen hätten innerhalb eines Monats umgesetzt werden müssen. Das Unternehmen missachtete sie jedoch und sperrte weitere acht Arbeiter aus.<sup>8</sup>

Rund um das Ambuja-Holcim-Werk in Rawan spitzte sich der Konflikt weiter zu, als Mitte Mai 2011 Bhagwati Sahu, Organisator der Gewerkschaft PCSS und Mitglied einer Bauernorganisation, unter falschen Anschuldigungen festgenommen wurde. Er sitzt bis heute im Gefängnis, wie im vorhergehenden Kapitel dargestellt wird.

Nicht nur werden die Gewerkschaftsaktivistinnen und -aktivisten der PCSS in den Holcim-Werken in Rawan und Jamul kriminalisiert. Die Unternehmensleitung versucht zudem, die Festangestellten und deren unternehmensfreundliche Gewerkschaft gegen die Leiharbeitskräfte und die PCSS auszuspielen.<sup>9</sup>

## Konzernleitung muss Verantwortung übernehmen

Die oben dargelegten Fälle zeigen, dass Holcim in Indien die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter gegenüber Festangestellten diskriminiert und sie, wenn sie ihre Rechte einfordern, zur Eigenkündigung treibt. Gerichte haben diese Praxis verurteilt. Der Zementriese zieht jedoch das Gerichtsverfahren um Festanstellungen mit Einsprachen in die Länge – mit der verheerenden Wirkung für die Arbeiterinnen und Arbeiter, dass sie weiterhin, möglicherweise jahrelang, für Hungerlöhne und unter miserablen Bedingungen arbeiten müssen. Gleichzeitig hat die Unternehmensleitung vor Ort Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kriminalisiert.

Holcim verletzt damit nicht nur die indischen Gesetze und das tripartite Abkommen des Cement Wage Board. Der Zementkonzern verstösst auch gegen die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und verhält sich in diametralem Gegensatz zu seinem im Firmenverhaltenskodex formulierten Anspruch, die Lebensqualität der Angestellten und ihrer Familien zu verbessern.

Selbst wenn Holcim die dargelegten Fälle von den vormaligen Verantwortlichen der Unternehmen ACC und Ambuja »geerbt« haben sollte, darf der Konzern nicht an der bisherigen Praxis festhalten. Vielmehr muss er die Gerichtsurteile respektieren und sich wieder dem Abkommen des Cement Wage Board anschliessen. Dafür trägt letztlich das Konzernmanagement in der Schweiz die Verantwortung.

## *Anmerkungen*

- 1 In der grossen Mehrheit handelt es sich um männliche Arbeiter. Im ACC-Betrieb in Jamul sind heute noch lediglich rund 20 Frauen angestellt, die mehrheitlich in der Kantine, für Kinderbetreuung und Ähnliches tätig sind.
- 2 OECD-Klage der Gewerkschaft PCSS wegen Verletzung der OECD-Richtlinien durch Ambuja-Holcim und ACC-Holcim, eingereicht beim Schweizerischen Kontaktpunkt im Wirtschaftssekretariat seco, 7.1.2011.
- 3 Visit to the ACC-Holcim Plant in Jamul on 10<sup>th</sup> May 2011 by Advocates Madhumita Dutta from Corporate Accountability Desk – The Other Media and Krishnendu (Tublu) Mukherjee.
- 4 New Trade Union Initiative (NTUI), Swiss multinational corporation Holcim kills workers! Pressemitteilung, New Delhi 24.8.2010.
- 5 <http://solifonds.ch/de/holcim-indien> (31.12.2011).
- 6 Report on the BWI/ICEM Joint Mission to ACC (HOLCIM), Plant Jamul Town, Durg District, Chhattisgarh State, India, 16<sup>th</sup> June 2011. Zu finden unter: <http://www.multiwatch.ch/de/p97000874.html> (31.12.2011).
- 7 Die Leitsätze der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit legen unter anderem einen Verhaltenskodex bei Auslandsinvestitionen fest. Wird gegen sie verstossen, können Betroffene beim zuständigen Nationalen Kontaktpunkt Klage einreichen. Allerdings sind keine Sanktionsmöglichkeiten gegen Unternehmen vorgesehen, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.
- 8 Der gesamte Konflikt ist beschrieben in Chakravarthi/Gera 2011.
- 9 Als beispielsweise eine MultiWatch-Vertreterin an der Holcim-Aktionärsversammlung 2011 Kritik an der Anstellungspraxis in Indien übte, entgegnete Verwaltungsratspräsident Rolf Soiron lapidar, dass es sich beim Konflikt in Indien um eine Auseinandersetzung zwischen einer ›grossen‹ und einer ›kleinen‹ Gewerkschaft handle, wobei die ›grosse‹ (gemeint war die der Festangestellten) die Vorwürfe der ›kleinen‹ (der PCSS) nicht stütze.



# Verbrennung von Sondermüll in Zementöfen

## Ökologische Entsorgung oder Gefährdung der Gesundheit?

Der Schutz der Umwelt und der sparsame Umgang mit Energie ist für Holcim gemäss eigenen Aussagen ein zentrales Anliegen. In der äusserst energieintensiven Zementproduktion ein nicht einfach zu erfüllender Anspruch. Holcim versucht einerseits, den Energieverbrauch zu senken, und andererseits, die Zementöfen mit alternativen Brennstoffen zu betreiben – darunter sind auch giftiger Sondermüll aus der Industrie und alte Pneus. Die Schadstoffe sollen durch die hohen Verbrennungstemperaturen von über 1400 Grad unschädlich gemacht werden. Was auf den ersten Blick sinnvoll erscheint, hat in manchen Fällen gravierende Folgen für die Gesundheit der Bevölkerung rund um die Zementwerke und die Aufbereitungsstätten für Sondermüll.

Klinker ist ein zentraler Bestandteil von Zement. Er entsteht, wenn Kalkstein, Ton, Sand und Eisenerz miteinander vermahlen und dann in einem sogenannten Drehrohrofen gebrannt werden. Nach dem Abkühlen wird der Klinker mit Gips oder Anhydrit zu Zementpulver vermahlen. Der gebrannte Klinker ist im Zement für die Aushärtung zuständig, die in Gang kommt, sobald das Gemisch mit Wasser in Verbindung kommt.

Die Herstellung des Klinkers führt dazu, dass die Zementproduktion einen ausserordentlich hohen Energiebedarf aufweist. Die Zementfabriken, welche vor allem mit fossilen Energieträgern befeuert werden, galten lange Zeit als Dreck- und Energieschleudern mit einem horrenden CO<sub>2</sub>-

Ausstoss. Als Mittel zur Reduktion des Energiebedarfs und zum schonenderen Umgang mit Ressourcen propagiert die Industrie sogenanntes Co-Processing. Damit ist die Energie- und Rohstoffgewinnung aus Abfällen gemeint. Co-Processing, so schreibt Cembureau, die Vereinigung der europäischen Zementverbände, sei die optimale Art, aus Abfällen Energie und Rohstoffe zu gewinnen: *»Zudem bietet es eine sichere und zuverlässige Lösung für die Gesellschaft, die Umwelt und die Zementindustrie, indem nicht-erneuerbare Ressourcen durch Abfälle der Gesellschaft ersetzt werden, unter strikt kontrollierten Bedingungen.«*<sup>1</sup>

Co-Processing trage, so Cembureau, zur CO<sub>2</sub>-Reduktion bei und ermögliche Einsparungen bei Brenn- und Rohstoffen. Zudem eigne es sich zur Entsorgung von Sondermüll aus Industrie und Medizin. Dank der hohen Temperaturen bei der Zementherstellung könnten auch giftige Substanzen gefahrlos verbrannt werden, ohne in die Umwelt zu gelangen. Cembureau schreibt: *»Co-Processing in der Zementindustrie hat keine negativen Auswirkungen auf die Gesundheit und Sicherheit der Angestellten oder der Bevölkerung der Umgebung.«*

Auch Albert Tien, Manager für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz bei Holcim, vertritt die Meinung, dass es keine Hinweise auf negative Auswirkungen auf die Gesundheit lokaler Gemeinschaften gebe.<sup>2</sup>

Zwei Fallbeispiele aus Mexiko und Argentinien zeichnen allerdings ein anderes Bild von Co-Processing. In Apaxco, Mexiko, und Yocsina, Argentinien, kritisieren nicht nur Anwohnerinnen und Anwohner in der Umgebung von Holcim-Zementwerken die Verwendung alternativer Brennstoffe, sondern auch Gesundheitspersonal, Umweltorganisationen und Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft.

## **Holcim in Mexiko**

Im Jahr 1969 übernahm die damalige Holderbank Financière AG die 1921 gegründete mexikanische Zementfirma

Apasco. In den 1980er und 1990er Jahren expandierte der Konzern und kaufte weitere Zementwerke in Mexiko hinzu. Aktuell betreibt Holcim Apasco sieben grosse Zementwerke.

Holcim Apasco teilt sich zusammen mit dem marktführenden mexikanischen Zementunternehmen Cemex den Zementmarkt im Land und bildet damit eine der mächtigsten Wirtschaftslobbys Mexikos. Ähnlich wie in anderen Ländern, zum Beispiel in Brasilien, besteht auch in Mexiko der Verdacht der Kartellbildung unter den zwei marktführenden Zementmultis Cemex und Holcim.

Apaxco ist eine Stadt mit rund 26'000 Einwohnerinnen und Einwohnern und liegt neunzig Kilometer nördlich von Mexiko Stadt. Die Region ist reich an Kalkstein – eine ideale Gegend für die Zementproduktion. Ab 1993 baute Holcim eine Sondermüll-Aufbereitungsfirma unter dem Namen Ecoltec auf, die im Folgenden mit Ecoltec-Holcim bezeichnet wird. Heute besitzt der Konzern sechs Ecoltec-Anlagen in ganz Mexiko, in denen jährlich 450'000 Tonnen Abfälle verarbeitet werden können. Eine dieser Anlagen betreibt Ecoltec-Holcim seit 1998 in Apaxco. Neben Autoreifen werden auch Batterien, Telefonakkus, Plastik, gebrauchte Öle, Druckchemikalien, Sägemehl und weitere Industrieabfälle verarbeitet. Alleine in den letzten sieben Jahren wurden rund fünf Millionen Tonnen Autoreifen sowie chemische Druckerei- und Farbabfälle in der Müllanlage zu Brennmaterial gemacht.

Apaxco liegt in einem Industriegebiet zwischen dem Bundesstaat Hidalgo und Mexiko Stadt. 2005 erklärten die Vereinten Nationen Apaxco zum am stärksten verschmutzten Ort der Welt.<sup>3</sup> Dafür sind 115 Fabriken und neben Kalk- und Zementöfen auch mehrere Erdölraffinerien verantwortlich. Laut Angaben der Gemeinde Apaxco existieren 38 Schadstoffquellen, welche permanent die Luft verschmutzen. Die Schäden an Mensch und Umwelt, welche die Industrie verursacht, sind hoch und die Verantwortlichkeit nur schwer auf einen einzigen Akteur zu reduzieren. Dennoch machten Betroffene in den vergangenen Jahren

immer wieder Ecoltec-Holcim direkt für Luftverschmutzung und gesundheitliche Beschwerden verantwortlich.

### Schwere Erkrankungen und Todesfälle

Am 10. Februar 2007 starb Marco Antonio Gil im Alter von acht Jahren an Leukämie. Fälle von Krebs bei Kindern haben in den letzten Jahren in Apaxco stark zugenommen. Neben Krebserkrankungen häufen sich in der Region vermehrt auch schwere Atemwegserkrankungen. Der Vater des verstorbenen Marco Antonio Gil meint: *»Hier in Apaxco leben wir inmitten von Gerüchen, welche Kopfschmerzen, Ohnmachtsanfälle, Allergien und Atemwegserkrankungen verursachen; andere Substanzen führen zu Krebs. Mein Sohn starb an Leukämie. Wie er haben viele Kinder hier diesen Krebs, und niemand tut etwas. Wir haben über Jahre verschmutzte Luft eingeatmet, und keine Behörde hat etwas unternommen.«*<sup>4</sup>

Nach mehreren Protestmärschen gründeten Betroffene am 5. Mai 2009 in Apaxco das Gesundheitskomitee Pro Salud – für die Gesundheit. Ziel war es, damit auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Viele Bewohnerinnen und Bewohner von Apaxco berichteten an Versammlungen über penetrante und üble Gerüche, die neben starken Kopfschmerzen und Juckreiz in den Augen auch Halsbeschwerden und Übelkeit hervorrufen. Für diese Probleme wurde Ecoltec-Holcim direkt verantwortlich gemacht und wiederholt öffentlich angeklagt. Ecoltec-Holcim musste in den Folgejahren tatsächlich mehrere Vorfälle öffentlich anerkennen. So waren beispielsweise wiederholt Ethylacrylat-Dämpfe aus der Anlage von Ecoltec-Holcim ausgetreten. Dies führte zu den üblen Gerüchen, über welche sich die Bevölkerung seit Jahren beklagte. Ethylacrylat entsteht bei der Verarbeitung von Druckereichemikalien und ist ein Nervengift, welches zu erheblichen Beeinträchtigungen des Nervensystems führt. Ein gravierender Vorfall ereignete sich am 5. Mai 2009: Eine giftige Dampfwolke mit Ethylacrylat breitete sich auf einer Fläche von vier Quadratkilometern

aus und legte sich über elf umliegende Dörfer mit 30'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Gemäss einer Untersuchung des ›Zentrums für Diagnose und Alternativen für Giftstoffbetroffene‹ (CEDAAT) erlitten dabei 262 von 305 registrierten Patientinnen und Patienten Vergiftungssymptome. Ecoltec-Holcim-Sprecher Carlos Juárez liess öffentlich verlauten: » *Wir bedauern die Unannehmlichkeiten, die der Gemeinde verursacht wurden.*« Er gestand ein, dass Ethylacrylat die sehr übel riechenden Gerüche verursachte. Dennoch bestand das Unternehmen darauf, dass keine gesundheitlichen Schäden entstehen würden.<sup>5</sup>

Nur wenige Monate zuvor, am 21. März 2009, war es bereits zu einem folgenschweren Unfall gekommen, der elf Bauern das Leben gekostet hatte. Bei Reinigungsarbeiten an einer Wasserpumpe im Inneren einer Zisterne fielen sie aus zunächst ungeklärten Gründen ins Wasser. Dieses stammte aus einem Fluss, der am Ecoltec-Werk vorbeifliesst. Ecoltec-Holcim war schon seit Längerem verdächtigt worden, übrig gebliebene toxische Abfälle illegal in den Fluss zu leiten. Die Generalstaatsanwaltschaft des mexikanischen Bundesstaats Hidalgo stellte in ihrem Abschlussbericht zum Vorfall fest, dass » *der Überschuss an nicht identifizierten Gasen im Inneren der Zisterne und vorhandene Schlammabfälle dazu geführt haben, dass die Bauern das Bewusstsein verloren haben.*«<sup>6</sup>

Während die Bauern nach offizieller Darstellung ertranken, fielen sie nach Ansicht der lokalen Bürgerbewegung Giftgasen zum Opfer, die sie während der Arbeit eingeatmet hatten. Die Betroffenen machen dafür Ecoltec-Holcim verantwortlich, demgegenüber weist das Unternehmen jegliche Schuld von sich und stellt sich auf den Standpunkt, dass der Fluss durch die Abwässer der neunzig Kilometer entfernten Hauptstadt verschmutzt worden sei.

Als Folge der Häufung von negativen Ereignissen reichten Betroffene im September 2009 eine Strafanzeige gegen Ecoltec-Holcim ein und klagten sie für die Verschmutzung und die daraus resultierenden Gesundheitsschädigungen an.

Aus Mangel an Beweismaterialien wurden die durch die Behörden eingeleiteten Untersuchungen gegen Ecoltec-Holcim jedoch fallen gelassen. Das Gesundheitskomitee Pro Salud reagierte darauf mit Protesten, einer Blockade der Zufahrtstrassen zum Werk und einem Protestcamp vor den Toren von Ecoltec-Holcim.

## Eine breite Klagefront

Seither haben sich auch die Umweltorganisation Greenpeace sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Konflikt eingeschaltet und stützen die Aussagen der Bevölkerung.

Greenpeace Mexiko hat Holcim Apasco im Juli 2010 das Label ›Industria sucia‹ (›schmutzige Industrie‹) verliehen und hebt in einem Bericht hervor, dass insbesondere chlorhaltige Abfälle, wie jene aus Druckereien, stark schädigende Auswirkungen für Gesundheit und Umwelt haben.<sup>7</sup>

Jorge Arturo de León, Medizinprofessor an der staatlichen Universität UNAM und Verantwortlicher des ›Centro de Diagnóstico y Alternativas para Afectados por Tóxicos‹ (CEDAAT), meint: *»Die Bedingungen für die Gesundheit der Bevölkerung in der Umgebung der Zementwerke sind bedauerlich und ernst. Es müssen Schritte ergriffen werden, damit die Industrie auf allen Regierungsstufen reguliert wird. Ecoltec ist eine Firma, die wiederholt für akute Vergiftungsfälle der Bevölkerung gesorgt hat; die Forderungen dieser Menschen sind gerechtfertigt. Acrylate, die von Ecoltec freigesetzt werden, greifen das Nervensystem genauso an wie hartnäckige organische Verschmutzungspartikel: Die höheren geistigen Fähigkeiten von Kindern werden beeinträchtigt. Das sind unsichtbare, lebenslange Kosten, die die Kinder tragen.«<sup>8</sup>*

Der PR-Verantwortliche von Holcim Apasco, Gustavo Gastelum, hält dennoch am Standpunkt fest, dass Holcim in Apaxco mit dem Co-Processing weder Umwelt noch Menschen negativ belaste. Über die Gefahr von toxischen Dämpfen schweigt sich Gastelum aus.

Das Fehlen von Daten über Gesundheitszustand und -entwicklung der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner ist, so lassen die Quellen vermuten, neben der Abwesenheit staatlicher Umwelt- und Gesundheitsämter ein zentraler Aspekt, weshalb Ecoltec-Holcim in Apaxco sich bis jetzt nicht vor Gericht hat verantworten müssen.

## **Holcim in Argentinien**

Im Jahr 1998 begann Holcim mit der Übernahme des 1930 gegründeten Unternehmens Cementos Minetti im argentinischen Zementmarkt Fuss zu fassen. Heute besitzt der Schweizer Konzern fünf Zementwerke und zusätzlich vier Sondermüllaufbereitungsanlagen, die Holcim seit 1994 unter dem Namen Ecoblend betreibt. Holcim führte seine Zementproduktion in Argentinien zunächst unter dem Namen Holcim-Minetti, seit August 2011 heisst das Unternehmen Holcim Argentina.

### **Weisses Pulver aus den Schornsteinen des Zementwerks**

Das Städtchen Yocsina liegt zwanzig Kilometer nordwestlich von Córdoba und blickt auf eine lange Zeit des Widerstands gegen Ecoblend, eine Tochter von Holcim, zurück. Seit 1994 verbrennt Holcim in Argentinien Sonderabfälle aus der chemischen Industrie in seinen Zementöfen. Wie in Mexiko werden diese von einem Unternehmen in Holcims Besitz, hier unter dem Namen Ecoblend, aufbereitet. Dabei werden neben Mineralölen auch pharmazeutische Abfälle und toxische Insektizide sowie weiterer, Schwermetalle wie Quecksilber, Zyanid und Arsen enthaltender Sondermüll verbrannt.

Die Sondermüllaufarbeitungsanlage Ecoblend hat für Holcim eine doppelte Gewinnoptimierung zur Folge. Erstens kann dank dieser Brennstoffe der Verbrauch fossiler Energieträger gesenkt werden. Zweitens verdient Holcim am Abfallentsorgungsgeschäft, da Ecoblend Zulieferungen von Sondermüll aus ganz Argentinien verarbeitet.

Seit Jahren beklagt sich die Bevölkerung von Yocsina über das weisse Pulver aus den Zementöfen, welches Pflanzen und Häuser mit einem Staubfilm bedeckt. Üble und penetrante Gerüche führen zu Kopfschmerzen und zu Irritationen des Sehvermögens, sowie zu Hautausschlägen und Bauchschmerzen. Deshalb bieten sowohl die Sondermüllaufbereitungsanlage wie auch die Zementöfen Grund zur Besorgnis. Die Bevölkerung hat Ecoblend und Holcim wiederholt aufgefordert, transparent zu machen, was für Sondermüll verarbeitet und verbrannt wird. Sie hat von Holcim ausserdem verlangt, dass der Konzern Stellung beziehe bezüglich des Grades der Gesundheitsgefährdung für die Bevölkerung.

Nach Angaben von Raúl Montenegro, Biologieprofessor und Preisträger des alternativen Nobelpreises, hat sich die Umweltsituation in Yocsina dramatisch verändert, seit das Zementwerk mit Sondermüll betrieben wird. Montenegro ist Verfasser der demnächst erscheinenden Studie ›Sondermüllverbrennung und Einfluss auf Gesundheit und Umwelt<sup>9</sup>.

Wie Professor Montenegro in seiner Studie nachweist, beinhaltet dieses weisse Pulver Schwermetallpartikel und ist so fein, dass es über die Haut und die Atemwege aufgenommen werden kann. Das weisse Pulver lagert sich auch auf den umliegenden Landwirtschaftsflächen, auf denen Nahrungsmittel angebaut werden, ab. Damit gelangen toxische Substanzen in den Nahrungskreislauf.

Die Stiftung zur Verteidigung der Umwelt FUNAM, welche die Bevölkerung von Yocsina begleitet, kritisiert, dass durch den Staat keinerlei Kontrolle erfolgt. Auch nehmen, so FUNAM, staatliche Ämter die Sorgen und Anliegen der Bevölkerung nicht ernst.

### **Krebserregende Dioxine gefährden die Gesundheit der Bevölkerung**

Zwei unabhängig durchgeführte Studien der Nationalen Universität von Córdoba in Argentinien aus den Jahren



2009 und 2010 haben den Nachweis erbracht, dass die Anlage von Holcim die TCDD-Dioxin-Höchstwerte des Sondermüll-Entsorgungsgesetzes um 52 beziehungsweise 203 Prozent überschreitet und damit hoch krebserregende Substanzen im Übermass an die Umwelt abgibt.

TCDD Dioxin ist eine chlorhaltige organische Verbindung. Sie wurde vorab durch die Chemiekatastrophe von 1976 bei der Icmesa AG in Seveso, einer Tochter des Pharmakonzerns Roche, für ihre langandauernden gesundheitszerstörenden Wirkungen bekannt, aber auch durch die verheerenden Entlaubungsaktionen der Amerikaner mit ›Agent Orange‹ im Vietnamkrieg.

Die Umweltorganisation FUNAM hat in den letzten Jahren mehrere Strafanzeigen (2001, 2004 und 2011) wegen Umweltvergehen gegen Holcim in Yocsina eingereicht. Die letzte dieser Anzeigen stützt sich auf die erwähnten zwei Studien und verfügt erstmals über wissenschaftliche Grunddaten, die eine klare Rechtswidrigkeit und Gefährdung der Gesundheit durch die Aktivitäten von Holcim nachweisen können. Trotz der klaren Beweislage reagierten weder die Provinz- noch die Nationalregierung auf diese Anklage. Professor Montenegro, Präsident von FUNAM, spricht von staatlicher Kontrollinsuffizienz und erheblichen Rechtslücken bezüglich einer ganzen Reihe von Gesundheitsgefährdungen. Verbrennung von Sondermüll stelle ein mehrfach hohes Gesundheitsrisiko dar, das bisher nur ungenügend berücksichtigt und debattiert worden sei. Montenegro spricht von einer regelrechten ›Risikodiversifizierung‹, das heisst von einer Verbreitung und Verteilung des Risikos durch Sondermüllverbrennungsanlagen.

FUNAM reagiert auf das Ausbleiben eines Strafverfahrens gegen Holcim mit Öffentlichkeitskampagnen. Damit will die Umweltorganisation die wissenschaftlich belegten Fakten über die Umweltvergehen verbreiten. So wurde etwa ein Fernsehprogramm ins Leben gerufen, welches die Bevölkerung von Yocsina über diese Tatbestände informiert.

Montenegros Studie zu Sondermüllverbrennung und Einfluss auf Gesundheit und Umwelt legt offen, dass die Gift-

stoffe aus verbrannten Batterien und anderen schwermetallhaltigen Abfällen nicht nur als Luftschadstoffe Umwelt und Menschen gefährden. Giftstoffe wie Barium, Cadmium und Quecksilber sind auch in den Böden in überhöhten Mengen nachweisbar. Laut der Studie geben die Staubpartikel des Zementofens die Schadstoffe an die Böden ab. Die Schadstoffe treten über die landwirtschaftliche Produktion in den Nahrungskreislauf ein und führen zu dauerhaften Schäden. Bei der lokalen Bevölkerung zeigen sich diese in Form von Nierenschäden, Übelkeit, Magen-Darm-Beschwerden, Schäden am Zentralnervensystem und schweren Atemerkrankungen.

Medizinische Daten über den Gesundheitszustand der Bevölkerung in Yocsina und dem benachbarten Städtchen Malagueño, welche die gesundheitsschädigenden Auswirkungen statistisch belegen, fehlen jedoch weitgehend. Auch in Argentinien hat dieser Datenmangel unter anderem zur Folge, dass wohl kaum weitere Strafanzeigen gegen Holcim eingereicht werden können.

Gleichzeitig besteht auch ein hohes Risiko für die umliegenden Gewässer. Es ist laut Montenegro ausserdem unklar, was mit den Abfallstoffen geschieht und wie mit toxischen Abfällen umgegangen wird, die beim Verbrennungsvorgang nicht eliminiert werden.

Aber auch über den produzierten Zement-Klinker können absorbierte Schadstoffe in die Nahrungskette von Mensch und Umwelt gelangen, stellt Montenegro in seiner Studie fest. Das Argument der Industrie, Schadstoffe aus Sondermüll würden langfristig im Zement eingeschlossen, widerlegt der Biologie-Professor gleich mehrfach. Mit Bezug auf Studien aus China weist er darauf hin, dass Trinkwasser aus Kanälen, deren Baumaterial aus Zementöfen stammt, in denen Sondermüll verbrannt wird, eine mehrfach höhere Konzentration an Schwermetallen aufweist als Trinkwasser aus Zementkanälen aus traditionell befeuerten Zementöfen. Zement, welcher Klinker enthält, der unter Verwendung von Sonderabfällen gebrannt wurde, kann Giftstoffe also wieder an die Umwelt abgeben.

Vor diesem Hintergrund fordert die betroffene Bevölkerung von Holcim, dass der Konzern die Verbrennung von toxischem Sondermüll unverzüglich unterlässt und wieder zur Verbrennung von fossilen Brennstoffen wechselt. Professor Montenegro und die Umweltorganisationen FUNDAM unterstützen dieses Anliegen.

### **Die Risiken von Co-Processing**

Die Fallbeispiele aus Mexiko und Argentinien relativieren die Beteuerungen der Zementindustrie, dass Co-Processing eine ökologisch unbedenkliche, ja sogar vorteilhafte Art der Abfallverwertung sei. Sowohl während des Aufbereitungsprozesses als auch bei der Verbrennung der Giftstoffe gibt es grosse Risiken für die Gesundheit der lokalen Bevölkerung und die Umwelt. Holcim betont die Umweltfreundlichkeit des Co-Processings. Am Verbrennen von Sondermüll darf Holcim aber nur festhalten, wenn zweifelsfrei nachgewiesen wird, dass weder für die Bevölkerung noch für die Umwelt eine Gefahr droht.

### *Anmerkungen*

- 1 Sustainable Cement Production. Co-processing of alternative fuels and raw materials in the European cement industry, Cembureau 2009 ([www.cembureau.eu](http://www.cembureau.eu)).
- 2 Albert Tien, Hazardous waste burning in cement kilns, in: <http://www.coprocem.org/documents/hazardous-waste-burning-health-studies.pdf> (31.12.2011).
- 3 Friends of the Earth, Holcim in Latin America. Case studies, 2011, S. 26.
- 4 Friends of the Earth, S. 26.
- 5 Thelma Gomez, Un paisaje gris que enferma, in: El Universal, 5.2.2010. <http://www.eluniversal.com.mx/nacion/175434.html> (31.12.2011).
- 6 Gomez, 5.2.2010.
- 7 Greenpeace México, Ecoltec, industria sucia y dañina, in: <http://www.greenpeace.org/mexico/es/Noticias/2010/Julio/Ecoltec-industria-sucia-y-danina-/>, 15.7.2010 (14.1.2012).
- 8 Friends of the Earth, S. 26.
- 9 Die genannte Studie wird in Kürze publiziert. Die hier rezipierten Informationen hat uns Prof. Montenegro zukommen lassen.

# **Feinstaub, Hangrutsche, Überschwemmungen**

## **Gefahren für die Bevölkerung rund um Holcims Werke in Kolumbien**

Holcim ist seit Ende der 1960er Jahre in Kolumbien tätig. Die Firma betreibt verschiedene Produktions- und Abbaustätten in weiten Teilen des Landes und zählt heute zu den wichtigsten Firmen in der nationalen Zement- und Betonherstellung.

Durch den Gesteinsabbau sind heisse Thermalquellen abgekühlt, Explosionen haben zu Rissen in den Häusern geführt, die Staubbelastung und der Lärm der Maschinen machen den Menschen in der Umgebung zu schaffen. In der Hauptstadt leidet die Bevölkerung des betroffenen Viertels unter Hangrutschen und Überschwemmungen, gleichzeitig haben Zementfirmen die Grundwasserreserven weitgehend aufgebraucht. Kritikerinnen und Kritiker der Zementkonzerne müssen mit Verfolgung rechnen.

Holcim betreibt verschiedene Anlagen im Zentrum, im Westen und Norden Kolumbiens: An vierzehn Standorten fördert der Konzern Kalkstein, Gips und das wegen seiner Bindefähigkeit gebrauchte Gestein Puzzolan und verarbeitet die abgebauten Materialien für die Zement- und Betonproduktion. Holcim unterhält verschiedene weitere Firmen in Kolumbien, wie zum Beispiel die Transportfirma Trancem S.A. oder Eco Procesamiento Ltda, die Industrieabfälle als alternative Brennstoffe aufbereitet. Im Jahr 2009 beschäftigte Holcim Kolumbien laut eigenen Angaben 994 Arbeiterinnen und Arbeiter.

## Iza: Umweltschäden und Abkühlung von Thermalquellen

Die Gemeinde Iza im Departement Boyacá gilt wegen der landschaftlichen Schönheit als das ›grüne Nest‹ Boyacás und ist ein nationales Kulturdenkmal, unter anderem wegen der traditionellen Häuser. Zudem befinden sich warme Thermalquellen in unmittelbarer Nähe und das Dorf verfügt über einen bedeutenden Tourismussektor. In Iza trägt Holcim seit dreissig Jahren Puzzolan am Cerro Vita ab, einem heiligen Hügel der indigenen Bevölkerung.

Während die Bevölkerung bei Inbetriebnahme des Steinbruchs auf Fortschritt und Entwicklung für das Dorf hoffte, hat sich seither Ernüchterung breitgemacht. Für die Anwohnerinnen und Anwohner ist klar, dass die negativen Auswirkungen des Puzzolanabbaus die positiven überwiegen. Dies wird auch in einer von der Nichtregierungsorganisation CED-INS im ersten Semester 2011 durchgeführten Studie deutlich. Dabei handelt es sich um Schäden, welche die Umwelt betreffen, sowie um Beeinträchtigungen sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Natur. Durch den Abbau der Gesteine nehmen Qualität und Fruchtbarkeit der Böden ab, Fauna und Flora sind betroffen, Flussläufe verändern sich, und die heissen Thermalquellen, welche einen wirtschaftlichen und kulturellen Nutzen haben, kühlen von 40 auf 25 Grad ab. Ausserdem ist die Luft verschmutzt und der verursachte Staub bedeckt Weiden und Vegetation. Wie ein Anwohner erklärte, sind für den Gesteinsabbau auch Häuser abgerissen und Menschen umgesiedelt worden.

Die Dorfbewohnerinnen und -bewohner haben deshalb mehrere Klagen gegen Holcim eingereicht. Im April 2010 haben sich zudem Umweltkomitees, Bürgervereinigungen, Umweltspezialistinnen und Ingenieure getroffen, um die ökologischen und sozio-ökonomischen Schäden des Puzzolanabbaus durch Holcim zu analysieren, und in einem Manifest haben sie den Stopp des Abbaus gefordert.<sup>1</sup>

Die lokale Umweltbewegung beklagt ausserdem, dass die Gemeindeverwaltung gegenüber der Umweltzerstörung

gleichgültig bleibe, und dass auch die regionale Umweltbehörde nichts dagegen unternehme. Aus den Gesprächen mit Bürger- und Gemeinschaftsvertreterinnen und -vertretern geht hervor, dass Holcim und die Gemeindeverwaltung oft zusammenarbeiten. So wurden zum Beispiel unter Schutz stehende Gebiete umgezont, damit Holcim dort Gestein abbauen kann. Die Behörden ihrerseits erklären, dass alles gesetzeskonform sei – obwohl die Einhaltung des Umweltmanagementplans durch die Behörden nicht kontrolliert wird und keine der vorgesehenen Schutz- beziehungsweise Schadensminderungsmassnahmen durchgesetzt worden ist. Holcim negiert die Anschuldigungen konsequent und verweist darauf, dass das Unternehmen den Umweltmanagementplan einhalte. Von der Bevölkerung verlangt der Konzern, dass sie technische Beweise für die Schäden liefere.

Die Bürger- und Gemeinschaftsvertreterinnen und -vertreter fordern den sofortigen Stopp des Puzzolanabbaus in Iza durch Holcim. Die wenigen wirtschaftlichen Vorteile und finanziellen Abgeltungen seien ein Klacks im Vergleich zu den Schäden, die der Abbau verursache.

### **Nobsa: Überschwemmungen und Lärm**

Auch die Bewohnerinnen und Bewohner von Nobsa, einem Dorf nahe von Iza, beklagen sich über negative Folgen von Holcims Aktivitäten. Holcim hat für die Zementherstellung einen Wasserlauf umgeleitet, was dazu geführt hat, dass 2010, als es stark regnete, das anliegende Quartier unter Wasser gesetzt wurde. Die Anwohnerinnen und Anwohner können nachts auch nicht mehr richtig schlafen, zu viel Lärm machen die Maschinen, welche 24 Stunden am Tag in Betrieb sind. Der Präsident einer lokalen Bauernorganisation erklärte, dass durch das Verbrennen von giftigen Stoffen wie Chemikalien und alten Spritzmitteln die Luft verschmutzt werde. Durch die Explosionen, die für die Kalkgewinnung notwendig sind, haben zudem viele Häuser Risse bekommen. Zwar hat die Firma einen Teil der Reparaturkosten übernommen. In anderen Fällen behauptet die

Firma jedoch, geologische Missstände hätten Risse in den Mauern erzeugt, nicht etwa die durch Holcim verursachten Explosionen.

### **Bogotá: langjähriger Konflikt um Sand- und Kiesabbau**

In der Hauptstadt Bogotá baut der Konzern Holcim seit den 1990er Jahren in einem Industriepark, dem Parque Minero Industrial del Tunjuelo, im Süden der Stadt Material ab. Die Anlage liegt zwischen Ciudad Bolívar und Usme, einer sehr armen Zone der Stadt. Die mexikanische Zementfirma Cemex und die Fundación San Antonio, ein kolumbianisches Unternehmen, tragen ebenfalls in dieser Zone Sand und Kies ab. Insgesamt nutzen die drei Zementunternehmen eine Fläche von 319 Hektaren. Für die verursachten negativen Folgen für die Bevölkerung und die Schäden an der Umwelt lässt sich die Hauptverantwortung schwer zuteilen.

Der Abbau von Kies und Sand im Industriepark Tunjuelo wird durch die Bergbaugesetzgebung von 1996 und 2001 ermöglicht. Sie lässt Bergbau in urbanem Gebiet zu, reduziert gleichzeitig die Umweltnormen und verringert die Sanktionsmöglichkeiten des Staates bei wiederholten Umweltvergehen der Firmen, während die Anreize für die ausländischen Firmen erhöht werden.

Zu den Auswirkungen der Bergbautätigkeiten in städtischem Gebiet zählen zum einen gesundheitliche Schäden der Anwohnerinnen und Anwohner. Es handelt sich vor allem um Atemwegsbeschwerden und Hauterkrankungen, verursacht durch die Feinstpartikel, die beim Abbau in die Luft gelangen.

Zum andern belasten die Aktivitäten der Bergbauunternehmen die Umwelt und die umliegenden Stadtviertel stark. Im Industriepark Tunjuelo ging viel an Fauna und Flora verloren, und mit der mehrfachen Umleitung des Flusses Tunjuelo kam es immer wieder zu Überschwemmungen. Die Böden in unmittelbarer Umgebung der Mine sind weich, und durch den Abbau von Kies und Sand wird die Stabi-



lität der Böden verschlechtert, insbesondere an Abhängen. 2009 hat ein Erdbeben das Viertel Villa Jackie verschüttet, je nach Quelle haben dabei zwischen achtzig und mehr als hundert Familien ihr Haus verloren. Die Hauptverantwortung lag hier bei Cemex, die am nächsten an diesem Quartier Gestein abbaut. Laut Medienberichten wurden die betroffenen Familien von der Firma finanziell entschädigt.

Gemäss Ankündigungen der lokalen Behörden vom November 2007 sollten 2008 etwa zweitausend Personen aus Sicherheitsgründen umgesiedelt werden, aus dem Umfeld von vier alten Gruben, die einsturzgefährdet sind. Insgesamt ist fast eine Million Menschen in 35 Vierteln potentiell gefährdet.

In Bogotá kommt eine weitere Dimension hinzu: Aus einem Fernsehbeitrag des Westschweizer Fernsehens geht hervor, dass Paramilitärs öffentlich zugeben, Frauen und Männer, welche sich kritisch gegenüber Holcim und Cemex äussern, zu verfolgen und zu bekämpfen.<sup>2</sup> Die Firmen negieren jegliche Beziehung zu paramilitärischen Gruppen. Jedoch sind verschiedene soziale Aktivistinnen und Aktivistinnen immer wieder verfolgt worden, weil sie sich unter anderem gegen die Umweltverschmutzung und die Risiken wehren, die durch die Kiesgruben verursacht werden. Im November 2008 wurde gegen mehrere Führungspersonen von sozialen Organisationen unter fadenscheinigen Anschuldigungen ein Haftbefehl erlassen, und sie wurden vorübergehend inhaftiert.

### **Trinkwasserreserven für Zementproduktion aufgebraucht**

Zwischen 1968 und 1997 wurde der Fluss Tunjuelo, der durch das Gebiet der Werke fliesst, dreimal umgeleitet. Durch diese Eingriffe haben die Wassermassen bei Hochwasser oder schwerem Regen nicht mehr genügend Platz, wodurch es zu teils heftigen Überschwemmungen kommt. Im Jahr 2002 brach ein Damm, und die Gruben der Zementwerke wurden unter Wasser gesetzt. Das Wasser ist bis heute nicht vollständig abgeflossen; dies hat zu einer für

die Anwohnerinnen und Anwohner sehr unangenehmen Geruchsbildung geführt, und in der Zone haben sich Mücken und Ratten angesiedelt. Nach der Überschwemmung reichten die Firmen eine Schadenersatzklage in der Höhe von umgerechnet rund 200 Millionen Franken gegen den Distrikt ein, weil die Gruben wegen der grossen Wassermassen Schaden genommen hatten.<sup>3</sup> Obwohl es die durch die Firmen vorgenommene Umleitung des Flusses war, die zu den Überschwemmungen geführt hatte, sollte der Staat für die Schäden aufkommen.

Die Aushubarbeiten der Zementunternehmen haben auch mehrere wasserführende Schichten angeschnitten und ausgetrocknet, was den Angaben von Holcim aus dem Jahr 2005 widerspricht, denen zufolge der Abbau in wasserundurchlässigen, tonhaltigen Böden stattgefunden habe.

Die Gewinnung des Materials für die Zementproduktion braucht riesige Mengen an Wasser. Holcim und die übrigen Firmen haben das vor etwa zwei Millionen Jahren entstandene Grundwasserreservoir des Tunjuelo weitgehend aufgebraucht und damit der Stadt Bogotá eine der wesentlichen Quellen zur Lösung der Trinkwasserprobleme genommen.

Der Leiter des Umweltsekretariats von Bogotá war im Juni 2010 der Meinung, dass die Behebung der enormen Umweltschäden durch Jahrzehnte verantwortungslosen Bergbaus grosse Investitionen über mehrere Jahre nötig machten, für die die Zementfirmen aufkommen müssten.<sup>4</sup>

### **Umweltbehörde suspendiert Sand- und Kiesförderung**

Ab Juni 2010 mussten die Zementfirmen Holcim, Cemex und Fundación San Antonio ihre Aktivitäten auf Geheiss des Umweltsekretariats der Stadt vorübergehend einstellen. Das Umweltsekretariat hielt fest, dass die Firmen Gefahr liefen, hohe Bussen zu bezahlen, weil sie unter anderem das Grundwasser missbräuchlich nutzten und den Fluss ohne Erlaubnis umgeleitet hatten.<sup>5</sup>

Zur Aufhebung dieser vorübergehenden Suspendierung der Aktivitäten könne es laut dem Umweltsekretariat kom-

men, sobald die Firmen die geeigneten Vorkehrungen trafen, um die Umweltschäden zu beheben. Die Firmen müssten gewisse Umweltlizenzen einholen, den Flusslauf und Wasserhaushalt sanieren sowie garantieren, dass die Böden und Hänge stabil sind.

Holcim reichte im Juli 2010 eine Klage gegen diesen Beschluss des Umweltsekretariats ein, die aber mehrfach abgelehnt wurde.<sup>6</sup> In der Folge reichten die drei Unternehmen weit über zwanzig Rechtsmittel ein, um sich gegen die Suspendierung zu wehren.

Statt einer Einstellung des Sand- und Kiesabbaus hatten die Zementfirmen nämlich eine Erweiterung des Abbaubereichs um 98 Hektaren geplant. Im Mai 2009 hatte es ausgesehen, als ob der Hauptstadtdistrikt einer Ausdehnung unter gewissen Auflagen zustimmen würde. Unter anderem müssten die Unternehmen die erwähnte Schadenersatzklage zurückziehen. Aus Medienberichten ging später hervor, dass die Einigung nicht zustande kam.

Die Kontrollinstanz der Regierung organisierte ab August 2010 einen runden Tisch mit allen Beteiligten, um eine Lösungssuche in der Frage des Sand- und Kiesabbaus zu begünstigen. Bereits im Oktober 2010 bat die Cámara Colombiana de Infraestructura, der Verband der Tiefbauunternehmen, den Bürgermeister von Bogotá, die Suspendierung aufzuheben, da die Bauwirtschaft grosse Schwierigkeiten erleide. Das Umweltsekretariat entgegnete, dass es seine Hauptaufgabe sei, die Umwelt Bogotás zu schützen, und dass das Recht auf eine gesunde Umwelt ein Kollektivrecht mit Verfassungsrang sei, weshalb eigentlich keine Güterabwägungen vorgenommen werden müssten.<sup>7</sup> Das Umweltsekretariat habe zuvor umfangreiche Studien gemacht und festgehalten, dass der Bausektor Bogotás durch diese Massnahme nicht wesentlich beeinträchtigt werde. Entgegen dem Beschluss des städtischen Umweltsekretariats empfahl jedoch am 3. Dezember 2010 der Chef der nationalen Aufsichtsbehörde, der Procurador general, die vorübergehende Schliessung der Kiesgruben aufzuheben.<sup>8</sup>

Anfang Oktober 2010 konnten die Zementfirmen den

Betrieb der Kiesgruben vorübergehend wieder aufnehmen und Material abbauen, aber nur, um technische Studien durchzuführen. Verschiedene mit der Situation vor Ort vertraute Personen gaben an, dass die Firmen seit Ende 2010 wieder am Abbauen seien, die vorübergehenden Massnahmen schienen also tatsächlich aufgehoben zu sein. Gemäss den verfügbaren Informationen sind allerdings die mit der temporären Suspendierung angedrohten Sanktionen noch immer hängig, das heisst, die Firmen könnten wegen ihres Grundwasserverbrauchs und der Flussumleitung eine Millionenbusse erhalten oder zur definitiven Schliessung gezwungen werden.

Die betroffene Bevölkerung und die Nichtregierungsorganisationen, die zum Thema arbeiten, wurden über die Wiederinbetriebnahme nicht informiert. Es war auch nicht möglich, Zugang zu offiziellen Dokumenten zu erhalten, die erläutern würden, unter welchen Bedingungen die Abbauarbeiten wieder aufgenommen werden durften. Holcim hielt in einer schriftlichen Antwort vom 20. Dezember 2011 fest, dass im Auftrag des Umweltministeriums und der Bergbaubehörde Ingeominas durchgeführte Studien ergeben hätten, dass die Abbaufrenten stabil seien. Die Unternehmen müssten belegen, dass für die Bewirtschaftung des Steinbruchs kein Grundwasser bezogen werde. Da dieser Beweis nur zu erbringen sei, wenn der Abbau erfolge, sei eine provisorische Betriebsbewilligung bis Januar 2012 erteilt worden. Die damit beauftragte kanadische Prüfstelle sei aber in Verzug, weshalb Holcim eine Verlängerung der provisorischen Betriebsbewilligung bis Ende April oder Ende Juli beantragen könne.<sup>9</sup> Bei Francisco Ramírez vom Gewerkschaftsbund Funtraenergética, der sich seit langem mit der Situation beschäftigt, stösst diese Information auf Erstaunen: *»Ich dachte, sie hätten die Aktivitäten definitiv suspendiert, denn es geht hier um ein Sicherheitsthema.«* Andere BeobachterInnen denken, dass die Suspendierung ein Druckmittel war, um die Unternehmen zum Rückzug der Schadenersatzklage für die Schäden durch die Überschwemmungen von 2002 bewegen zu können.

## Betroffene wehren sich weiter

Die oben dargelegten Fälle zeigen, dass Holcim in Kolumbien an verschiedenen Standorten ohne Rücksicht auf die Auswirkungen für die lokale Bevölkerung und die Umwelt Material abbaut. Die in der Nachbarschaft von Holcim-Produktions- und Abbaustätten lebenden Menschen leiden an den Nebeneffekten der Beton- und Zementherstellung: Lärm rund um die Uhr, Feinstaubbelastung, Verschmutzung von Luft und Wasser, Überschwemmungen, Zerstörung ihrer Häuser und Umsiedlungen. Mit diversen Flussumleitungen, der Zerstörung des Grundwasserreservoirs des Flusses Tunjuelo oder der Abkühlung von Thermalquellen ist es zu irreversiblen Schäden der Umwelt gekommen. Kritikerinnen und Kritiker müssen zudem mit Kriminalisierung und paramilitärischer Verfolgung rechnen, wenn sie die Zementkonzerne anprangern, wie das Beispiel Bogotá zeigt.

Im Umfeld verschiedener Holcim-Produktionsstätten haben sich die Betroffenen gemeinsam organisiert und wehren sich gegen den Schweizer Zementkonzern und seinen Umgang mit der Bevölkerung.

### *Anmerkungen*

- 1 Iza arrasada por la multinacional Holcim, [http://www.reclamecolombia.org/index.php?option=com\\_content&view=article&id=11:iza-arrasada-por-la-multinacional-holcim&catid=24:nacionales&Itemid=21](http://www.reclamecolombia.org/index.php?option=com_content&view=article&id=11:iza-arrasada-por-la-multinacional-holcim&catid=24:nacionales&Itemid=21) (13.11.2011).
- 2 Mise au point, Sendung vom 30.1.2005, <http://www.tsr.ch/emissions/mise-au-point/1372359-.html> (23.11.2011).
- 3 El cráter de la discordia, in: <http://www.semana.com/nacion/crater-discordia/160436-3.aspx> (23.11.2011).
- 4 Por desviar y modificar el río Tunjuelo, Cemex, Holcim y la Fundación San Antonio deberán cesar sus actividades, in: <http://www.secretariadeambiente.gov.co/sda/libreria/php/noticias08.php?id=1358> (15.11.2011).
- 5 Cemex y Holcim deberán responder por contaminación del río Tunjuelo, <http://www.elespectador.com/secretaria-de-ambiente/articulo-207341-cemex-y-holcim-deberan-responder-contaminacion-del-rio-tunjue> (14.11.2011).
- 6 Holcim pierde ›round‹ contra Secretaría Distrital de Ambiente, in: <http://www.catorce6.com/?p=2745> (23.1.2012).
- 7 El mercado de la construcción no sufrirá desabastecimiento, ni se afectará la oferta y la demanda de los agregados en Bogotá, <http://www.secretariadeambiente.gov.co/sda/libreria/php/noticias08.php?id=1426> (15.11.2011).
- 8 Procuraduría sugiere revocar medida de suspensión de actividades mineras en el sector del Tunjuelo, [http://www.procuraduria.gov.co/html/noticias\\_2010/noticias\\_867.htm](http://www.procuraduria.gov.co/html/noticias_2010/noticias_867.htm) (15.11.2011).
- 9 Mailantwort von Holcim Group Support Ltd, Sustainable Development (20.12.2011).

## Zement oder Blumen – wer hat in Guatemala das Sagen?

Als Minderheitsaktionärin ist Holcim am Bau einer Zementfabrik in San Juan Sacatepéquez, Guatemala, beteiligt. Das Geschäft wird von der neoliberalen Wirtschaftspolitik Guatemalas begünstigt, deren höchste Priorität der Attraktivität des Landes für ausländische Investitionen gilt. Die guatemaltekische Regierung und die Firma Holcim – die sich gerne als nachhaltig und sozial präsentiert – ignorieren beim Bau der Fabrik jedoch die Rechte der lokalen Bevölkerung, die das Projekt mit überwältigender Mehrheit ablehnt. Soziale Konflikte und Gewalt sind die Folge.

Fünfzehn Jahre nach Beendigung des 36-jährigen Bürgerkriegs befindet sich Guatemala in einer desolaten Situation. Die schwachen staatlichen Institutionen sind nicht in der Lage, die komplexen sozialen und ökonomischen Probleme des Landes in den Griff zu bekommen. Armut, Gewalt und Straflosigkeit prägen das kleine zentralamerikanische Land: So leben je nach Statistik zwischen 65 und 80 Prozent der guatemaltekischen Bevölkerung in Armut – davon ein Fünftel in extremer Armut. Das bedeutet, dass nicht einmal genügend Mittel zur ausreichenden Ernährung vorhanden sind. Nach einer kürzlich erschienenen Studie sind denn auch je nach Region und Ethnie 50 bis 70 Prozent aller Kinder unter fünf Jahren chronisch unterernährt. Hinzu kommt die Gewalt, die täglich zwischen 15 und 18 Menschenleben fordert – im Jahr 2009 waren es 6498 registrierte Morde. Dabei bleiben 98 Prozent aller Fälle ungeklärt – Straflosigkeit ist Normalität.

## Das Geschäft mit Rohstoffen in Guatemala

Vor diesem konfliktreichen und instabilen Hintergrund investieren in Guatemala zahlreiche ausländische Unternehmen in den Abbau natürlicher Ressourcen. 2008 waren in ganz Guatemala 118 Explorationslizenzen und 5 Lizenzen für den Abbau von Rohstoffen bewilligt worden.<sup>1</sup> Die Geschäfte werden von einer neoliberalen Wirtschaftspolitik begünstigt, die vorwiegend darauf ausgerichtet ist, ausländisches Kapital anzuziehen. Das nationale Minengesetz, das die Aktivitäten im Bereich Bodenschätze reguliert, ist entsprechend investorenfreundlich: Es enthält bloss minimale Auflagen betreffend Umweltstandards, macht den Staat zum Eigentümer sämtlicher Bodenschätze und sieht keine Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung vor. Des Weiteren garantiert das Gesetz den Unternehmen die uneingeschränkte Nutzung der Wasservorkommen zu Produktionszwecken sowie Steuerfreiheit für die ersten sieben Produktionsjahre. Die festgelegten Abgaben an den guatemaltekischen Staat betragen gerade mal ein Prozent des Umsatzes. Davon gehen 0,5 Prozent an den Staat und 0,5 Prozent an die Gemeinde, in welcher die Bodenschätze abgebaut werden.<sup>2</sup>

Das investitionsfreundliche Minengesetz steht jedoch in verschiedenen Punkten im Widerspruch zur guatemaltekischen Verfassung von 1996, zur Gemeindegesetzgebung von 2002, zur Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und zur UNO-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker. In der nationalen Gesetzgebung wird der Schutz und die Anerkennung von Gemeindeterritorium garantiert, eine dezentrale Entscheidungsfindung in Bezug auf natürliche Ressourcen verankert und der lokalen Bevölkerung ein Recht auf vorgängige Information und Konsultation eingeräumt – und zwar bei sämtlichen Projekten, die ihren Lebensraum beeinträchtigen können. Die internationalen Abkommen – die beide von Guatemala ratifiziert wurden – gehen sogar noch einen Schritt weiter: Sie verankern das Recht auf ein freies, vorgängiges, informiertes Einverständnis (*Free Prior Informed Consent*



– FPIC). Dies beinhaltet insbesondere das Recht der indigenen Bevölkerung auf Ablehnung eines Projekts und die Pflicht der Regierungen, diesen Entscheid zu respektieren. Diese Rechte der Bevölkerung werden von der guatemaltekischen Regierung in ihrer Suche nach ausländischem Investitionskapital vollkommen ignoriert. Internationale und guatemaltekische Konzerne nehmen diese Einladung zur Profitmaximierung dankend an.

Einer der in Guatemala tätigen Konzerne ist Holcim. Seit 2007 ist der Schweizer Zementriese in der Gemeinde San Juan Sacatepéquez am Bau einer neuen Zementfabrik beteiligt. Gemäss Holcim stellt dieses Projekt einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung der Gemeinde San Juan Sacatepéquez dar. Es schaffe Arbeitsplätze, bringe Infrastruktur und Einnahmen für die Gemeinde. Eine grosse Mehrheit der lokalen Bevölkerung lehnt das Projekt jedoch ab – die Menschen vor Ort haben andere Vorstellungen von einer nachhaltigen und sozialen Entwicklung. Diese Vorstellungen stehen jedoch dem Profit der Zementindustrie entgegen und werden entweder komplett ignoriert oder als rückständig abgestempelt. Die Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung in Bezug auf Projekte in ihrem Territorium werden missachtet. Diese Situation führt unweigerlich zu sozialen Konflikten und Gewalt.

Holcim verletzt die Pflicht, die Menschenrechte zu respektieren (*duty to respect*), wie sie in den Richtlinien des Sonderbeauftragten für Wirtschaft und Menschenrechte der UNO, John Ruggie, festgehalten wird.<sup>3</sup> Als Firma, die sich selbst der sozialen Verantwortung und nachhaltigen Entwicklung verschreibt, müsste Holcim die Beteiligung am Projekt zurückziehen. Zement, der gegen den Willen der lokalen Bevölkerung produziert wird, passt nicht zum sauberen Image der Firma.

## **Holcim in Guatemala**

In Lateinamerika ist Holcim in zehn Ländern präsent – in Guatemala beteiligt sich der Konzern seit dem Jahr 2000

mit 20 Prozent Aktienanteil an der Firma Cementos Progreso S.A.

Cementos Progreso S.A. ist die grösste Zementfirma Guatemalas. Sie wurde 1899 vom Guatemalteken Carlos Federico Novella Klée gegründet und 1979 in Cementos Progreso S.A. umbenannt. Seit 1998 plant die Firma den Bau einer neuen Zementfabrik. 2005 kaufte sie in der Gemeinde San Juan Sacatepéquez südlich der guatemalteken Hauptstadt zu diesem Zweck das Grundstück San José Ocaña. Anfang 2007 erhielt Cementos Progreso S.A. die Abbaubewilligung für ein Gebiet, das etwa ein Drittel des gesamten Gemeindeterritoriums ausmacht. Ende 2007 erhielt eine Tochterfirma von Cementos Progreso S.A. – die Firma San José Mincesa – von der Gemeinderegierung von San Juan Sacatepéquez die Baubewilligung für die geplante Fabrik. Diese wird zu 80 Prozent von Mincesa und zu 20 Prozent von Holcim finanziert. Spätestens 2015 soll die Fabrik ihre Produktion aufnehmen.

### **Kleinbauernfamilien und Indigene im Widerstand**

In der Gemeinde San Juan Sacatepéquez sind rund 9000 Personen, verteilt auf zwölf Dörfer, vom Bau der Zementfabrik betroffen. Es sind mehrheitlich Indigene der Ethnie Maya Kaqchikel, deren Lebensgrundlage seit jeher die kleinbäuerliche Landwirtschaft darstellt. Produziert werden insbesondere Gemüse, Früchte und Blumen, die bis nach Mexiko, die Vereinigten Staaten von Amerika, Europa und Asien exportiert werden – nicht umsonst ist der Name der Gemeinde aus den beiden Kaqchikel-Wörtern ›sakat‹ und ›tepek‹ zusammengesetzt, die übersetzt ›Hügel der Blumen‹ bedeuten.

Vor diesem Hintergrund ist die Ablehnung der Zementfabrik durch die lokale Bevölkerung verständlich: Da die Menschen von der Landwirtschaft leben und dies auch weiterhin tun möchten, widerspricht die Nutzung des Landes zur Zementproduktion ihren Interessen. Viele befürchten, ihr Land an die Firma abtreten zu müssen und damit ihre

einzigste Lebensgrundlage zu verlieren. Des Weiteren wurde für den Transport der notwendigen Produktionsmittel der Bau einer Zufahrtsstrasse angekündigt. Die Menschen vor Ort befürchten, dass diese Strasse genau durch ihre Felder führen wird und mit Staub und Abgas die Ernte zunichte machen könnte. Ein weiteres Problem betrifft die Wassernutzung: Das Minengesetz verspricht der Zementfirma die uneingeschränkte Nutzung der vorhandenen Wasserquellen zu Produktionszwecken – für die lokale Bevölkerung ist im Falle einer Dürreperiode klar, wer punkto Wasser das Nachsehen hat. Zudem ist die Angst vor gesundheitlichen Konsequenzen durch die Staubbelastung – insbesondere Beeinträchtigungen der Atemwege und Hautkrankheiten – durchaus gerechtfertigt.

Die Verletzung ihrer Rechte ist nebst den Sorgen um die schädlichen Auswirkungen der Zementproduktion auf Mensch und Natur ein weiterer Grund für den Widerstand der Bevölkerung gegen die Zementfabrik. Die Einwohnerinnen und Einwohner der betroffenen Dörfer wurden vor der Erteilung der Bewilligungen an die Zementfirmen weder informiert noch nach ihrer Meinung gefragt – eine klare Missachtung ihrer Rechte als lokale Anwohnerinnen und Anwohner und indigene Bevölkerung.

Zudem sind die vorher friedlichen Dörfer seit dem Eintreffen der Zementfirmen von verheerenden sozialen Konflikten betroffen. »*Seit dem ersten Kontakt mit den Zementfirmen erleben wir eine Art psychologischen Terror*«, steht in einem Manifest der zwölf betroffenen Dörfer.<sup>4</sup> Familien werden mit Hilfe von Bestechung und Versprechen bezüglich Arbeitsplätzen in BefürworterInnen und GegnerInnen gespalten, Menschen durch Hausdurchsuchungen, Haftbefehle und Drohungen eingeschüchtert, Vertreterinnen und Vertreter des Widerstands verfolgt, verhaftet und teilweise sogar ermordet. Aufgrund des hohen Konfliktpotentials wird die Region militarisiert – in einem Land, in welchem das Militär während des 36-jährigen Bürgerkriegs für 94 Prozent der Menschenrechtsverletzungen verantwortlich war.

## Der Konflikt in San Juan Sacatepéquez

Als im April 2007 bekannt wurde, dass Cementos Progreso S.A. vom Ministerium für Energie und Minen eine Abbaubewilligung erhalten hatte, versuchten Vertreterinnen und Vertreter der zwölf betroffenen Dörfer vergeblich, genauere Informationen über das Projekt zu erhalten. Sie gelangten mit Gesuchen an die Gemeinderegierung von San Juan Sacatepéquez, die für die Erteilung der Baubewilligung für die Fabrik zuständig war. Daraufhin beschloss die Gemeinderegierung an einer Sitzung im April 2007, im Folgemonat unter der lokalen Bevölkerung eine Abstimmung über die Aktivitäten von Cementos Progreso S.A. in der Gemeinde durchzuführen. Dieser Entscheid wurde jedoch noch im selben Monat anlässlich einer Sondersitzung der Gemeinderegierung, die auf Druck der Zementindustrie einberufen wurde, rückgängig gemacht – die gesetzlichen Bedingungen für eine Abstimmung seien nicht gegeben, hiess es im offiziellen Protokoll. Die Bevölkerung von San Juan Sacatepéquez liess sich dadurch nicht beirren. Sie führte die Abstimmung ohne die Unterstützung der Gemeinderegierung und gemäss den Traditionen ihrer indigenen Vorfahren durch. Das Resultat war überwältigend: 8946 Personen stimmten gegen den Bau der neuen Zementfabrik, 4 Personen stimmten dafür. Trotz der deutlichen Ablehnung des Projekts durch die betroffene Bevölkerung erteilte die Gemeinderegierung von San Juan Sacatepéquez, wie eingangs erwähnt, der Firma San José Mincesa, der Tochter von Cementos Progreso S.A., im November 2007 die Bewilligung für den Bau einer neuen Zementfabrik auf dem Grundstück San José Ocaña in der Gemeinde San Juan Sacatepéquez. Für die Gegnerinnen und Gegner der Fabrik ist offensichtlich, dass die Gemeinderegierung von der Zementindustrie bestochen wurde.

Seit klar wurde, dass sich eine grosse Mehrheit der Gemeinde San Juan Sacatepéquez gegen den Bau der Zementfabrik ausspricht, stiegen die Spannungen kontinuierlich an. Verschiedene Organisationen berichten seit Juni 2007 von

massiver Polizei- und Militärpräsenz, Einschüchterungen und Übergriffen auf die Bevölkerung, Störungen des Dorflebens durch bewaffnete Gruppierungen sowie Manipulation und Desinformation mit Hilfe von Bestechung. Anfang 2008 wurde ein runder Tisch einberufen, der eine Lösung für die schwelenden Konflikte bringen sollte. Eine Bedingung, welche die Bevölkerung für ihre Bereitschaft zum Dialog gestellt hatte, war die Einstellung der Bauarbeiten bis zum Ende der Verhandlungen. Da sich die Firma nicht an diese Bedingung hielt und mit den Bauarbeiten fortfuhr, wurde der Dialog von den Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Dörfer abgebrochen. Im Juni 2008 eskalierte die Situation, als mehrere Personen mit einer Strassenblockade versuchten, die Arbeiten an der Fabrik aufzuhalten. Die darauf folgenden gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Sicherheitsleuten der Fabrik wurden von der Polizei aufgelöst. Als Reaktion auf diese Vorfälle rief der damals amtierende Präsident Álvaro Colom für den Zeitraum vom 22. Juni bis zum 7. Juli 2008 den Ausnahmezustand aus – eine Massnahme, mit welcher der reibungslose Bau der Zementfabrik gesichert werden sollte. Im Rahmen dieser Massnahme führten Polizei und Militär eine gemeinsame Operation in einem der betroffenen Dörfer durch. Über 1000 Einsatzkräfte stürmten das Dorf, 43 Personen wurden verhaftet und teilweise über einen Monat festgehalten. Zwischen Mitte 2007 und Ende 2011 hatten die Dörfer zudem immer wieder Morde an Personen zu beklagen, die sich gegen die Anwesenheit von Cementos Progreso S.A. ausgesprochen und aktiven Widerstand geleistet hatten. Bis heute wurden knapp 20 Gegnerinnen und Gegner der Zementindustrie, Dorfvertreter und Menschenrechtsverteidigerinnen umgebracht – keiner der Morde ist aufgeklärt worden.

Die nationale Kommission für Transparenz, die im Verlauf des Jahres 2009 die Situation in San Juan Sacatepéquez untersuchte und im Januar 2010 ihren Bericht präsentierte, zeigt sich zwar besorgt über die anhaltende Gewalt, verwirft jedoch sämtliche Befürchtungen der lokalen Bevöl-

kerung betreffend die Produktion von Zement auf ihrem Territorium: Die Zementindustrie verbrauche überhaupt kein Wasser, die Luft würde keinesfalls durch Staub oder Rauch verschmutzt und gesundheitliche Probleme gäbe es keine, da die Fabrik ja noch gar nicht gebaut sei... Kurz: Die Befürchtungen der Menschen in San Juan Sacatepéquez seien Produkt ihrer geringen Bildung und der daraus resultierenden Anfälligkeit für Desinformation und Manipulation.<sup>5</sup>

Verschiedene internationale Delegationen und Organisationen vor Ort – Peace Brigades International, Amnesty International, das UN-Komitee zur Eliminierung rassistischer Diskriminierung (CERD), der Sonderbeauftragte der UNO für die Rechte der indigenen Völker, James Anaya, und die ILO – haben sich in Berichten und wiederholten Aufrufen an die internationale Öffentlichkeit äusserst besorgt gezeigt bezüglich der Situation in San Juan Sacatepéquez. Erst kürzlich – am 28. Dezember 2011 – kursierten Nachrichten über einen Polizeieinsatz in zwei Dörfern der Gemeinde. Etwa 300 Einsatzkräfte der Polizei und des Militärs hätten sich in den beiden Dörfern installiert, um eine Untersuchung durchzuführen, wie die Polizei mitteilte. Für die ansässige Bevölkerung war jedoch klar, dass es sich um einen erneuten Einschüchterungsversuch handelte, der ihren Widerstand gegen die Zementfabrik brechen sollte.

Ihren Widerstand wollen die Vertreterinnen und Vertreter der zwölf betroffenen Dörfer aber auf keinen Fall aufgeben – insbesondere jetzt, da verschiedene Zeitungsartikel und Gerüchte darauf hinweisen, dass er Wirkung zeigt: Eine guatemaltekeische Tageszeitung berichtete Mitte 2010, der Bau der Fabrik in San Juan Sacatepéquez sei aufgrund der sozialen Konflikte in der Gemeinde und fehlender Finanzierung paralytisch. Ein Kommentar in derselben Zeitung von Ende 2011 bestätigt dies. Von offizieller Seite her ist jedoch nichts bekannt.

## Holcim in Guatemala – wie geht es weiter?

Offiziell ist Holcim somit nach wie vor an einem Geschäft beteiligt, bei dem die individuellen Menschenrechte, die Kollektivrechte der indigenen Bevölkerung und weitere internationale Abkommen in zahlreichen Punkten verletzt werden. Die Rechte auf Selbst- und Mitbestimmung wurden bereits im Bewilligungsprozess umgangen. Durch das enorme Konfliktpotential des Projekts sind des Weiteren das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Versammlungsfreiheit, das Recht auf Schutz vor willkürlicher Verhaftung, das Recht auf unabhängige Gerichtsverfahren und das Recht auf soziale Sicherheit in Gefahr. Die möglichen Umweltschäden, die durch die Zementproduktion entstehen könnten, gefährden zudem das Recht auf sauberes Trinkwasser, auf genügend Nahrung und auf Gesundheit.

Eine Firma, die sozial und nachhaltig wirtschaften will, kann vor einem solchen Hintergrund unmöglich an diesem Projekt festhalten. Holcim müsste sich deshalb so rasch wie möglich aus dem Projekt in San Juan Sacatepéquez zurückziehen. Nur so würde der Konzern die Menschenrechte und die UNO-Richtlinien zur Unternehmensverantwortung (*siehe Abschnitt ›Das Geschäft mit Rohstoffen in Guatemala‹*) respektieren. Dazu wäre er etwa durch die Unterzeichnung des Global Compact bereits jetzt verpflichtet.

Für die guatemalteckische Regierung könnte dies den Anstoss geben, die einseitig auf ausländische Investitionen ausgerichtete und hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte blinde Wirtschaftspolitik zu revidieren. In der Rohstoffbranche könnte Holcims Rückzug weitere Unternehmen unter Druck setzen, sich aus Konfliktgebieten zurückzuziehen und die Einhaltung der Menschenrechte und den Schutz der Umwelt bei zukünftigen Projekten stärker in den Vordergrund zu stellen.

Für die Bevölkerung von San Juan Sacatepéquez würde ein Rückzug Holcims bedeuten, dass der vereinte Widerstand auch gegen grosse Gegner erfolgreich sein kann, dass ihre Opfer nicht vergebens waren und dass vielleicht end-

lich Ruhe und Frieden in die Gemeinde einkehren werden, damit sie sich wieder voll und ganz auf die Produktion von Gemüse, Früchten und Blumen konzentrieren kann.

#### *Anmerkungen*

- 1 Organización de las Naciones Unidas 2009: Minería: Situación actual: [http://www.un.org/esa/dsd/dsd\\_aofw\\_ni/ni\\_pdfs/NationalReports/guatemala/mining.pdf](http://www.un.org/esa/dsd/dsd_aofw_ni/ni_pdfs/NationalReports/guatemala/mining.pdf) (4.12.2011).
- 2 Ministerio de Energía y Minas 2011: Ley de Minería Guatemala – Decreto Número 48-97: [http://www.mem.gob.gt/portal/memdocuments/informatica/dgm/medidas\\_cautelares/medidas.pdf](http://www.mem.gob.gt/portal/memdocuments/informatica/dgm/medidas_cautelares/medidas.pdf) (4.12.2011).
- 3 Office of the High Commissioner of Human Rights 2011: Report of the Special Representative of the Secretary-General on the Issue of Human Rights and Transnational Corporations and other Business Enterprises, John Ruggie: Guiding Principles on Business and Human Rights: Implementing the United Nations 'Protect, Respect and Remedy' Framework: <http://www.ohchr.org/documents/issues/business/A.HRC.17.31.pdf>.
- 4 Albedrío – Revista electrónica de discusión y propuesta social 2008: Manifiesto del Pueblo de las Doce Comunidades Kakchiqueles de San Juan Sacatepéquez en Torno a la Crisis Ocasionada por Cementos Progreso y el Gobierno de Álvaro Colóm: <http://www.albedrio.org/htm/otrosdocs/comunicados/sanjuansac-002.htm> (30.11.2011).
- 5 Commission Extraordinaria Nacional de Transparencia 2010: Informe de Investigación y Verificación del Proceso de Autorización de las licencias de Explotación de los municipios de San Juan Sacatepéquez, departamento de Guatemala y San Miguel Ixtahuacán, Departamento de San Marcos: <http://www.comision-transparencia.info/2010/01/20/informe-23072009/> (2.12.2011).



---

# **Holcim**

## **Der Konzern**

---

# Struktur und Geschichte

Holcim ist mit 80'310 Beschäftigten und einem Umsatz von 21,6 Milliarden Schweizer Franken (2010) zusammen mit der französischen Lafarge-Gruppe der Weltmarktleader im Zementgeschäft. Von den grössten Zementmultis Lafarge, Cemex, Heidelberg, Italcementi und Holcim, die in den meisten Ländern der Welt einen grossen Teil des Marktes beherrschen, ist Holcim das am globalsten aufgestellte Unternehmen, mit rund 2000 Betrieben in über siebzig Ländern.

## Kennzahlen 2010

Umsatz (Nettoverkaufsertrag)	21'653 Mio. CHF
Cashflow / Ebidta	4'988 Mio. CHF
Betriebsgewinn	2'619 Mio. CHF
Konzerngewinn	1'621 Mio. CHF
Eigenkapital	21'121 Mio. CHF
Eigenkapital in Prozent der Bilanzsumme	47,7 %
Personalbestand	80'310

Aus: Geschäftsbericht 2010 ([www.holcim.com](http://www.holcim.com))

Der Konzernsitz ist offiziell in Jona/Schweiz. Die Konzernleitung und die Kommunikationsabteilung sind jedoch an der Hagenholzstrasse in Zürich Oerlikon. Dort und in Holderbank befinden sich auch die Büros der Holcim Group Support Ltd., die mit circa 400 Personen für alle Konzernteile und Regionen der Welt technische und betriebswirtschaftliche Beratung macht.

Holcim ist in den ›Wachstumsmärkten‹ stark vertreten. Dort hat der Personalbestand auch weiter zugenommen. Nach Kontinenten wurden 2010 insgesamt folgende Umsätze erzielt beziehungsweise Personal beschäftigt:

<b>Länder</b>	<b>Umsatz in Mio. CHF</b>	<b>Personalbestand</b>
Europa	6'535	19'690
Asien, Ozeanien	7'958	38'172
Afrika, Naher Osten	1'098	2'213
Nordamerika	3'240	6'668
Lateinamerika	3'442	12'710

Die Einteilung nach Konzernregionen ist seit rund zehn Jahren grenzübergreifend. So sind zum Beispiel Süddeutschland, Österreich, die Schweiz und Italien zu einer organisatorischen Einheit zusammengefasst und dem gleichen Regionalmanager unterstellt.

In der Schweiz hat Holcim in Eclépens, Siggenthal und Untervaz drei Zementwerke. Zwei kleinere Werke wurden in den letzten Jahren geschlossen und durch eine Kapazitätserweiterung in den drei grossen Werken kompensiert. Holcim hat in der Schweiz beim Zement einen Marktanteil von nahezu 60 Prozent. Hinzu kommen rund fünfzig Sand- und Kiesbetriebe sowie Transportbetonzentralen.

Die Schweizer Gewerkschaften Unia und Syna haben mit Holcim einen Kollektivvertrag, dem mit Ausnahme von Holcim Group Support die Beschäftigten aller Betriebe, rund 1300 Angestellte, unterstellt sind.

### **Verwaltungsrat und Konzernleitung**

Rolf Soiron ist seit 1994 im Verwaltungsrat von Holcim und seit 2003 Verwaltungsratspräsident. Er ist ein erfahrener und einflussreicher Schweizer Wirtschaftslobbyist, gleichzeitig auch noch Verwaltungsratspräsident von Lonza und Stiftungsratspräsident des rechten Thinktanks ›Avenir Suisse‹.

Die weiteren Mitglieder des Verwaltungsrats sind: Andreas von Planta (CH), Christine Binswanger (CH), Markus Akermann (CH und CEO), Peter Küpfer (CH), Erich Hunziker (CH), Adrian Loader (GB), Thomas Schmidheiny (CH), Wolfgang Schürer (CH), Beat Hess (CH), Dieter Spälti (CH), Alexander Gut (GB).

*Die Konzernleitung setzt sich wie folgt zusammen:*

Bernard Fontana (F), CEO (seit Ende Januar 2012)

Thomas Aebischer (CH), ab 1.4.2011 Finanzchef (CFO)

Urs Böhlen (CH), für Süd- und Osteuropa

Patrick Dolberg (BE), für Frankreich, Benelux, Deutschland, Schweiz, Italien

Paul Hugentobler (CH), für Südasien, ohne Philippinen

Benoît-H. Koch (F), für Nordamerika, Grossbritannien und den Mittelmeerraum (inklusive iberische Halbinsel)

Andreas Leu (CH), für Lateinamerika

Ian Thackwray (GB) für Ostasien, Ozeanien, Süd- und Ostafrika

Roland Köhler (CH), CEO Holcim Group Support Ltd.

## **Aktienbesitz**

Der grösste Aktionär ist nach wie vor Thomas Schmidheiny mit 20,1 Prozent Aktienbesitz. Die russische Gruppe Eurocement besitzt seit Kurzem 10,1 Prozent der Aktien. Seit mehreren Jahren hält die Capital Group, eine amerikanische Investmentgesellschaft, 5 Prozent. Alle anderen Aktionäre, darunter auch die UBS, besitzen weniger als 3 Prozent der Aktien. Circa 50 Prozent der Aktien sind in schweizerischem Besitz.

## **Geschichte**

Das Unternehmen wurde 1912 im Dorf Holderbank im Kanton Aargau gegründet, wo sich das erste Zementwerk befand, das der Firma auch den Namen ›Holderbank‹ gab. Die Unternehmensgeschichte ist eng mit der bekannten Schweizer Industriellenfamilie Schmidheiny verbunden. Bereits im 19. Jahrhundert gründete der Stammvater Jacob Schmidheiny eine Ziegelei im Rheintal, die später unter dem Namen ›Zürcher Ziegeleien‹ ein Zweig des Familienunternehmens wurde und 1999 an den österreichischen Baustoffkonzern Wienerberger übergang. Jacobs Sohn Ernst beteiligte sich 1914 an der ›Aargauischen Portlandcementfabrik Holderbank-Wildeggen‹, die 1912 gegründet worden war.

## Aufstieg der Familiendynastie

Unter Ernst Schmidheiny und dann vor allem unter Jacobs Enkeln Ernst und Max – letzterer ist der Vater des heutigen Holcim-Grossaktionärs Thomas Schmidheiny – expandierte ›Holderbank‹ zu einer grossen Unternehmung. In den 1930er und 1940er Jahren erfolgten erste Schritte zur weltweiten Expansion, so zum Beispiel in den Nahen Osten. Daneben besass die Familie auch grössere Beteiligungen an anderen Firmen, wie an Brown Boveri, der Schweizerischen Bankgesellschaft, Landis & Gyr oder Wild-Heerbrugg (Leica). In diesen Firmen sass Max Schmidheiny im Verwaltungsrat oder war gar deren Präsident oder Vizepräsident. Keine Hemmungen hatte die Familie auch bei Geschäften mit faschistischen Ländern. So wurde Max Schmidheiny 1940, also mitten im Zweiten Weltkrieg, Vizepräsident der Eternit AG in Berlin. Man belieferte aber selbstverständlich auch gern die Alliierten. Die Schmidheiny gehörten auch zu jenen Schweizer Industriellen, die massiv in Südafrika investierten. Führende Holderbank-Manager waren aktive Apartheid-Lobbyisten und verteidigten den Apartheidstaat bis zuletzt (s. *Kapitel ›Ein schwarzer Fleck...‹*).

Bereits Max Schmidheiny engagierte sich politisch und war ein typischer Vertreter des freisinnigen ›Wirtschaftsfilzes‹, wie das später genannt wurde. Vier Jahre sass er für die FDP im Nationalrat.

Nach seinem Tod wurde das Familienimperium 1984 vor allem auf die beiden Söhne Stephan und Thomas aufgeteilt. Stephan Schmidheiny übernahm neben den zahlreichen Industriebeteiligungen die Eternit AG, die damals weltweit Asbestzement herstellte, und Thomas Schmidheiny erhielt den Zementkonzern Holderbank.

## Eternit und die ›soziale Verantwortung‹

Mit der Eternit AG übernahm Stephan Schmidheiny ein schweres Erbe. Spätestens seit Beginn der 1970er Jahre galt die krebserzeugende Wirkung des Asbeststaubs als wissenschaftlich erwiesen. Obschon dies bereits seinem Vater Max

bekannt sein musste, hatte dieser jahrelang an der Produktion festgehalten. Erst unter Stephan Schmidheiny wurden Ersatzstoffe für Asbest eingesetzt, und er stellte die Produktion der Eternit AG in Niederurnen und Payerne allmählich auf asbestfreie Stoffe um. In Teilen der Produktion und im Ausland wurde trotz des Drucks von Gewerkschaften und NGO aber weiterhin Asbest eingesetzt, teilweise bis zu Beginn der 1990er Jahre, wie zum Beispiel im Nicalit-Werk in Nicaragua. Die Zahl der Opfer der Asbestzementproduktion ist deshalb auch heute immer noch sehr hoch, und jährlich kommen neue Todesfälle hinzu. Das lange Festhalten am Asbestzement und der teilweise schlampige Umgang mit den gefährlichen Stoffen haben zu zahlreichen Klagen von Asbestopfern geführt. Im Fall der italienischen Eternit S.p.A. (Genova) wurden im Februar 2012 nach zweieinhalbjähriger Prozessdauer Stephan Schmidheiny und der an der Firma mitbeteiligte belgische Jean-Louis de Cartier vom Turiner Gericht zu 16 Jahren Haft und Entschädigungszahlungen in Millionenhöhe verurteilt. Die beiden wurden dafür verantwortlich erklärt, dass in den Jahren 1973 bis 1986 über 2000 Arbeiterinnen und Arbeiter mit Asbestfasern verseucht und in der Folge daran gestorben waren.

1989 verkaufte Stephan Schmidheiny die inzwischen asbestfreien Schweizer Eternitfabriken an den Bruder Thomas. Thomas Schmidheiny integrierte die schweizerische Eternit AG 1997 in den Holderbank-Konzern. Holcim veräußerte sie dann 2007 an die Swisspor-Gruppe, froh, dieses Kuckucksei der Familiendynastie loszuwerden.

### **Von Holderbank zu Holcim**

Thomas Schmidheiny, Jahrgang 1945, der den Zementkonzern Holderbank erhielt, leitete diesen in der dritten Generation bis 2001. Es gelang ihm, an die Erfolge des Vaters anzuknüpfen, und er machte aus Holderbank einen weltmarktführenden, multinationalen Konzern mit einer aggressiven Übernahmestrategie. So gelang es Holderbank, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in zahlreichen

osteuropäischen Ländern und ehemaligen Sowjetrepubliken Fuss zu fassen und dort die ehemaligen Staatsbetriebe zu übernehmen. Die Werke wurden durchrationalisiert und auf den westlichen Standard getrimmt, Tausende von Angestellten wurden entlassen. Hinzu kam die Expansion in die aufstrebenden Märkte im Fernen Osten. Im riesigen US-Markt wurde Holderbank die Nummer eins.

2001 allerdings musste Thomas Schmidheiny als CEO von Holderbank zurücktreten. Vorausgegangen waren diesem Rücktritt zahlreiche Fehlritte und Skandale. Die ungeschickte Einverleibung der schweizerischen Eternit AG in den Konzern schadete dem Ruf der Firma, auch wenn dort längst kein Asbest mehr verarbeitet wurde. Zudem hatte das Unternehmen in verschiedenen Ländern wegen Preisabsprachen gegen Wettbewerbsgesetze verstossen und hohe Strafen kassiert. Auch war Schmidheiny als Verwaltungsrat der Swissair – ein Mandat, das er von seinem Vater Max überbte – mitverantwortlich für deren Grounding und Konkurs. Er leistete sich auch Fehler mit seinem Engagement bei den Firmen Think Tools und Xstrata. Schliesslich wurde Thomas Schmidheiny in Spanien wegen Insiderhandels eingeklagt und rechtskräftig zu einer Zahlung von 1,5 Millionen Euro verurteilt. Einer Gefängnisstrafe entging er nur, weil er sich einsichtig zeigte und mit der Anklagebehörde kollaborierte. Alle diese Machenschaften brachten Holderbank in Schieflage, und die Aktie schwächelte. Dies veranlasste Schmidheiny, sich aus der operativen Leitung des Unternehmens zurückzuziehen. 2001 fand auch die Namensänderung zu ›Holcim‹ statt, womit ein eigentlicher Neubeginn demonstriert werden sollte. 2003 zog sich Schmidheiny auch als Verwaltungsratspräsident zurück. Mit der Einführung der Einheitsaktie wurde aus der Familienunternehmung eine Publikumsgesellschaft. Thomas Schmidheiny hält allerdings mit rund 20 Prozent immer noch das grösste und damit bestimmende Aktienpaket. 2011 erhöhte die russische Eurocement, die vom Milliardär Galchev kontrolliert wird, ihr Aktienpaket von 6,5 auf 10,1 Prozent. Eurocement beteuerte zwar, ihr Engagement

sei rein finanzieller Natur und man habe kein Interesse an einer Einflussnahme auf die Geschäftstätigkeit. Schmidheiny schien diesen Erklärungen allerdings nicht zu trauen und erhöhte seinen Aktienanteil sicherheitshalber wieder von 18,2 Prozent auf über 20 Prozent.

### Thomas Schmidheiny als politischer ›Hardliner‹

Schmidheiny war seit seiner Studentenzeit, als er mit Christoph Blocher und Hans-Rudolf Merz den konservativen ›Studentenring‹ gründete, für seine neoliberale und autoritäre Gesinnung bekannt.

1991 erschien in der Schweiz das ›Weissbuch‹. Dort zeichneten die beiden Brüder Schmidheiny nicht nur als Mitautoren, das Weissbuch wurde auch von der vom Vater gegründeten Max-Schmidheiny-Stiftung finanziert. Dieses Buch sollte in den 1990er Jahren die neoliberale Wende einleiten und sogenannte Reformen wie diejenigen von Margaret Thatcher und Ronald Reagan in der Schweiz umsetzen. Das Buch hatte grossen Einfluss auf die wirtschaftlichen und politischen Eliten: Mindestens teilweise wurden die Vorschläge, wie Steuersenkungen, Privatisierungen und anderes mehr, nach und nach auch von der Politik aufgenommen.

2003 bekam die Familie Schmidheiny quasi ihren ›eigenen Bundesrat‹. Mit dem rechtsliberalen FDP-Vertreter Hans-Rudolf Merz wurde ein Freund der Familie und ihr ehemaliger Berater in den Bundesrat gewählt. Unter anderem hatte er die Schmidheiny-Firmen bei ihrem Rückzug aus der Asbestproduktion und ihrem Engagement in Südafrika beraten.

Es liegt auf der Hand, dass Schmidheiny als Firmenchef nicht viel von Nachhaltigkeit und dem Dialog mit den ›Stakeholders‹ hielt. Auch die Beziehung zu den Gewerkschaften blieb kühl und auf das notwendige Minimum beschränkt. Allerdings erlaubte die dezentrale Unternehmensstruktur den einzelnen Niederlassungen bis zur Jahrtausendwende relativ viel Autonomie hinsichtlich Personalpolitik und sozialem Engagement.



## Holcim in über siebzig Ländern

Obwohl Thomas Schmidheiny als grösster Aktionär und Verwaltungsrat immer noch einen wesentlichen Einfluss auf die Firma hat, liess sich nach seinem Ausscheiden aus der operativen Führung eine gewisse Öffnung und Modernisierung, aber auch Zentralisierung des Unternehmens erkennen. Die neue Leitung unterliess aber vor allem kaum etwas, um die Stellung des Konzerns auf den Weltmärkten zu stärken, und trieb die Expansionsstrategie erfolgreich weiter. Diese Expansionsstrategie wurde begünstigt durch die neoliberale Globalisierung, das heisst Liberalisierung der Waren- und Finanzmärkte, Abbau gesetzlicher Schranken und einen weitreichenden Investitionsschutz, was ein beinahe ungehindertes Investieren und Produzieren in allen Ländern der Welt erlaubt. Und unter dem Druck auf maximale Profitsteigerung im Shareholder-Kapitalismus verstärkten sich die Tendenzen, die Profite über Lohnsenkungen, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und eine ungehinderte Ausbeutung der Naturressourcen zu steigern.

In den letzten Jahren gelang insbesondere die Expansion in die aufstrebenden Märkte Südostasiens: Holcim ist in allen grossen Ländern vertreten, seit einigen Jahren auch in Indien, dem nach China zweitgrössten Zementmarkt der Welt, wo Holcim mit rund 25 Prozent Marktanteil der zweitwichtigste Anbieter wurde.

Holcim verfolgt heute die Strategie, in den aufstrebenden Märkten Osteuropas, Südostasiens und Lateinamerikas den Anteil an der Zementproduktion zu erhöhen, um so die Marktführung zu erlangen. In den gesättigten Märkten Westeuropas und in den USA hingegen hat Holcim in den letzten Jahren vor allem entlang der gesamten Produktionskette investiert, um sich die Zuliefer- und Absatzkanäle zu sichern (Sand- und Kiesgewinnung, Betonproduktion). So erwarb der Konzern beispielsweise die britisch-amerikanischen Aggregate Industries, einen in diesen Ländern bedeutenden Anbieter von Zuschlagsstoffen, Frischbeton

und Asphalt. Zudem wurden bestehende Anlagen modernisiert oder ältere stillgelegt und neue gebaut. Die Expansion in den aufstrebenden Märkten geschah vorwiegend durch Übernahme von bestehenden, lokalen Gesellschaften und war aggressiv: Innerhalb von fünf Jahren, von 2002 bis 2007, hat sich der Umsatz ziemlich genau verdoppelt und die Anzahl der Beschäftigten ist weltweit von rund 50'000 auf 90'000 Personen gestiegen.

Erst die Weltwirtschaftskrise seit 2008 hat den Konzern gebremst. Die Absatzzahlen sind zurückgegangen und es wurden Personalabbau- und Restrukturierungsmassnahmen durchgeführt. Dies vor allem in jenen Ländern, die stark von der Immobilienkrise und dem darauf folgenden Rückgang der Bautätigkeit betroffen sind, wie die USA und Spanien. In Europa und den USA wurden drei Zementwerke und zahlreiche Betonwerke geschlossen. Im Jahr 2008 wurden netto 6 Prozent der Stellen abgebaut. Auf vergleichbarer Basis, also ohne die Zukäufe neuer Werke, wurden gar 9,9 Prozent aller Stellen abgebaut. 2009 hatte der Konzern trotz weiterer Zukäufe rund 10'000 Beschäftigte weniger als 2007. Seit 2010 nimmt die Zahl der Beschäftigten wieder leicht zu.

Auch 2011 herrschte in der Bauwirtschaft der meisten Länder Europas und der USA immer noch Flaute. Da Holcim im Vergleich zu anderen Baustoffkonzernen als finanziell gesund eingeschätzt wird und in den aufstrebenden Märkten stark ist, kann aber davon ausgegangen werden, dass Holcim von der Krise und dem damit zusammenhängenden Konzentrationsprozess eher profitiert. Ein Beispiel hierfür ist die Übernahme des grössten Zementherstellers in Australien vom mexikanischen Konkurrenten Cemex Anfang 2010.

Seit dem Ausscheiden Schmidheins aus der operativen Führung im Jahr 2001 hat Holcim seine Bemühungen verstärkt, ökologisch nachhaltig zu produzieren. Holcim ist zum Beispiel derjenige Zementkonzern, der inzwischen mit dem geringsten CO<sub>2</sub>-Ausstoss pro Tonne Zement produziert. Im Dow Jones Nachhaltigkeitsindex wurde Holcim

dafür zum dritten Mal hintereinander als führendes Unternehmen der Baustoffindustrie auserkoren. Mit der Realität im globalen Süden und hinsichtlich anderer Umweltbelastungen wie Wasserverschmutzungen, Luftschadstoffemissionen und der Zerstörung von Lebensraum kann diese Auszeichnung auf jeden Fall nicht gerechtfertigt werden. Auch bezüglich sozialer Verantwortung und Beschäftigungspolitik tut sich der Konzern schwer, wie die Beispiele in diesem Buch zeigen.

### **Verhältnis zu Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen**

Bis zum Ende der 1990er Jahre setzte das Unternehmen unter der Führung von Thomas Schmidheiny in Europa vor allem auf betriebliche Arbeitnehmervertretungen und wollte, wo immer das möglich war, die Gewerkschaften aussen vor lassen. In den meisten Ländern Europas ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Zementindustrie aber relativ hoch. Auch sind die Arbeitnehmenden fast überall durch Gesamtarbeitsverträge geschützt. So kam Holcim nicht darum herum, auch mit den Gewerkschaften den sozialen Dialog zu pflegen.

Ein Streit mit den Gewerkschaften entbrannte, als Holderbank 1996 auf der Grundlage der entsprechenden EU-Richtlinie einen Europäischen Betriebsrat, das heutige ›Euroforum Holcim‹, einrichten musste. Grundsätzlich wollte Holderbank hier nur das absolut nötige Minimum. Dazu gehörte, dass Schmidheiny trotz Protesten der Schweizer ArbeiterInnen keine Schweizer Vertretung im Europäischen Betriebsrat zulassen wollte und dies patriarchal damit begründete, dass die Schweizer Arbeitnehmenden sich ja *»jederzeit direkt an ihn wenden können«*, wenn sie ein Anliegen haben. Da die Gewerkschaften mindestens in den alten EU-Ländern relativ stark waren, konnten sie eine vergleichsweise gute Vereinbarung für den Europäischen Betriebsrat durchsetzen, allerdings vorläufig noch ohne Schweizer Vertretung. Erst nach dem Ausscheiden Schmidheiny aus der

operativen Führung wurden auch Schweizer Vertreterinnen und Vertreter im Europäischen Betriebsrat zugelassen.

Nach 2001 gab es eine gewisse Öffnung gegenüber den Gewerkschaften. Das hatte aber auch mit der Zentralisierung der Entscheidungen im Konzern zu tun. Da die Konzernstruktur und somit auch das Personalwesen überregional organisiert und sogar die nationalen Grenzen überschritten wurden, war Holcim gezwungen, auch überregional mit den ArbeitnehmervertreterInnen und Gewerkschaften zu verhandeln. Dies führte auch in der Schweiz zu einem nationalen, einheitlichen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für alle Holcim-Betriebe.

Weil es vor allem ausserhalb Europas immer wieder zu Verstössen gegen grundlegende Arbeitsrechte kam, wurde in den letzten Jahren auch der Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften in anderen Kontinenten gepflegt, und es konnte ein internationales gewerkschaftliches Netzwerk aufgebaut werden. Schon vor über zehn Jahren forderte die Schweizer Gewerkschaft Unia zusammen mit zwei internationalen Gewerkschaften, der Bau- und Holz-Internationalen (BHI) und dem internationalen Verband der Chemie- und Energiegewerkschaften (ICEM), den Abschluss einer internationalen Rahmenvereinbarung über Arbeits- und Gewerkschaftsrechte. Während dies Thomas Schmidheiny 1999 noch rundweg ablehnte, gab es in den letzten Jahren wenigstens einige Treffen mit der Konzernleitung, an denen dieses Thema erläutert und verschiedene Entwürfe ausgetauscht wurden. Bis heute hat sich jedoch die Konzernleitung geweigert, eine solche Vereinbarung zu unterzeichnen.

# Widerspruch zwischen Selbstbild und Realität

## Holcims Verhalten am Beispiel der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte auf internationaler Ebene

Holcim präsentiert sich in der Schweiz und in seiner Selbstdarstellung als ›Vorzeigeproduzent‹ in der Zementindustrie. Während das multinationale Unternehmen in der Schweiz die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter im Grundsatz anerkennt und achtet, kommt Holcim seiner sozialen Verantwortung im Ausland nicht immer gemäss den selbsterklärten Grundsätzen nach. Die Nichteinhaltung grundlegender Arbeits- und Gewerkschaftsrechte in verschiedenen Regionen dieser Welt hat gravierende Folgen für die Beschäftigten Holcims.

In Holcims Nachhaltigkeitsbericht von 2009 betont das Unternehmen seine fortschrittliche Haltung zur Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit wird gemäss GRI (›Global Reporting Initiative‹ = ›Weltweite Berichterstattungs-Initiative‹) verstanden als der erfolgreiche Ausgleich zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem (›triple bottom line‹), wobei der Unternehmenserfolg gemäss diesem Konzept vom gelungenen Ausgleich zwischen den drei genannten Handlungsfeldern abhängt. Die GRI soll dazu beitragen, die Berichterstattung multinationaler Unternehmen bezüglich ihrer Nachhaltigkeitsleistung zu etablieren und zu standardisieren. Dazu werden Standards angelegt, zu deren Einhaltung sich die berichtenden Unternehmen verpflichten. Die GRI setzt zwar bloss auf freiwilliges Engagement, dennoch müssen die multinationalen Unternehmen an der Einhaltung dieser selbst gewählten Standards gemessen werden.

Im Nachhaltigkeitsbericht gemäss GRI-Standard bekräftigt Holcim, die nachhaltige Entwicklung fördern zu wol-

len, weil diese die Grundlage für den Erfolg des Unternehmens sei. Sie stehe nachgerade im Zentrum von Holcims Unternehmensstrategie. Im Bericht klingt das folgendermassen: *»Nachhaltigkeit ist ein integraler Bestandteil der Strategie der Holcim-Gruppe. Sogar in schwierigen Zeiten nimmt Holcim seine Umwelt- und soziale Verantwortung sehr ernst. Programme, um die Sicherheitskultur durch die gesamte Gruppe hinweg zu stärken, werden ausnahmslos weitergeführt. Der Verwaltungsrat und die Konzernleitung tun alles, was in ihrer Macht steht, um das Ziel einer weltweiten umfassenden Arbeitsplatzsicherheit zu erreichen.«<sup>1</sup>*

Zu den zentralen Themen der nachhaltigen Entwicklung gehört bei Holcim gemäss Selbstdeklaration neben der Herstellung nachhaltiger Produkte oder der Förderung einer nachhaltigen Bauweise auch die soziale Verantwortung. Soziale Verantwortung in diesem Sinne meint unter anderem das angemessene Verhalten bezüglich der vom Unternehmen zu verantwortenden Beschäftigungsverhältnisse und -bedingungen, der Sicherheits- und Gesundheitsschutzmassnahmen am Arbeitsplatz sowie der Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft/Gesellschaft und den Menschenrechten. Im GRI-Report von 2009 äussert sich Holcim unter anderem zum Nutzen der Unternehmenstätigkeit, die allen Stakeholdern zugutekommen soll. Weitere Themen sind die Rolle und Verantwortung als Arbeitgeber, ferner Gewerkschaftsrechte und Kollektivarbeitsverträge sowie Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz.

Welche Ziele setzt sich Holcim nun konkret in diesen Themenbereichen? Und wie präsentiert sich deren Umsetzung in der Realität?

## **Realität und Selbstdarstellung des Unternehmens**

Der durch die Tätigkeit des Unternehmens  
entstehende Nutzen für alle Stakeholder

*»Mit seinem langjährigen sozialen Engagement will Holcim zu einer nachhaltigeren Gesellschaft beitragen. (...) Soziale*

*Verantwortung ist die Art, wie Holcim sein Geschäft führt und gleichzeitig der Gesellschaft und allen Stakeholdern nützt. Anstellungspraxis, Arbeitsgesundheit und -sicherheit, das Hochhalten von Menschenrechten und das Engagement für die Gemeinschaft sind Schwerpunktgebiete für Holcim.»*

Holcim nimmt für sich in Anspruch, mit einem seit vielen Jahren anhaltenden sozialen Engagement zu einer nachhaltigen Gesellschaft beizutragen. Soziale Verantwortung sei die Grundlage des Geschäfts, von dem alle Stakeholder und die Gesellschaft als Ganzes profitieren sollen. Ein Blick auf die Lohnpolitik spricht allerdings eine andere Sprache:

Den vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern ohnehin schon schlechtergestellten Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern verweigert das Unternehmen grundlegende Rechte sowie die zum Überleben nötigen Mindestlöhne und widerspricht damit dem Grundsatz der sozialen Verantwortung. Dies hat schwerwiegende Folgen für die betroffenen Beschäftigten. Schon die Lohnschere innerhalb der Schweiz, verstanden als Verhältnis vom höchsten zum tiefsten Lohn eines Beschäftigten des Unternehmens, beträgt aktuell 1 : 43 und zeigt eine grosse Ungleichverteilung der Löhne bei Holcim. Noch drastischer aber fällt der globale Lohnvergleich aus: Während der Durchschnittslohn eines Mitglieds der Konzernleitung in der Schweiz bei 2'446'667 Franken pro Jahr liegt, verdient ein indischer Leiharbeiter beziehungsweise eine indische Leiharbeiterin im Durchschnitt nur gerade 2 US-Dollar am Tag und wird zudem nur auf Abruf beschäftigt und bezahlt.

Es lässt sich auch folgendermassen sagen: Holcim erzielt durch den Einsatz unterbezahlter Arbeitskräfte in Indien Extragewinne und finanziert damit unter anderem die hohen Löhne der Konzernleitungsmitglieder in der Schweiz.

## **Holcim in der Rolle und Verantwortung als Arbeitgeber**

*»Holcim anerkennt die entscheidende Rolle von Angestellten bei der Wertschöpfung. Sie sind die Grundlage des Erfolgs.*

*Diese Anerkennung widerspiegelt sich klar in der Strategie der Holcim-Gruppe. Damit Holcim Erfolg hat, braucht es kompetente und engagierte Angestellte. Wir wollen deshalb auf dem stark dem Wettbewerb ausgesetzten Arbeitsmarkt attraktiv sein und gehen proaktiv auf fähige Leute zu. Unsere Anstellungspraxis trägt zu einem Arbeitsumfeld bei, in welchem Angestellte Erfolg haben können.»*

Im GRI-Report anerkennt Holcim die wichtige Rolle der Arbeiterinnen und Arbeiter im Unternehmen. Holcim will seine Beschäftigten wertschätzen, fördern und ihnen gute Arbeitsbedingungen gewährleisten.

Deshalb versichert Holcim, faire Löhne zu zahlen, welche mindestens den lokalen Standardlöhnen der Branche entsprechen, respektive sie deutlich übersteigen: *»Im Streben danach, einer der attraktivsten Arbeitgeber in unserem Industriezweig zu sein, sorgen wir für Löhne, die den Standard der lokalen Industrie widerspiegeln; der tiefste Lohn zu Anstellungsbeginn liegt bei unserer Gruppe durchschnittlich 138 Prozent über dem Mindestlohn.«*

Zudem verspricht der Konzern, sich – trotz äusserst heterogener Beschäftigtenstruktur, insbesondere bezüglich Alter und Kultur, und einer deutlichen Untervertretung von Frauen im Unternehmen – für gleiche Möglichkeit für alle Angestellten einzusetzen und mit gewählten Arbeiter- und Arbeiterinnenvertretungen zusammenzuarbeiten: *»Mehr als je zuvor setzen wir uns dafür ein, gleiche Möglichkeiten für alle unsere Angestellten zu schaffen, und arbeiten für die Stärkung einer Kultur des gegenseitigen Respekts, Vertrauens und der Offenheit. Um diese Kultur zu fördern, arbeiten wir zudem mit gewählten Angestelltenvertretungen zusammen.«*

Entgegen seinen Selbsterklärungen sind die Beschäftigungsverhältnisse bei Holcim beispielsweise in Indien äusserst fragwürdig, gerade für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter: Holcim beschäftigt die durch Drittfirmen angestellten Leiharbeiterinnen und -arbeiter zu deutlich schlechteren



Bedingungen als seine regulär Angestellten und macht ihnen dadurch sowie durch Unterschreitung der dort geltenden Mindestlöhne ein menschenwürdiges Leben faktisch unmöglich.

Nicht nur in Indien umgeht Holcim seine Verpflichtungen gegenüber den Arbeiterinnen und Arbeitern, dies geschieht auch in weiteren Ländern. Der Konzern lagert in Belgien etwa die Frisch- und Fertigbetondienste aus. Fahrer von Ready-mix-Beton, die inzwischen als ›Nachunternehmer‹, sprich Scheinselbständige, für den Konzern tätig sind, arbeiten 12 bis 14 Stunden am Tag. Und in Rumänien beschäftigt Holcim seine Arbeiter nach Personalkürzungen heute 12 bis 14 Stunden täglich an bis zu sieben Tagen in der Woche. Während also Holcim den Direktangestellten angemessene Löhne zahlt, lagert der Konzern mehr und mehr Beschäftigte aus und stellt sie dann indirekt zu deutlich schlechteren Bedingungen wieder an.

## **Gewerkschaftsrechte und Kollektivarbeitsverträge**

*»In allen Ländern, in denen wir operieren, unterstützen wir Kollektivverhandlungen und arbeiten proaktiv mit gewählten Angestelltenvertretungen zusammen. Zudem besteht auf nationaler oder internationaler Ebene eine Zusammenarbeit mit Gremien von Angestellten.«*

Im Nachhaltigkeitsbericht betont Holcim, dass das Unternehmen sich zum sozialen Dialog mit den Arbeiterinnen und Arbeitern bekennt, Arbeits- und Gewerkschaftsrechte respektieren will und die Zusammenarbeit mit den Beschäftigtenvertretungen fördert.

Entgegen diesem Bekenntnis zeigt sich ein ganz anderes Bild von Holcims Haltung, wenn wir die Beschäftigten in Neuengland (USA) fragen. Im Jahr 2010 wurden sie im Verlauf einer Tarifauseinandersetzung mit dem Einsatz von Streikbrechern und der fristlosen Entlassung bedroht, nur weil sie ihr Streikrecht ausübten. Ein solches Verhalten ist selbst in den USA, wo die Gewerkschaften oft Angriffe

ausgesetzt sind, als ausserordentlich gewerkschaftsfeindlich, sogar illegal, zu werten.

In Indien traten die von Holcim 2005 übernommenen Zementwerke ACC und Ambuja unmittelbar nach dem Erwerb der Mehrheitsbeteiligung aus dem Arbeitgeberverband für die indische Zementindustrie aus, um den für ganz Indien geltenden Tarifvertrag nicht mehr einhalten zu müssen, obwohl Holcim beteuert, sich für Kollektivvertragsbeziehungen einzusetzen und diese zu fördern.

## Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

Laut dem GRI-Report geniessen Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz bei Holcim höchste Priorität. Das Unternehmen verspricht, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um vorhandene Hemmnisse in diesem Bereich zu überwinden und die Gesundheit und Sicherheit überall garantieren zu können: *»Arbeitsgesundheit und -sicherheit (OH&S) sind und bleiben eine Top-Priorität bei Holcim. Die Gesundheit und Sicherheit von Angestellten, Vertragnehmern, Drittparteien und Besuchern ist fundamental für unseren Geschäftserfolg. Wir anerkennen, dass auch ein einziger Zwischenfall einer zuviel ist. Es bestehen beträchtliche Herausforderungen darin, eine Kultur der Sicherheit nicht nur in unseren Produktionsstätten einzubauen, sondern auch bei Drittparteien (Vertragnehmern) und Fahrern, die unsere Produkte transportieren.«<sup>2</sup>*

Diese Selbstverpflichtung ist begrüssenswert, leider wird ihr in der Realität nicht immer nachgelebt, wie verschiedene Beispiele zeigen. Der Nachhaltigkeitsbericht scheint sich weitgehend auf Europa zu beziehen, denn andernorts werden die Versprechungen des Unternehmens längst nicht eingehalten.

In Indien kommt das Unternehmen seiner Verantwortung im Bereich Gesundheit und Sicherheit nicht nach. Statistiken über Todesfälle in Holcim-Unternehmen bestätigen Beobachtungen über mangelhafte Sicherheitsstandards

und Gesundheitsversorgung in den Zementwerken in Indien (siehe Kapitel ›Kosten sparen auf dem Buckel der Ärmsten‹).

Der Ausbruch eines Feuers in Spanien im Sommer 2011, bei dem vierzig Tonnen giftige Abfälle verbrannten, macht deutlich, dass es selbst in Europa mit den Sicherheitsvorkehrungen leider doch nicht allzu weit her ist. Auf dem Lagerplatz für teilweise hochgiftige ›Alternativbrennstoffe‹ war ein einziger Wachmann beschäftigt, der beim Ausbruch des Brandes versuchte, das gefährliche Feuer mit Wasser zu bekämpfen, da er keine ausreichende Ausbildung hatte. Zudem sind die Sicherheitsdirektiven des Unternehmens zum Umgang mit alternativen Brennstoffen nicht einmal ins Spanische übersetzt verfügbar. Es ist pures Glück, dass es bei diesem Brand in Spanien nicht zu einer Umweltkatastrophe gekommen ist.

Auch in der Schweiz ist die erwähnte Richtlinie ausschliesslich auf Englisch, das heisst weder auf Deutsch, Französisch noch Italienisch, verfügbar. Die entsprechende Broschüre (›pocket guide‹) wird aus Kostengründen nicht aus dem Englischen in andere Sprachen übersetzt und lagert nun ungenutzt in der Schweiz.

## **Fallstudien zum Umgang mit Beschäftigten- und Gewerkschaftsrechten bei Holcim**

### **Missachtung von Gewerkschaftsrechten in den USA**

2005 wurde das Unternehmen Aggregate Industries in New England von Holcim übernommen. Nach Angaben von Teamsters (der zuständigen Gewerkschaft) sind seit der Übernahme die Verhandlungen immer schwieriger geworden.

Vorläufiger Höhepunkt: Holcim, respektive die lokale Geschäftsführung, schüchtern im Rahmen der Verhandlungen für den Gesamtarbeitsvertrag GAV im Jahr 2010 die Arbeiter ein und drohte ihnen mit Entlassung. Hintergrund dieser Eskalation waren die Verhandlungen im Jahr 2010,

in denen das Unternehmen wegen der schlechten Wirtschaftslage Arbeitszeitänderungen, Leistungskürzungen und eine Veränderung der Dienstaltersstufen verlangte, um Kosten einzusparen. Das hätte massive Einbussen für die Beschäftigten zur Folge gehabt. Das Management lehnte sämtliche Vorschläge der Gewerkschaftsseite für einen Kompromiss rigoros ab. Als daraufhin die Arbeiterinnen und Arbeiter am 15. August 2010 in den Streik traten, reagierte das Unternehmen mit drastischen Massnahmen: Es setzte nicht nur Streikbrecher ein, sondern drohte den Arbeiterinnen und Arbeitern ultimativ mit Entlassung, wenn sie nicht unverzüglich den Streik abbrechen würden. Insbesondere die Drohung mit Entlassung verstösst gegen internationale Grundrechte und Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und ist unvereinbar mit Verpflichtungen, welche Holcim eingegangen ist, wie zum Beispiel die Mitgliedschaft beim Global Compact. Zudem verletzt diese Vorgehensweise die von Holcim selbst erklärten Grundsätze zur Nachhaltigkeit und zum Umgang mit Beschäftigtenvertretungen. Erst Ende August 2010 – und nach Interventionen aus Europa – gelang es, einen Kompromiss zu erzielen.

### **Holcims Umgang mit ›seinen‹ Beschäftigten**

Das Schweizer Vorzeigeunternehmen benachteiligt in seinen indischen Werken gerade die Schwächsten, die über Drittfirmen angestellten Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter: Ihnen wird das zum Leben Notwendigste (ein auskömmlicher Lohn) verweigert. Leiharbeiterinnen und -arbeiter geniessen keine soziale Sicherheit, müssen länger arbeiten, haben keinerlei Beschäftigungssicherheit und erhalten deutlich niedrigere Löhne als ihre regulär angestellten Arbeitskolleginnen und -kollegen. Bei den indischen Holcim-Töchtern arbeiten die Leiharbeiterinnen und -arbeiter unter deutlich schlechteren Arbeitsbedingungen als Festangestellte, obwohl sie für ähnliche oder gleiche Arbeiten eingesetzt werden. Den Leihbeschäftigten zahlt das Unternehmen nicht einmal den

vor Ort üblichen Mindestlohn. Ausserdem setzt das Unternehmen speziell diese Beschäftigtengruppe erhöhter Gefahr aus, weil es teilweise grundlegende Schutzausrüstungen nicht bereitstellt. Die Versuche der Leiharbeiterinnen und -arbeiter, sich gewerkschaftlich zu organisieren, um Abhilfe zu schaffen, werden von Holcim systematisch unterdrückt; das Management weigert sich beharrlich, mit den Vertretungen dieser Beschäftigten ›zweiter Klasse‹ überhaupt auch nur zu reden. Ein Unternehmen, das sich Nachhaltigkeit (auch im sozialen Bereich) und damit Vereinigungsfreiheit und den Schutz von Kollektivvereinbarungen so selbstbewusst auf die Fahne schreibt, verletzt nicht nur geltendes Recht, sondern auch die eigenen Grundsätze, wenn es aus den Arbeitgeberverbänden austritt, um Kollektivvereinbarungen zu umgehen, und jeglichen Dialog mit den Vertretungen der Leiharbeitskräfte konsequent verweigert. (*Mehr zum Fall Indien siehe frühere Kapitel.*)

### **Blockade bei den Lohnverhandlungen auf den Philippinen**

Die Vertragsverhandlungen auf den Philippinen zwischen Holcim und den lokalen Gewerkschaften (UBSEU und HLUSEU) über die Lohnerhöhung für die Jahre 2010 und 2011 im Rahmen des Tarifvertrags (CBA 2009–2014) endeten in einer totalen Sackgasse, weil das Holcim-Management sich einer Vereinbarung strikt verweigerte. Für das Jahr 2009 akzeptierten die beteiligten Gewerkschaften die vom Management angebotene Erhöhung der Löhne um 5 Prozent (nach einer Teuerungsrate von 9,3 Prozent im Jahr 2008). Diese Vereinbarung berücksichtigte die Situation, die durch die internationale Finanzkrise entstanden ist. Da in den Verhandlungen 2009 noch keine Einigung über die Löhne für das zweite und dritte Jahr der Vertragslaufzeit erreicht wurde, verschoben die Parteien die Verhandlungen auf 2010. Bei diesen Verhandlungen hielt das Management von Holcim ultimativ an seinen Vorstellungen fest. Diese sahen (im Zuge eines Gesamtpakets) für die folgenden

zwei Jahre eine Lohnerhöhung von insgesamt nur 5 Prozent vor. Dagegen forderten die Gewerkschaften UBSEU und HLSEU, dass die Lohnerhöhung zumindest die auf den Philippinen deutlich höhere Inflation kompensiere, um weitere Reallohnsenkungen der Beschäftigten zu verhindern. Weil sich das Management kompromisslos zeigte, musste der Fall zur Entscheidung an das Arbeitsschiedsgericht weitergegeben werden. Dieser Konflikt und die mangelnde Bereitschaft des Managements zu offenen Verhandlungen belasten nach Auskunft der beteiligten Gewerkschaften das Verhältnis zwischen Management und Belegschaft/Gewerkschaften auf Dauer.

Die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft setzen sich für eine Verbesserung der Situation von Holcims Beschäftigten weltweit ein. Sie fordern in einem ›Holcim-Manifest‹, dass Holcim die Arbeits- und Gewerkschaftsrechte achtet und einhält. Das sollte für ein anständiges Unternehmen wie Holcim selbstverständlich sein.

### *Anmerkungen*

- 1 Rolf Soiron, Verwaltungsratsvorsitzender, in: Holcim, Corporate Sustainable Development Report 2009 ([http://www.holcim.com/uploads/CORP/SD\\_report.pdf](http://www.holcim.com/uploads/CORP/SD_report.pdf), 2.11.2011). Sämtliche weiteren Zitate geben Holcims Formulierungen aus diesem Nachhaltigkeitsbericht wieder. (Von der Redaktion aus dem Englischen übersetzt.)
- 2 Rolf Soiron, Verwaltungsratsvorsitzender, und Markus Akermann, CEO, Corporate Sustainable Development Report 2009.

# Ein schwarzer Fleck in der Geschichte des Konzerns

## Wie Holcim in Südafrika von der Apartheid profitierte

2006 gab Holcim bekannt, dass der Konzern sein Südafrika-Geschäft verkaufen werde. Vor dem Hintergrund, dass derselbe Konzern seit Beginn des neuen Jahrtausends in Schwellenländern mit starker Bautätigkeit einen aggressiven Expansionskurs verfolgte, erstaunte dieser Schritt. Er stand vordergründig im Widerspruch zur Geschäftsstrategie des Zementmultis. Offiziell erfolgte der Verkauf im Rahmen des Black Economic Empowerment (BEE). Doch was waren die Hintergründe dieses Verkaufsentscheids? Ein Blick auf die langjährigen Aktivitäten des Schweizer Konzerns in Südafrika.

Holcim hat in Südafrika eine lange Geschichte. Bereits 1938 gründete die Holderbank Financière AG mit der National Portland Cement Company eine südafrikanische Tochtergesellschaft mit einem Zementwerk in Kapstadt. 1942 fusionierte diese mit der Anglo Alpha Cement Ltd. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Südafrika für Holderbank zu einem der wichtigsten Märkte und Produktionszentren. Diese zentrale Rolle innerhalb des Konzerns erlangte Südafrika in der gleichen Zeit, als das Land zwischen 1948 und 1994 mit der Apartheid ein politisches und gesellschaftliches Regime installierte und aufrechterhielt, welches seit den 1970er Jahren international als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt wird. Klagen gegen Unternehmen, die sich zu Komplizen dieses rassistischen Systems gemacht haben, sind heute noch immer hängig.

Vor allem in den 1960er und 1970er Jahren expandierte

Anglo Alpha durch die Übernahme mehrerer kleiner Firmen. In den 1980er Jahren hatte Anglo Alpha einen Anteil von 35 Prozent am südafrikanischen Zementmarkt und war hinter der Pretoria Portland Cement der zweitgrösste Zementproduzent im Land. Holderbank war nicht nur an Anglo Alpha beteiligt, sondern verfügte über ein äusserst breit angelegtes System von Beteiligungen im Baustoffsektor. 1988 war Holderbank laut einer Aufstellung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) an 144 verschiedenen Unternehmen und Gesellschaften in Südafrika beteiligt.

Über Anglo Alpha kontrollierte Holderbank auch Produzenten von Steinaggregaten, Kies, Kalk, Kalkstein und Industriematerialien, also der gesamten Produktionskette von Baustoffen. Sogar Cappa-Sacks, die Herstellerin der Papiersäcke, in welche der Zement abgefüllt wurde, gehörte zum Holderbank-Imperium. Nicht Anglo Alpha angeschlossen, aber durch die Familie Schmidheiny kontrolliert waren die Asbesco-Gruppe, die in Südafrika und Rhodesien (dem heutigen Simbabwe) mehrere Asbestminen betrieb, und Everite, während der Apartheid die führende Herstellerin von asbesthaltigen Faserzementprodukten in Südafrika. Obwohl Anglo Alpha, Everite und Asbesco formell drei verschiedene Unternehmensgruppen waren, bestanden zwischen ihnen engste Verbindungen. Deutlich wird dies an der Zusammensetzung ihrer Verwaltungsräte. Vertreter der Familie Schmidheiny oder langjährige Mitarbeiter der Unternehmen, welche auch den Kurs des Mutterhauses in der Schweiz bestimmten, waren in den Verwaltungsräten der drei südafrikanischen Tochterfirmen entscheidend eingebunden.

### **Ein zentrales Standbein für den Konzern**

Für Holderbank war Südafrika während Jahrzehnten ein zentrales Geschäftsfeld, welches hohe Gewinne abwarf und so eine wichtige Voraussetzung für die Expansion von Holderbank und später Holcim darstellte. Diese Gewinne fielen



auch deshalb so hoch aus, weil die schwarzen Arbeiterinnen und Arbeiter während der Apartheid nur äusserst schlechte Löhne erhielten und sie praktisch keine gewerkschaftlichen Rechte besaßen.

Zwischen 1958 und 1980 trugen die Aktivitäten in Südafrika jeweils rund 10 Prozent zu den gesamten Einkünften von Holderbank bei. Ab 1980 werden die Erträge aus den Südafrika-Beteiligungen in den Geschäftsberichten nicht mehr erwähnt. Wie profitabel in Südafrika gearbeitet wurde, lässt sich an den Zahlen von 1970 genauer veranschaulichen: Während die Südafrikabeteiligung im Gesamtkonzern nur 5,8 Prozent ausmachte, betrug der Anteil am Ertrag im gleichen Jahr 10,3 Prozent.

Eine Äusserung von Thomas Schmidheiny an der Jahresmedienkonferenz von 1985 lässt aber aufhorchen: Der Konzernanteil mit Südafrika habe sich von 15 auf 10 Prozent verringert. Verglichen mit den 5,8 Prozent von 1970 ist auch diese Zahl eine eindruckliche Zunahme. Vor allem in den 1970er und den frühen 1980er Jahren muss Holderbank in Südafrika also stark gewachsen sein. Diese Feststellung lässt sich auch an den Personalbeständen von Holderbank festmachen: 1970 beschäftigte Anglo Alpha in Südafrika noch 2772 ArbeiterInnen. Diese Zahl steigerte sich bis 1975 auf 7373 oder 43,1 Prozent der gesamten Holderbank-Belegschaft. 1985 arbeiteten noch 4509 oder 23,4 Prozent aller Angestellten in Südafrika. Dieser Prozentsatz reduzierte sich in den 1990er Jahren weiter. 1998, also nach dem Ende der Apartheid, waren es noch 7,7 Prozent.

Vor allem während der Apartheid war das Südafrikageschäft für Holderbank sehr lukrativ. Doch auch 1998 war Südafrika noch das Land des globalen Südens, in welchem der Konzern am meisten Angestellte hatte. Verglichen mit dem Stellenwert, den das Land bis zu Beginn der 1990er Jahre hatte, ist aber die Bedeutung Südafrikas innerhalb des Konzerns seit dem offiziellen Ende der Apartheid stark zurückgegangen.

## Wie Holderbank von der Apartheid profitierte

Anglo Alpha nahm für sich in Anspruch, seinen ArbeiterInnen überdurchschnittliche Löhne und eine breite Palette von Sozialleistungen zu bieten. Anhand dreier Tochterfirmen Anglo Alphas weist das Buch ›Im Windschatten der Apartheid‹<sup>1</sup> allerdings nach, dass das Gegenteil der Fall war. Bei Pioneer Crushers, einer der bedeutendsten Tochterfirmen von Anglo Alpha, mussten die Fahrer nach ihren 14-stündigen Schichten häufig Überstunden fahren. Damit missachtete Pioneer über Jahre hinweg das Gesetz über Anstellungsbedingungen, wonach Überstunden freiwillig waren und höchstens zehn Überstunden pro Woche geleistet werden durften. 1986 wurden während eines Streiks die Arbeiterinnen und Arbeiter entlassen und zwei Wochen später wieder eingestellt – zu schlechteren Bedingungen. Auf diese Weise verloren sie ihre Beiträge im Pensionsfonds, und Pioneer entledigte sich aller Verpflichtungen gegenüber langjährigen Angestellten. Stellen als Manager und Techniker in der Firma wurden fast ausschliesslich von Weissen besetzt und die übrigen qualifizierten Arbeiten in erster Linie an Asiaten oder Farbige vergeben. Die Anstellungspolitik bei Pioneer Crushers basierte klar auf den rassistischen Kriterien der Apartheid.

Der Umgang mit Arbeiterinnen und Arbeitern von Pioneer Crushers stellte unter den Tochterfirmen Anglo Alphas keine Ausnahme dar. Auch das Kiesaufbereitungs-Unternehmen Hippo Quarries verlangte von seinen Angestellten systematisch Überstunden und lehnte Verhandlungen über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit der Weigerung, »über Politik zu diskutieren«, ab. Hippo bot dafür den Arbeiterinnen und Arbeitern einen Kredit von 3000 Rand an, wenn sie in einem Homeland ein Haus kaufen wollten. Damit förderte Hippo Quarries aktiv die Bantustan-Politik der südafrikanischen Regierung und die Segregation und Rassentrennung in der südafrikanischen Gesellschaft. Noch offensichtlicher wurden die Vorteile, die das Apartheidsystem für ausländische Firmen bot, von Cappa-Sacks

ausgenutzt. Die Herstellerin der Papiersäcke für Anglo-Alpha-Produkte verlegte 1973 ihre Produktionsstätte in das Homeland KwaZulu. Cappa-Sacks profitierte damit einerseits von den dortigen Arbeitsgesetzen, die sämtliche Streiks für illegal erklärten und den Gewerkschaften nur minimale Aktionsmöglichkeiten liessen. Andererseits waren die schwarzen Beschäftigten in den Bantustans viel schlechter bezahlt als die Farbigen in der Kapregion.

Die von Holderbank kontrollierten Firmen in Südafrika nutzten das Apartheidsystem also in mehrerer Hinsicht. Der Holderbank-Industrie-Komplex war aber auch für die Apartheidregierung von grosser Bedeutung. Mit dem Erstarken der Boykottbewegung gegen das rassistische Regime war das Land auf gute Kontakte ins Ausland angewiesen. Während sich andere internationale Firmen aufgrund der Boykottforderungen in den 1980er Jahren aus Südafrika zurückzogen, baute Holderbank seine Präsenz in Südafrika in der gleichen Periode, die durch eine Verschärfung der Repression und Gewalt gegen die schwarze Bevölkerung gekennzeichnet war, stark aus. Holderbank erwog während der ganzen Zeit nie den Ausstieg aus Südafrika, vielmehr setzten sich Vertreter von Holderbank vor allem in den 1970er und 1980er Jahren auch auf politischer Ebene aktiv für gute Kontakte zwischen der Schweiz und dem Apartheidregime ein. Holderbank machte nicht nur gute Geschäfte mit Südafrika, hochrangige Vertreter des Konzerns engagierten sich auch aktiv in der Pro-Apartheid-Lobby in der Schweiz.

### **Im Zentrum der Apartheid-Lobby**

Eine entscheidende Rolle für Holderbank in Südafrika spielte Anton E. Schrafl. Bereits in den 1950er Jahren machte der Neffe von Max Schmidheiny erste Südafrika-Erfahrungen als Praktikant im Familienunternehmen. Ab 1960 arbeitete er als Manager für Holderbank, ab 1969 war er Mitglied des Verwaltungsrats. Bei Anglo Alpha nahm er die gleiche Position ab den frühen 1970er Jahren ein. Er pflegte

als Holderbankmanager enge Beziehungen zum damaligen Apartheidregime und setzte sich ab 1982 während mehr als zwanzig Jahren als Präsident der Swiss-South African Association (SSAA) für gute Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika ein. Die SSAA, welche als informelle Handelskammer Schweiz–Südafrika der Schweizer Industrie bezeichnet werden kann, förderte ab den 1970er Jahren die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Südafrika. Selbst die Rubikon-Rede des südafrikanischen Präsidenten Pieter W. Botha im August 1985, in der dieser bekräftigte, keine Verhandlungen über die Abschaffung der Apartheid zuzulassen und Nelson Mandela nicht aus dem Gefängnis zu entlassen, liess Schrafl nicht am Reformwillen des Regimes zweifeln. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika sah er dadurch keinen Veränderungen unterworfen. Für ihn war die wirtschaftliche Rezession der Auslöser der politischen Unruhen. Dies seien aber nur Exzesse an »wenigen Orten«, von einem Bürgerkrieg in Südafrika könne nicht gesprochen werden. Trotz solcher Aussagen gelang Schrafl der Sprung in die Post-Apartheid-Ära. Zwar verteidigte er die Apartheid-Geschäfte von Holderbank noch 2002 in einem Interview mit dem Sonntagsblick und begründete dies damit, dass ein Auszug aller ausländischen Firmen das Land ruiniert hätte. Demnach sei es auch den Schwarzen wegen der Präsenz internationaler Firmen während der Apartheid besser gegangen. Zudem sei Holderbank bereits vor der Apartheid in Südafrika aktiv geworden und es sei nicht sinnvoll, auf ein bestimmtes Regime zu setzen und auf ein anderes nicht, Zementfabriken seien langfristige Investitionen: »Da können Sie nicht einfach den Schlüssel drehen und abhauen, wenn Ihnen eine Regierung nicht passt.«<sup>2</sup>

### **Entwicklungshilfe durch Schweizer Konzerne?**

Anton E. Schrafl stand selber am Ursprung eines Projekts der Schweizer Wirtschaft, welches die Lebensbedingungen der schwarzen Bevölkerung verbessern sollte. Im Home-

land Bophuthatswana gründete er 1976 die Berufsschule Ga-Rankuwa. Neben Holderbank waren mit Ciba Geigy, Brown Boveri, Nestlé, Bührlé, Sulzer, dem Bankverein und der Bankgesellschaft eine ganze Reihe von Schweizer Unternehmen am Projekt beteiligt. Mit der Berufsschule Ga-Rankuwa, welche in der Schweizer Handelszeitung 1977 als Schweizer Pionierleistung und Beitrag zur Entwicklungshilfe bezeichnet wurde, unterstützte die Schweizer Wirtschaft die Errichtung von Bantustans (Homelands) und die territoriale Umsetzung der Apartheid-Ideologie. Die Homelands wurden zu formell unabhängigen Staaten erklärt und ihre BewohnerInnen aus Südafrika zwangsausgebürgert. Weil die Gebiete jedoch unter ökonomischer, administrativer, finanzieller und ordnungspolitischer Kontrolle der südafrikanischen Bantu-Administration blieben, stellten sie tatsächlich lediglich vom übrigen Staatsgebiet abgetrennte Gebietseinheiten dar.

Die Berufsschule in Ga-Rankuwa war also tatsächlich eine Pionierleistung. Anstatt zu einer Verbesserung der Lebensumstände für die schwarze Bevölkerung beizutragen, unterstützten solche Entwicklungsprojekte in Homelands aber aktiv die Bantustan-Politik des Apartheidregimes. Diese wurde aber schon damals von der internationalen Gemeinschaft verurteilt.

Trotz seiner Unterstützung der Apartheid gelang es Schrafl, seine Karriere auch im Südafrika nach der Apartheid fortzusetzen. Noch immer in leitender Stellung beim jetzt bloss noch Alpha Ltd. genannten Zementproduzenten, wurde Anton E. Schrafl im Jahr 2000 von der südafrikanischen Regierung unter Nelson Mandela zum südafrikanischen Honorarkonsul in der Schweiz ernannt. Ruth Mompati, die südafrikanische Botschafterin in der Schweiz, betonte, dass sich Schrafl auch gegenüber der neuen ANC-Regierung sehr kooperativ und aufgeschlossen verhalten habe. Südafrika habe eine Person gesucht, die sich dafür einsetzt, dass Schweizer Firmen in Südafrika investieren. Für die Ökonomin Mascha Madörin, die sich seit den 1970er Jahren mit den Beziehungen zwischen der Schweiz

und Südafrika und mit der Entwicklung Südafrikas befasst hat, zeigt die Ernennung Schrafls, wie eng die ganze Schweizer Wirtschaftselite mit Südafrika verbandelt war: *»Es scheint, dass es keinen namhaften Wirtschaftsvertreter mit Südafrika-Connections gibt, dessen Vergangenheit politisch weniger dubios gewesen wäre. Die Sympathie für das rassistische Regime war in diesen Kreisen allgegenwärtig.«*<sup>3</sup>

### **Ein überraschender Ausstieg**

Im August 2006 kündigte Holcim an, 85 Prozent seines 54-Prozent-Anteils an Holcim Südafrika an das AfriSam-Konsortium zu verkaufen. Zu diesem Konsortium gehören ausser der Investorengruppe Bunker Hills gemäss Angaben auf der Website das Management und die Mitarbeitenden von AfriSam und verschiedene landesweite und lokale Investorengruppen. Neben Holcim, das nach wie vor einen Anteil von 15 Prozent an AfriSam hält, gehört seit dem Sommer 2008 auch die Public Investment Corporation (PIC) zu den Aktionären. Dieser Fonds verwaltet die Pensionskassengelder der südafrikanischen Staatsangestellten.

Der Verkauf von Holcim-Südafrika an AfriSam ist bis heute eine der grössten Transaktionen, die im Rahmen des Black Economic Empowerment (BEE) vollzogen wurden. Offizielles Ziel des BEE ist eine stärkere Beteiligung von ehemals benachteiligten Bevölkerungsgruppen an Besitz, Management und Kontrolle der Wirtschaft. Rund um die Beteiligung der PIC gibt es aber noch einige Ungereimtheiten: Nach dem Abschluss des Deals und insbesondere dem Ausstieg von Aveng – das Bauunternehmen hielt nach Holcim den grössten Anteil an Holcim-Südafrika – stand AfriSam vor einem riesigen Schuldenberg. Das Magazin *Noseweek* schrieb daraufhin, dass der grösste BEE-Deal aller Zeiten eigentlich besser als eine der grössten Desinvestitionen in Südafrika bezeichnet werden müsste.<sup>4</sup> Um mit einer Investition von sechs Milliarden Rand den BEE-Deal zu retten, stieg die PIC bei AfriSam ein. Sie schrieb auf ihrer Website, dass sie mit ihren Investitionen zum sozioökono-

mischen Wandel und zur Entwicklung im Land beitragen wolle.<sup>5</sup> Mit dem Einstieg bei AfriSam unterstützte sie jedoch ein BEE-Projekt, das bereits reiche schwarze Investoren noch reicher machte.

Ob die Förderung der südafrikanischen Wirtschaft wirklich ein Grund für den Verkauf grosser Holcim-Anteile war, bleibe dahingestellt. Auf jeden Fall spielten andere Faktoren für den Rückzug von Holcim aus Südafrika ebenfalls eine wichtige Rolle. Obwohl noch immer ein wichtiger Teil des Unternehmens, war der Anteil der Südafrika-Beteiligung am Gesamtumsatz des Konzerns seit 1994 stark zurückgegangen. Ausserdem hatte sich die Wettbewerbssituation durch den Markteintritt des weltgrössten Zementproduzenten Lafarge verschärft: 2001 hatte der französische Konzern die Nummer drei auf dem südafrikanischen Zementmarkt, Blue Circle, übernommen. Der Abschied Holcims erfolgte bezeichnenderweise, als die fast marktbeherrschende Position, die der Schweizer Zementriese während der Apartheid auf dem südafrikanischen Markt eingenommen hatte, definitiv verloren war.

Holcim verschob seinen Fokus in der gleichen Zeit nach Indien. 2005 übernahm der Konzern die indischen Zementfabrikanten ACC und Ambuja. Der Erlös aus dem Verkauf der Südafrika-Beteiligung deckte dabei in etwa die Auslagen für diese Akquisitionen.<sup>6</sup> Wie während der Apartheid holte sich Holcim auch dieses Mal die Mittel für seine Zukäufe in Südafrika. Als Holcim im Januar 2012 aufgrund des schlechten Geschäftsganges nach der geplatzten Immobilienblase Abschreibungen im Umfang von 775 Millionen Franken bekannt gab, schrieb der Tagesanzeiger, dass davon 415 Millionen auf den Rückzug aus Südafrika entfielen. Holcim sei nämlich von der südafrikanischen Regierung zum Verkauf gezwungen und gleichsam enteignet worden.<sup>7</sup> Angesichts des guten Geschäftsganges des Jahres 2005 hätte, so der Tages-Anzeiger, Holcim sein Südafrikageschäft sonst nicht verkauft. Die südafrikanische Zeitung Mail & Guardian zeigte 2007 bei der Suche nach den Gründen des Rückzugs eine andere Sichtweise. Die Nachfrage nach

Zement sei stark von der allgemeinen Baukonjunktur und Konsumnachfrage abhängig, und diese könne sich schnell ändern. Der Artikel in Mail & Guardian stellte die Frage, ob Holcim in Bezug auf den Verkauf Kenntnisse gehabt habe, von denen andere nichts gewusst hätten.<sup>8</sup>

Bei seinem Abschied aus Südafrika inszenierte sich Holcim als Konzern, der seine Verantwortung für Südafrika kennt und auch beim BEE eine Pionierrolle einnimmt. Doch mit diesem Rückzug ist das unrühmliche Kapitel von Menschenrechtsverletzungen durch Holcim noch nicht zu Ende, wie dieses Buch zeigt.

Im Fall von Südafrika hat sich der Konzern den Forderungen nach Entschädigung und Wiedergutmachung für die Opfer der Apartheid stets verweigert. Noch im Jahr 2000 vertrat Anton E. Schrafl die Ansicht, dass es trotz internationaler Wirtschaftssanktionen richtig gewesen war, in den Apartheidstaat zu investieren: »*Es ist das Recht und die Pflicht jedes Unternehmens, Profite zu machen. Aus diesem Grund sehe ich eigentlich nicht ein, dass das einen Zusammenhang haben sollte mit dieser Forderung nach Wiedergutmachung.*«<sup>9</sup>

Südafrika hat Holcim über Jahrzehnte fette Gewinne beschert, für seine Unterstützung der Apartheid hat der Konzern jedoch nie seine Verantwortung wahrgenommen.



### *Anmerkungen*

- 1 Renée Roux (u.a.), *Im Windschatten der Apartheid. Schweizer Firmen und schwarze Arbeiterschaft in Südafrika*, Zürich 1990.
- 2 ›Auch die Schwarzen hatten es besser‹. Interview mit Anton Schrafl, Präsident der Swiss-South African Association, in: *Sonntagsblick*, 30.6.2002.
- 3 Mascha Madörin, *Zementierte Beziehungen. Apartheid-Lobbyist wird Honorarkonsul*, in: *WOZ*, 27.4.2000.
- 4 *Civil service pensions go down the drain*, in: *Noseweek*, 1.3.2010, [http://www.noseweek.co.za/article.php?current\\_article=2209](http://www.noseweek.co.za/article.php?current_article=2209) (15.1.2012).
- 5 Vgl. <http://www.pic.gov.za> (15.1.2012).
- 6 Vgl. Reg Rumney, *Why Holcim really left*, in: *Mail & Guardian*, 29.10.2007 <http://mg.co.za/article/2007-10-29-why-holcim-really-left> (22.12.2011).
- 7 Vgl. Andreas Flütsch, *Holcim wurde in Südafrika von der Regierung ausgebootet*, in: *Tages-Anzeiger*, 17.1.2012.
- 8 Reg Rumney, *It's BEE, but is it wholesome?* In: *Mail & Guardian*, 21.5.2007 <http://mg.co.za/article/2007-05-21-its-bee-but-is-it-wholesome> (18.1.2012.)
- 9 *Sonntagsblick*, 30.6.2002.



# Holcim-Manifest: Forderungen an den Zementkonzern

*» We have placed Sustainable Development at the heart of our business strategy for many years, because we believe it contributes in adding value and ensuring continued success.«*

Nachhaltiges und verantwortungsvolles Wirtschaften gehört laut eigenem Bekunden bei Holcim zum Kern der Geschäftsstrategie.

Die Realität sieht aber anders aus: In Holcim-Produktionsstätten weltweit kommt es immer wieder zu Verstößen gegen Arbeits- und Gewerkschaftsrechte, im Umfeld von Holcim-Betrieben sind Gesundheitsprobleme bei ArbeiterInnen und AnwohnerInnen sowie Umweltzerstörung zu beobachten, Entscheidungen indigener, von Produktionsstätten betroffener Gemeinschaften werden missachtet.

*Wir, ArbeiterInnen, involvierte Gewerkschaften, betroffene Bevölkerungen und solidarische Menschen aus aller Welt, fordern vom Konzern Holcim, dass er sein Bekenntnis zur Nachhaltigkeit und zur sozialen Verantwortung global tatsächlich und nachprüfbar umsetzt.*

Wir fordern von Holcim die **Einhaltung der Arbeits- und Gewerkschaftsrechte**. Das heisst: Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und die Respektierung der am jeweiligen Standort geltenden Gesamtarbeitsverträge sowie der sonstigen Arbeits- und Gesundheitsschutzbestimmungen. Dies beinhaltet insbesondere die Erfüllung folgender Forderungen:

- Existenzsichernde Löhne, die ein Leben in Würde ermöglichen. Es gilt der Grundsatz: ›Gleicher Lohn und gleiche

Bedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort«. Dies gilt auch für Leiharbeitskräfte und Beschäftigte von Subunternehmen. Vorrang hat die direkte Anstellung bei Holcim mit schriftlichem Arbeitsvertrag.

- Ausreichender Arbeits- und Gesundheitsschutz für alle Beschäftigten, die direkt oder indirekt für Holcim tätig sind.
- Respektierung des Rechts auf Vereinigung in Gewerkschaften, kollektive Interessenvertretung und Tarifverhandlungen. Diese Verhandlungen haben mit den repräsentativen Gewerkschaften zu erfolgen.
- Abschluss eines Internationalen Rahmenabkommens mit den zuständigen Gewerkschaftsorganisationen.

Wir fordern von Holcim, dass das in internationalen Konventionen und in Gesetzgebungen verankerte **Mitbestimmungsrecht** der lokalen Bevölkerung bei der Planung neuer bzw. der Erweiterung bestehender Produktionsstätten im Sinne des Free Prior Informed Consent (FPIC) respektiert wird. Das heisst:

- Keine Manipulation, keine Ausübung von Druck, keine Anwendung von Gewalt (Free)
- Recht auf Konsultation vor Beginn der Aktivitäten (Prior)
- Zugang zu verständlicher, relevanter und vollständiger Information (Informed)
- Recht auf Ablehnung eines Projekts und Respektierung des Entscheids (Consent)

Wir fordern von Holcim, alles zu unternehmen, damit es nicht zu **Beeinträchtigungen des Lebensraums** der lokalen Bevölkerung im Umfeld von Produktionsstätten kommt:

- Keine Gefährdung der Gesundheit der lokalen Bevölkerung durch die Aktivitäten von Holcim und die Gewährung eines permanenten Zugangs unabhängiger Kontrollstellen

- Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte von Schadstoffemissionen und Anwendung des neusten Stands der Technik zur Emissionsreduktion in sämtlichen Produktionsstätten
- Übernahme der Verantwortung für negative Auswirkungen der Aktivitäten von Holcim auf Mensch und Umwelt (u.a. Haftung und Wiedergutmachung für entstandene Schäden)

Diese Forderungen gelten für alle Niederlassungen, Vertragsnehmer, Subunternehmer, Zulieferer und Joint Ventures von Holcim.

In vielen Teilen der Welt befinden sich ArbeiterInnen, betroffene Bevölkerungen und die solidarische Zivilgesellschaft im Protest gegen Holcim. Bis der Konzern seine eigenen Versprechungen einhält, werden diese Proteste weitergehen.

Recht ohne Grenzen. Klare Regeln für Schweizer Konzerne. Weltweit. *Das gilt auch für Holcim!*



## Epilog

Entstanden ist dieses Buch im Rahmen einer weltweiten Kampagne zu Holcim. Auf allen Kontinenten fordern Arbeiterinnen und Arbeiter, die von Zementwerken und Gesteinsabbau betroffene Bevölkerung sowie Umweltorganisationen, dass der Zementkonzern ihre Rechte achtet und sein umweltschädliches Verhalten beendet. Vielerorts fordern sie dies seit Jahren, oft, ohne dass sich Holcims Verhalten geändert hätte.

Den hundertjährigen Geburtstag von Holcim im April 2012 nehmen MultiWatch und weitere Organisationen zum Anlass, auf die Auswirkungen von Holcims Zementgeschäft aufmerksam zu machen. Teil dieser Kampagne ist auch das Manifest, welches sich in diesem Buch findet. Anlässlich der 100. Generalversammlung des Zementkonzerns wird das Manifest dem Holcim-Management überreicht. Gleichzeitig wird es auch aufgelegt, damit es von möglichst vielen Menschen unterstützt werden kann. In diesem Sinne fordern wir Sie auf, das Manifest auf [www.mutiwatch.ch](http://www.mutiwatch.ch) zu unterzeichnen – und sich damit mit den von Holcims Zementproduktion betroffenen Menschen zu solidarisieren, die seit langem ihre Rechte einfordern.

Dieses Buch wäre nicht möglich gewesen ohne die grosse Unterstützung vieler engagierter Personen und Organisationen. Wir danken allen, die in irgendeiner Weise an diesem Buch beteiligt waren.





# Literaturverzeichnis

## Einführung

- David Harvey, Der neue Imperialismus, Hamburg 2005.
- David Harvey, Räume der Neoliberalisierung. Zur Theorie der ungleichen Entwicklung, Hamburg 2007.

## Holcim bringt Bauern im indischen Chhattisgarh um Land und Wasser

- Indira Chakravarthi und Shalini Gera, Repression of Workers' Struggles in Chhattisgarh, in: Economic & Political Weekly, 2011, No. 18.
- Sugandh Juneja, Industrial Jungle, in: Down To Earth, Vol. 19, No. 8, Sept. 2010. New Delhi.
- Manjusha Nair, Mixed Repertoire of an Indian Labor Movement, 1990–2006, in: Journal of Historical Sociology, 2009, Vol. 22, Issue 2. Public Eye Swiss Award, Nominierung von Holcim 2008, [www.evb.ch/cm\\_data/Holcim\\_2.pdf](http://www.evb.ch/cm_data/Holcim_2.pdf) (15.11.2011).

## Kosten sparen auf dem Buckel der Ärmsten: Wie Holcim in Indien Gesetze umgeht

- Bhattacharya Ashutosh, Ghosalkar Ravindra G., Khuntia R. C., Nanjappan N., Sharma Rajeev, BWI/ICEM Joint Mission to ACC (HOLCIM) Plant Jamul Town, Durg District, Chhattisgarh State, Indien 16.6.2011, <http://www.multiwatch.ch/de/p97000874.html> (31.12.2011).
- BWI Company Monitor, <http://blogs.bwint.org/mnc/category/mnc-info/holcim/> (23.1.2012)
- Indira Chakravarthi und Shalini Gera, Repression of Workers' Struggles in Chhattisgarh, in: Economic & Political Weekly, 2011, No. 18.
- Madhumita Dutta, Visit to the ACC-Holcim Plant in Jamul on 10<sup>th</sup> May 2011 by Advocates Madhumita Dutta from Corporate Accountability Desk – The Other Media and Krishnendu (Tublu) Mukherjee.
- International Federation of Chemical, Energy, Mine and General Workers' Unions (ICEM), Contract and Agency Labour in Asia's Cement Industry, Jan. 2012.

- New Trade Union Initiative (NTUI), Swiss multinational corporation Holcim kills workers! Pressemitteilung, New Delhi 24.8.2010.
- PCSS, OECD-Klage der Gewerkschaft PCSS wegen Verletzung der OECD-Richtlinien durch Ambuja-Holcim und ACC-Holcim, eingereicht beim Schweizerischen Kontaktpunkt im Wirtschaftssekretariat seco, 7.1.2012.
- SOLIFONDS, Informationsbulletin Nr. 73, Juni 2011.
- Stötzel Michael, Mit den Ärmsten kann man es ja machen, in: Work, 15.8.2011.
- Ambet Yuson (Generalsekretär BWI), Manfred Warda (Generalsekretär ICEM) und Haus-Ueli Scheidegger (Sektorleiter Bau Unia), Brief an Markus Akermann (CEO Holcim), 28.4.2011.

### **Verbrennung von Sondermüll in Zementöfen – ökologische Entsorgung oder Gefährdung der Gesundheit?**

- Emilio Godoy und Florian Blumer, Proteste gegen Schweizer Unternehmen in Mexiko, in: Swissinfo, 2.7.2010, [http://www.swissinfo.ch/ger/wirtschaft/Proteste\\_gegen\\_Schweizer\\_Unternehmen\\_in\\_Mexiko.html?cid=15344096](http://www.swissinfo.ch/ger/wirtschaft/Proteste_gegen_Schweizer_Unternehmen_in_Mexiko.html?cid=15344096) (13.1.2012).
- Cembureau, Sustainable Cement Production. Co-processing of alternative fuels and raw materials in the European cement industry, 2009, <http://www.cembureau.be/sites/default/files/Sustainable%20cement%20production%20Brochure.pdf> (31.12.2011).
- Friends of the Earth, Holcim in Latin America: Case studies, 2011, [http://www.mutiwatch.ch/cm\\_data/Holcim\\_in\\_Latin\\_America\\_case\\_studies\\_1.pdf](http://www.mutiwatch.ch/cm_data/Holcim_in_Latin_America_case_studies_1.pdf) (31.12.2011).
- Thelma Gomez, Un paisaje gris que enferma, in: El Universal, 5. Februar 2010, <http://www.eluniversal.com.mx/nacion/175434.html> (31.12.2011).
- Albert Tien, Hazardous waste burning in cement kilns, 12.3.2005, <http://www.coprocem.org/documents/hazardous-waste-burning-health-studies.pdf> (31.12.2011).

### **Feinstaub, Hangrutsche, Überschwemmungen – Gefahren für die Bevölkerung rund um Holcims Werke in Kolumbien**

- 92 familias del barrio Villa Jackie fueron deslojados de sus casas, in: Citytv, 21.5.2009, [http://www.citytv.com.co/videos/8818/92-familias-del-barrio-villa-jackie-fueron-desalojadas-de-sus-casas\(15.10.2011\)](http://www.citytv.com.co/videos/8818/92-familias-del-barrio-villa-jackie-fueron-desalojadas-de-sus-casas(15.10.2011)).
- Alcaldía Mayor de Bogotá, Secretaría Distrital Ambiente, Geología y geomorfología de la zona del Parque Minero Industrial Tunjuelo, 2008, S. 23–24.

- Amigos de la Tierra América Latina y el Caribe, Demanda contra Holcim presentada ante el Tribunal Permanente de los Pueblos, Madrid, mayo 2010.
- Cemex y Holcim deberán responder por contaminación del río Tunjuelo, in: El Espectador, 8.6.2010, <http://www.elespectador.com/secretaria-de-ambiente/articulo-207341-cemex-y-holcim-deberan-responder-contaminacion-del-rio-tunjue> (14.11.2011).
- El cráter de la discordia, in: Semana, 16. Juli 2011, <http://www.semana.com/nacion/crater-discordia/160436-3.aspx> (23.11.2011).
- Distrito permitió ampliación de minas de gravilla cerca al río Tunjuelo para evitar demandas, in: El Tiempo, 2.10.2009, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-6264052> (15.11.2011).
- Finaliza la compra de Villa Jackie; Cemex pagó las 82 viviendas afectadas por un deslizamiento, in: El Tiempo, 3.6.2009, <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-5579628> (13.12.2011).
- Élber Gutiérrez Roa, Villa Jackie ya es historia, in: El Espectador, 27.5.2009, <http://www.elespectador.com/articulo142882-villa-jackie-ya-historia> (15.11.2011).
- Holcim pierde ›round‹ contra Secretaría Distrital de Ambiente, in: Catorce 6, 12.7.2010, <http://www.catorce6.com/?p=2745> (12.11.2011).
- Carolina Triviño, Iza, Boyacá: por la defensa del Cerro Vita, in: CEDINS, 3.6.2010, [http://www.cedins.org/index.php?option=com\\_content&view=article&id=210:iza-boyaca-por-la-defensa-del-cerro-de-vita&catid=55:no-a-la-miner&Itemid=68](http://www.cedins.org/index.php?option=com_content&view=article&id=210:iza-boyaca-por-la-defensa-del-cerro-de-vita&catid=55:no-a-la-miner&Itemid=68) (13.11.2011).
- Iza arrasada por la multinacional Holcim, 5.5.2010, [http://www.reclamecolombia.org/index.php?option=com\\_content&view=article&id=11:iza-arrasada-por-la-multinacional-holcim&catid=24:nacionales&Itemid=21](http://www.reclamecolombia.org/index.php?option=com_content&view=article&id=11:iza-arrasada-por-la-multinacional-holcim&catid=24:nacionales&Itemid=21) (13.10.2011).
- Levantan temporalmente el cierre de tres gravilleras en Bogotá, in: El Tiempo, 4.10.2010, [http://www.eltiempo.com/colombia/bogota/ARTICULO-WEB-NEW\\_NOTA\\_INTERIOR-8072360.html](http://www.eltiempo.com/colombia/bogota/ARTICULO-WEB-NEW_NOTA_INTERIOR-8072360.html), (15.11.2011).
- Helda Martínez, El socavón a la vuelta de la esquina, in: IPS, 16.11.2007, <http://ipsnoticias.net/nota.asp?idnews=86622> (14.11.2011).
- Miseaupoint, Sendung vom 30. Januar 2005, in: TSR, 30.1.2005, <http://www.tsr.ch/emissions/mise-au-point/1372359-.html> (23.11.2011).
- Secretaría Distrital de Ambiente, Por desviar y modificar el río Tunjuelo, Cemex, Holcim y la Fundación San Antonio deberán cesar sus actividades, Medienmitteilung des Umweltamtes des Distrikts Bogotá, 8.6.2010, <http://www.secretariadeambiente.gov.co/sda/libreria/php/noticias08.php?id=1358> (10.11.2011).

- Procuraduría General de la Nación, Procuraduría propicia acercamiento para solución de problemática del Parque Minero Industrial de Tunjuelito, 11.8.2010, [http://www.procuraduria.gov.co/html/noticias\\_2010/noticias\\_551.htm](http://www.procuraduria.gov.co/html/noticias_2010/noticias_551.htm) (13.11.2011).
- Procuraduría General de la Nación, Procuraduría sugiere revocar medida de suspensión de actividades mineras en el sector del Tunjuelo, 3.12.2010, [http://www.procuraduria.gov.co/html/noticias\\_2010/noticias\\_867.htm](http://www.procuraduria.gov.co/html/noticias_2010/noticias_867.htm) (15.11.2011).
- Secretaría Distrital de Ambiente, El mercado de la construcción no sufrirá desabastecimiento, ni se afectará la oferta y la demanda de los agregados en Bogotá, 1.10.2010, <http://www.secretariadeambiente.gov.co/sda/libreria/php/noticias08.php?id=1426> (15.11.2011).

### Zement oder Blumen – wer hat in Guatemala das Sagen?

- Albedrío. Revista electrónica de discusión y propuesta social, Manifiesto del Pueblo de las Doce Comunidades Kakchiqueles de San Juan Sacatepéquez en Torno a la Crisis Ocasionada por Cementos Progreso y el Gobierno de Álvaro Colom, Juni 2008, <http://www.albedrio.org/hm/otrosdocs/comunicados/sanjuansac-002.htm> (30.11.2011).
- Amigos de la Tierra, Holcim en América Latina. Estudios de Caso, 2011, [http://otrosmundoschiapas.org/docs/holcim\\_en\\_al.pdf](http://otrosmundoschiapas.org/docs/holcim_en_al.pdf) (30.11.2011).
- Rosa Maria Bolaños, La inversión extranjera en el país baja 25 por ciento, 2010, in: Prensa Libre, 6.5.2010, [http://www.prensalibre.com.gt/economia/inversion-extranjera-baja\\_0\\_256774332.html](http://www.prensalibre.com.gt/economia/inversion-extranjera-baja_0_256774332.html) (2.12.2011).
- Comisión Extraordinaria Nacional de Transparencia 2010, Informe de Investigación y Verificación del Proceso de Autorización de las licencias de Explotación de los municipios de San Juan Sacatepéquez, departamento de Guatemala y San Miguel Ixtahuacán, Departamento de San Marcos, 20.1.2010, <http://www.comision-transparencia.info/2010/01/20/informe-23072009/> (2.12.2011).
- A. C. Mérida y W. Krenmayr, Tejiendo Entre los Pueblos la Defensa del Territorio, 2010, <http://biblioteca.hegoa.ehu.es/registros/18321> (4.12.2011).
- Ministerio de Energía y Minas, Ley de Minería Guatemala – Decreto Número 48–97, 2011, [http://www.mem.gob.gt/portal/memdocumentos/informatica/dgm/medidas\\_cautelares/medidas.pdf](http://www.mem.gob.gt/portal/memdocumentos/informatica/dgm/medidas_cautelares/medidas.pdf) (4.12.2011).
- Office of the High Commissioner of Human Rights, Report of the Special Representative of the Secretary-General on the Issue of Human Rights and Transnational Corporations and other Business

Enterprises, John Ruggie. Guiding Principles on Business and Human Rights: Implementing the United Nations ›Protect, Respect and Remedy‹ Framework, 2011, <http://www.ohchr.org/documents/issues/business/A.HRC.17.31.pdf> (4.12.2011).

- Organización de las Naciones Unidas, Minería: Situación actual, 2009, [http://www.un.org/esa/dsd/dsd\\_aofw\\_ni/ni\\_pdfs/NationalReports/guatemala/mining.pdf](http://www.un.org/esa/dsd/dsd_aofw_ni/ni_pdfs/NationalReports/guatemala/mining.pdf) (4.12.2011).
- Peace Brigades International, States of Prevention: A Solution or a Cause of Violence? In: First Bulletin 2010, No. 20.
- Humberto Preti, Entre abusos y desmanes, in: Prensa Libre, 2011, [http://www.prensalibre.com/opinion/abusos-desmanes\\_0\\_593940685.html](http://www.prensalibre.com/opinion/abusos-desmanes_0_593940685.html) (19.11.2011).

### **Der Konzern – Struktur und Geschichte**

- Werner Catrina, Der Eternit-Report. Stephan Schmidheyns schweres Erbe, Zürich 1993.
- Holcim AG, ›Kleine Zementgeschichte‹, 24.3.2010, [www.holcim.ch/fileadmin/templates/CH/doc/20100324\\_Zementgeschichte\\_v1\\_3\\_1\\_.pdf](http://www.holcim.ch/fileadmin/templates/CH/doc/20100324_Zementgeschichte_v1_3_1_.pdf) (24.3.2010).
- Maria Roselli, Die Asbestlüge. Geschichte und Gegenwart einer Industriekatastrophe, Zürich 2009.
- Die Schmidheyns (Teil 1): Tödliche Milliarden, in: Bilanz, 26.3.2003.
- Die Schmidheyns (Teil 2): Gewinne ohne Gewissen, in: Bilanz, 30.4.2003.
- Urs Widmer, ›Schmidheiny‹, in: Neue deutsche Biographie 23 (2007), [www.deutsche-biographie.de/sfz113581.html](http://www.deutsche-biographie.de/sfz113581.html) (31.12.2011).

### **Holcims Verhalten am Beispiel von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten auf internationaler Ebene**

- BHI, Modell Internationales Rahmenabkommen (IRA), 5.12.2008, <http://www.bwint.org/default.asp?Index=2011&Language=DE> (2.11.2011).
- Brief von Matthias Hartwich (Konzernbeauftragter für Holcim bei der Unia) an Markus Akermann (CEO Holcim) vom 23.8.2010.
- Brief von Markus Akermann (CEO Holcim) an Matthias Hartwich (Konzernbeauftragter für Holcim bei der Unia) vom 31.8.2010.
- Brief von Ambet Yuson (Generalsekretär BWI), Manfred Warda (Generalsekretär ICEM) und Haus-Ueli Scheidegger (Sektorleiter Bau Unia) an Markus Akermann (CEO Holcim) vom 28.4.2011.

- Brief von Senzeni Zokwana (Präsident ICEM) und Manfred Warda (Generalsekretär ICEM) an N. Nanjappan (INCWF), 16.9.2011.
- Brief von Manfred Warda (ICEM Generalsekretär) an Markus Akermann (CEO Holcim) vom 20.9.2011.
- Holcim, Corporate Sustainable Development Report 2009. ([http://www.holcim.com/uploads/CORP/SD\\_report.pdf](http://www.holcim.com/uploads/CORP/SD_report.pdf), 2.11.2011).
- International Brotherhood of Teamsters Local 25, Teamsters picket Aggregate Industries Northeast, Boston 17.8.2010.
- Jay Fitzgerald, Aggregate, union deal ends strike, 26.8.2010, <http://www.bostonherald.com/business/general/view.bg?articleid=1277043> (2.11.2011).
- Mark Harrington, US Teamsters Union Settles Holcim Cement Strike in US, 6.9.2010, <http://www.icem.org/en/78-ICEM-InBrief/3982-US-Teamsters-Union-Settles-Holcim> (2.11.2011).
- Mündliche Mitteilung aus dem Vorbereitungstreffen für das Euroforum Holcim, Brüssel, 20/21.10.2011.
- N. Nanjappan, R.C. Khuntia, Rajeev Sharma, Ravindra G. Ghosalakar, Ashutosh Bhattacharya, BWI/ICEM Joint Mission to ACC (HOLCIM) Plant Jamul Town, Durg District, Chhattisgarh State, Indien 16.6.2011.
- PCWC, Executive Summary Re: CBA deadlock dispute at Holcim Philippines inc., 2.11.2010.
- Stiftung Global Reporting Initiative, Leitfaden zur Nachhaltigkeitsberichterstattung, 2006, [http://www.omtec.at/sites/omt/uploads/14gri\\_Leitfaden.pdf](http://www.omtec.at/sites/omt/uploads/14gri_Leitfaden.pdf) (2.11.2011).
- Michael Stötzel, Mit den Ärmsten kann man es ja machen, in: work, 15.8.2011.

### **Ein schwarzer Fleck in der Geschichte des Konzerns: Wie Holcim in Südafrika von der Apartheid profitierte**

- ›Auch die Schwarzen hatten es besser‹. Interview mit Anton Schrafl, Präsident der Swiss-South African Association, in: Sonntagsblick, 30.6.2002.
- Martina Egli, Viel Ehr für den früheren Feind. Während der Apartheid war er der erste Schweizer Südafrika-Lobbyist – trotzdem ernannt die ANC-Regierung nun den Holderbank-Manager Anton E. Schrafl zum Honorarkonsul, in: Weltwoche, 27.4.2000.
- Martina Egli, Schweizer Firmen haben mit dem Apartheidstaat Milliardenbeträge verdient – mit freiwilliger Hilfe zum Wiederaufbau halten sie sich zurück. Ein Eingeständnis wäre teurer, in: Weltwoche, 8.2.2001.

- A. Hotz, Holderbank leistet ›Entwicklungshilfe‹. Die Berufsschule in Ga-Rankuwa – Eine Schweizer Pionierleistung, in: Schweizer Handelszeitung, 15.12.1977.
- Mascha Madörin, Zementierte Beziehungen. Apartheid-Lobbyist wird Honorarkonsul, in: WOZ, 27.4.2000.
- Mbeki lauds Holcim-AfriSam deal, in: Mail & Guardian, 24.11.2006, <http://mg.co.za.printformat/single/2006-11-14-mbeki-lauds-holcimafrisam-deal/> (9.11.2011).
- Reg Rumney, Why Holcim really left, in: Mail & Guardian, 29.10.2007, <http://mg.co.za/article/2007-10-29-why-holcim-really-left> (22.12.2011).
- Civil service pensions go down the drain, in: Noseweek, 1. März 2010, [http://www.noseweek.co.za/article.php?current\\_article=2209](http://www.noseweek.co.za/article.php?current_article=2209) (15.1.2012).
- Solifonds (Hrsg.), Im Windschatten der Apartheid. Schweizer Firmen und schwarze Arbeiterschaft in Südafrika, Zürich 1990.
- Cetim (Hrsg.), Suisse – Afrique du Sud. Relations économiques et politiques, Genève 1972.

## Weiterführende Links

Auf folgenden Webseiten können Sie Informationen zu weiteren Entwicklungen in den erwähnten Fällen finden:

MultiWatch  
[www.multiwatch.ch](http://www.multiwatch.ch)

SOLIFONDS  
[www.solifonds.ch](http://www.solifonds.ch)

BWI Company Monitor  
[blogs.bwint.org/mnc](http://blogs.bwint.org/mnc)

Guatemalanetz Bern  
[www.guatemalanetz.ch/](http://www.guatemalanetz.ch/)

Arbeitsgruppe Schweiz–Kolumbien  
[www.askonline.ch](http://www.askonline.ch)

ICEM  
[www.icem.org](http://www.icem.org)

Unia  
[www.unia.ch](http://www.unia.ch)